

Die trotzkistische Theorie der „Übergangsgesellschaft“ und die Abweichungen in unserem Programm

Der 12. Parteitag der KPD hat beschlossen, dass wir über das Programm von 1993 (mit den Änderungen von 2005) diskutieren müssen. Das schließt eine Diskussion über die Auffassungen der Partei über den Sozialismus und den Charakter der revisionistischen Länder ein.

Diese Auffassungen wurden in den folgenden Schriften der Partei grundlegend theoretisch entwickelt:

- *Weg der Partei, Heft 2/92: „Sind revisionistische Regimes fortschrittlich?“ (im folgenden: WdP)*
- *Rote Reihe, Band 1, „Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte“ (im folgenden: RR1)*
- *Rote Reihe, Band 2, Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus (RR2)*

Die Auffassungen unserer Partei über den Sozialismus und die revisionistischen Länder widersprechen den bisherigen Analysen der internationalen kommunistischen Bewegung, insbesondere den Erklärungen und Untersuchungen der Partei der Arbeit Albaniens und Enver Hoxhas. Sie erheben den Anspruch, die Erfahrungen aus der revisionistischen Entartung der sozialistischen Länder und dem Zerfall des Ostblocks und des sozialistischen Albaniens Anfang der 90er Jahre im marxistisch-leninistischen Sinne zu untersuchen und daraus allgemeine theoretische Schlüsse zu ziehen. Manche unserer GenossInnen halten die Rote Reihe deshalb für eine Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus.

Auch ich habe diese Meinung lange Zeit geteilt, habe mich aber genötigt gesehen, sie zu revidieren: Heute teile ich die Kritik an diesen Auffassungen und bin der Meinung, dass die Analysen der Roten Reihe dem Marxismus-Leninismus grundlegend widersprechen und nichts anderes als aufgewärmte revisionistische und trotzkistische Theorien im neuen Gewand präsentieren. Die falschen, dem Marxismus-Leninismus widersprechenden Auffassungen bestehen im Kern in folgenden Punkten:

1. Die Epoche der Diktatur des Proletariats wird übersprungen und damit die marxistisch-leninistische Lehre von der Notwendigkeit der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse nach der Revolution negiert.
2. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse werden negiert und zu einem Gemisch aus fortschrittlichen (kommunistischen) und reaktionären (kapitalistischen) Produktionsverhältnissen reduziert. Damit werden die Überreste der alten Gesellschaft, die in der Periode des Sozialismus noch vorhanden sind und mit der Entwicklung des Klassenkampfes zurückgedrängt werden müssen, den sozialistischen Produktionsverhältnissen und dem sozialistischen Staat selbst als Wesensbestandteile zugeschrieben, die sich dort „gesetzmäßig“ entwickeln.
3. Gegenüber den revisionistischen Ländern wird objektiv eine zentristische, versöhnlerische Haltung eingenommen, indem die Zerschlagung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in diesen Ländern und die Restauration der kapitalistischen Produktionsverhältnisse abgestritten werden.

Das möchte ich im folgenden aufzeigen.

Ich entschuldige mich von vornherein dafür, dass ich im folgenden Text häufig längere Zitate anführen werde. Allerdings bin ich der Meinung, dass es zweckmäßig ist, wenn sich die Leserin / der Leser selbst mit einigen Gedankengängen isbs. der Klassiker zum Thema auseinandersetzen kann.

Außerdem werden meines Erachtens in der Roten Reihe derart viele grundlegende Positionen des Marxismus-Leninismus zur Diktatur des Proletariats und zur sozialistischen Gesellschaft ohne jeden Kommentar oder irgendeine Erklärung über Bord geworfen, dass es allein schon hohen Erkenntniswert bietet, Aussagen der Klassiker und Aussagen aus der Roten Reihe einander gegenüber zu stellen, um den eklatanten Unterschied deutlich zu machen.

Kommen wir als erstes zum grundlegenden Problem der Roten Reihe und des Programms:

I) Sozialismus als „Übergangsgesellschaft“

Widerspruch zum Lehrbuch der Politischen Ökonomie und zu Enver Hoxha

Dreh- und Angelpunkt unserer Auffassungen über den Sozialismus ist die Aussage, dass der Sozialismus die **Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus** sei. Das wäre an sich noch nicht unbedingt etwas Besonderes, wenn der Begriff „Übergangsgesellschaft“ von uns nicht in einem ganz bestimmten Sinne aufgefasst würde. Dieser Sinn ist im theoretischen Organ Weg der Partei 2/1992 sehr präzise bestimmt:

„Der Sozialismus ist eine Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Er enthält in der Ökonomik wie in allen gesellschaftlichen Bereichen Elemente dieser beiden sozialökonomischen Formationen. Diese Elemente sind nicht fein säuberlich voneinander getrennt, sondern sie sind in komplizierter Weise miteinander verwoben.“ (WdP, S.5)

Und weiter unten noch deutlicher: *„Zunächst einmal muß man sich hier nochmals verdeutlichen, daß der Sozialismus **keine sozialökonomische Formation** ist, sondern eine Übergangsgesellschaft, die Elemente von zwei sozialökonomischen Formationen enthält.* (Hervorhebung von mir, tb.)“ (ebd., S.30 f.)

„Übergangsgesellschaft“ heißt bei uns nicht bloß, dass der Sozialismus eben noch kein fertiger Kommunismus ist. Bei uns geht der Begriff „Übergangsgesellschaft“ viel weiter und besagt: Der Sozialismus gehört weder zur kapitalistischen noch zur kommunistischen Formation, sondern er ist ein Gemisch aus beiden, steht sozusagen in der Mitte. Ein Übergang in beide Richtungen ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

Allen späteren Publikationen der Partei zum Sozialismus und zum Revisionismus und insbesondere unserem Programm liegt diese Auffassung zugrunde (vgl. isbs. RR2, S. 28 f.¹)

Es fällt zunächst auf, dass diese Auffassung dem Lehrbuch der politischen Ökonomie von 1955 klar widerspricht. Dort heißt es ausdrücklich: **„Sozialismus und Kommunismus sind zwei Phasen ein und derselben sozialökonomischen Formation, der kommunistischen Gesellschaftsordnung.**

(H.v.m., tb.) *Dabei ist der Sozialismus die niedere Phase der kommunistischen Formation und der*

¹ Dort noch einmal unmißverständlich: *„Eigenständige sozialökonomische Formationen sind die Urgesellschaft, die Sklavenhaltergesellschaft, die asiatische Produktionsweise, der Feudalismus, der Kapitalismus und der Kommunismus, nicht aber der Sozialismus. **Der Sozialismus ist die Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus.**“*

Kommunismus die reifere, die höhere Phase dieser Formation.“ (Lehrbuch der pol. Ökonomie, Ausgabe Dietz 1955, S. 427)

Auch Enver Hoxha ist anderer Meinung als die Rote Reihe. Er verteidigt in seiner Schrift „Imperialismus und Revolution“ die Identität des Sozialismus und des Kommunismus als zweier Phasen einer Gesellschaftsformation in der Auseinandersetzung mit der Ideologie Mao Tse-Tungs:

„Dieselbe Logik führte Mao Tse-Tung auch zur Revision der marxistisch-leninistischen Theorie über die zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft.

'Der Dialektik entsprechend wird, so sicher der Mensch sterben muss, das sozialistische System als eine historische Erscheinung eines Tages zu bestehen aufhören, und seine Negation wird das kommunistische System sein. Würde man behaupten, das sozialistische System mit seinen Produktionsverhältnissen und seinem Überbau werde nie absterben, was für ein Marxismus wäre das? Wäre das nicht dasselbe wie ein Glaubensbekenntnis, wie eine Religionslehre, die die Unsterblichkeit Gottes predigt?'

Mao Tsetung revidiert offen das marxistisch-leninistische Verständnis vom Sozialismus und Kommunismus, die im Kern zwei Phasen gleichen Typs, der gleichen sozialökonomischen Ordnung sind und sich nur durch den Grad ihrer Entwicklung und ihrer Reife unterscheiden, und stellt auf diese Weise den Sozialismus als etwas dem Kommunismus diametral Entgegengesetztes hin. (H.v.m., tb.)“ (Enver Hoxha, Imperialismus und Revolution, Tirana 1979, S. 482)

Die Vehemenz, mit der Enver Hoxha diese Begriffe verteidigt, lässt erahnen, dass es sich bei dieser Auseinandersetzung nicht etwa um einen Streit um die „goldene Ananas“ handelt, sondern um eine Frage von erheblicher Bedeutung für die marxistisch-leninistische Theorie der Revolution und des Sozialismus.

Umso verwunderlicher ist es, dass keiner der genannten Texte unserer Partei es für nötig hält, sich mit den genannten Aussagen im Lehrbuch und bei Enver auseinanderzusetzen. Immerhin handelt es sich dabei nicht um *i r g e n d w e l c h e* Aussagen *i r g e n d w e l c h e r* Quellen.

Noch verwunderlicher ist allerdings, dass gerade der Text in WdP und der erste Band der Roten

Reihe sich ansonsten einige Male mit dem Lehrbuch befassen und Aussagen daraus kritisieren, darunter eine auf derselben Seite und aus demselben Absatz, in dem auch obige Aussage zu finden ist. (vgl. RR2, S. 20)

Kurz gesagt: Die Schriften unserer Partei widersprechen wichtigen Texten der ML-Literatur in einer wichtigen (und sogar einer grundlegenden) Frage, ohne diesen Widerspruch in irgendeiner Weise an irgendeiner Stelle kenntlich zu machen.

Stattdessen wird der Begriff der „Übergangsgesellschaft“ für den Sozialismus wie ein mathematisches Axiom vorausgesetzt, und alle weiteren Überlegungen und theoretischen Modelle wie isbs. die „Krücken“theorie werden auf der Grundlage dieser Voraussetzung entwickelt und damit begründet – obwohl sie es ist, die erst noch eingehender zu begründen bzw. zu beweisen wäre.

Was ist der Sozialismus nach Auffassung von Marx und Lenin?

Welche Auffassung ist aber nun die richtige? Welche Auffassung vom Sozialismus hatten überhaupt Marx, Engels, Lenin und Stalin?

Darauf lässt sich kurz und knapp antworten: Die Auffassung des Lehrbuchs und Envers ist auch die der Klassiker - der Sozialismus ist die erste, die niedere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation. A l l e n Aussagen der Klassiker über den Sozialismus ist diese Begriffsbestimmung gemeinsam.

Marx hat die Begriffe der niederen und der höheren Phase des Kommunismus in seiner Schrift „Kritik des Gothaer Programms“ von 1875 grundlegend materialistisch entwickelt und erklärt – nämlich vom Standpunkt des Übergangs vom Kapitalismus zur „genossenschaftlichen, auf Gemeineigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft“, der kommunistischen Gesellschaft. In der Auseinandersetzung mit den Positionen von Lassalle legt er dar, welche allgemeinen Entwicklungsstufen diese kommunistische Gesellschaft nach ihrem Hervorgehen aus der kapitalistischen Gesellschaft durchlaufen wird und führt insbesondere aus, dass in ihrer „niederen“ Phase die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, aber dennoch weiterhin bestimmte „Muttermale der alten Gesellschaft“ wie insbesondere die Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, der Widerspruch zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen

qualifizierter und nicht-qualifizierter Arbeit, Stadt und Land, Überreste der alten Gesellschaft im Bewusstsein der Menschen, also bürgerliches Denken u.v.m. noch vorhanden sein müssen und dass die Verteilung der individuellen Konsumtionsmittel auf dieser Grundlage noch für weitere Zeit nach „bürgerlichem Recht“ geschehen muss, d.h.: jeder erhält denselben Anteil aus dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, den er mit seiner individuellen Arbeit an der gesellschaftlichen Gesamtarbeit hatte. Das macht in dieser Phase noch einen Staat erforderlich, zu dessen Aufgabe und Charakter es gehört, dieses „bürgerliche Recht“ durchzusetzen, der aber mit der allmählichen Entwicklung zur höheren Phase des Kommunismus immer mehr abstirbt.

Marx' Ausführungen sind nicht etwa ein Kochrezept für den Kommunismus oder irgendeine Spekulation. Marx führt in der „Kritik des Gothaer Programms“ aus, welche allgemeinen Aussagen man bereits damals – das heisst vor der Revolution – auf der Grundlage der Kenntnisse der Bewegungsgesetze des Kapitalismus über die kommunistische Gesellschaft und ihre Entwicklung machen konnte – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ähnliche Gedanken finden sich übrigens auch im ersten Band des „Kapital“ (vgl. Marx-Engels-Werke, Band 23, S. 92 f.). Marx' Aussagen wurden durch die reale Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion und in Albanien vollumfänglich bestätigt.

Eines muss man sich klar vor Augen führen: Marx spricht in seinen Ausführungen von „Überresten“ oder „Muttermalen der alten Gesellschaft“. Damit ist ganz im dialektischen Sinne gemeint: Überreste des Alten im Neuen! Das ist etwas ganz anderes als das, was die Rote Reihe macht, wenn sie über den Sozialismus aussagt: Altes und Neues sind in etwas Drittem, Uneigenständigem, einer Übergangsgesellschaft, miteinander vermischt. Und noch einmal: Das ist keine theoretische Erbsenzählerei, sondern hat weitreichende Konsequenzen, wie wir noch sehen werden.

Damit sich jeder selbst ein Bild davon machen kann, wie Marx und Lenin die Phasen der kommunistischen Gesellschaft entwickelt haben, möchte ich im folgenden Lenins Ausführungen aus „Staat und Revolution“ (1917) zitieren. Trotz ihrer Länge möchte ich sie (beinahe) vollständig wiedergeben, weil hier Marx' Gedankengänge aus der „Kritik des Gothaer Programms“ von Lenin ausführlich und sehr klar zusammengefasst und erklärt werden:

„In der 'Kritik des Gothaer Programms' widerlegt Marx eingehend die Lassallesche Idee, der Arbeiter werde im Sozialismus den 'unverkürzten' oder 'vollen Arbeitsertrag' erhalten. Marx zeigt,

dass von dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt ein Reservefonds abzuziehen ist, ein Fonds für die Ausdehnung der Produktion, ferner für den Ersatz der 'verbrauchten' Maschinen u. dgl. m., sodann aus den Konsumtionsmitteln ein Fonds für Verwaltungskosten, für Schulen, Krankenhäuser, Altersheime usw.

An Stelle der nebelhaften, unklaren, allgemeinen Phrase Lassalles ('dem Arbeiter den vollen Arbeitsertrag') gibt Marx eine nüchterne Berechnung, wie die sozialistische Gesellschaft zu wirtschaften gezwungen sein wird. Marx analysiert konkret die Lebensbedingungen einer solchen Gesellschaft, in der es keinen Kapitalismus geben wird, und sagt:

*'Womit wir es hier zu tun haben' (bei der Erörterung des Programms der Arbeiterpartei) 'ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage **entwickelt** hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft **hervorgeht**; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.'*

Eben diese kommunistische Gesellschaft, die gerade aus dem Schoße des Kapitalismus ans Tageslicht tritt, die in jeder Beziehung mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet ist, bezeichnet Marx als die 'erste' oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft.

Die Produktionsmittel sind schon nicht mehr Privateigentum einzelner Personen. Die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft. Jedes Mitglied der Gesellschaft leistet einen gewissen Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit und erhält von der Gesellschaft einen Schein darüber, daß es ein gewisses Quantum Arbeit geliefert hat. Auf diesen Schein erhält es ein entsprechendes Quantum Produkte aus den gesellschaftlichen Vorräten an Konsumtionsmitteln. Nach Abzug des Arbeitsquantums, das für die gemeinschaftlichen Fonds bestimmt ist, erhält jeder Arbeiter also von der Gesellschaft so viel zurück, wie er ihr gegeben hat. (H.v.m., tb.)

Es herrscht also gewissermaßen 'Gleichheit'.

Wenn aber Lassalle von dieser Gesellschaftsordnung (die gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, während Marx sie als erste Phase des Kommunismus bezeichnet) meint, das wäre eine 'gerechte Verteilung', das wäre 'gleiches Recht eines jeden auf den gleichen Arbeitsertrag', so irrt er, und Marx deckt seinen Irrtum auf.

'Gleiches Recht', sagt Marx, haben wir hier allerdings, es ist aber n o c h das 'bürgerliche Recht', das, wie alles Recht, U n g l e i c h h e i t v o r a u s s e t z t. Jedes Recht besteht in Anwendung von g l e i c h e m Maßstab auf u n g l e i c h e Individuen, die in Wirklichkeit verschieden, untereinander ungleich sind; das 'gleiche Recht' ist daher eine Verletzung der Gleichheit und eine

Ungerechtigkeit. In der Tat erhält jeder, der den gleichen Teil gesellschaftlicher Arbeit geleistet hat wie die anderen, den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Produkt (nach den erwähnten Abzügen).

Indes sind die einzelnen Menschen nicht gleich: Der eine ist stärker, der andere schwächer; der eine ist verheiratet, der andere nicht; der eine hat mehr Kinder als der andere usw.

'Bei gleicher Arbeitsleistung', folgert Marx, 'und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andere etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, ungleich sein.'

Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht bringen: Unterschiede im Reichtum, und zwar ungerechte Unterschiede bleiben bestehen, unmöglich aber wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sein, denn es wird nicht mehr möglich sein, die Produktionsmittel, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden usw. als Privateigentum an sich zu reißen. Marx zerschlägt die kleinbürgerliche, unklare Phrase Lassalles von 'Gleichheit' und 'Gerechtigkeit' schlechthin und zeigt dabei den Entwicklungsgang der kommunistischen Gesellschaft, die gezwungen ist, zunächst nur die 'Ungerechtigkeit' zu beseitigen, daß die Produktionsmittel von einzelnen Personen angeeignet sind, und vorerst nicht imstande ist, mit einem Schlag auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, die in der Verteilung der Konsumtionsmittel 'nach der Arbeitsleistung' (und nicht nach den Bedürfnissen) besteht. Die Vulgärökonomien, darunter bürgerliche Professoren mitsamt 'unserm' Tugan, machen den Sozialisten ständig zum Vorwurf, daß sie die Ungleichheit der Menschen vergessen und von einer Beseitigung dieser Ungleichheit 'träumen'. Ein solcher Vorwurf beweist, wie wir sehen, nur grenzenlose Ignoranz der Herren bürgerlichen Ideologen. Marx zieht nicht nur auf das genaueste die unvermeidliche Ungleichheit der Menschen in Betracht, er berücksichtigt auch, daß der bloße Übergang der Produktionsmittel in das Gemeineigentum der gesamten Gesellschaft ('Sozialismus' im landläufigen Gebrauch des Wortes) die Mängel der Verteilung und die Ungleichheit des 'bürgerlichen Rechts' n i c h t b e s e i t i g t, das weiter herrscht, solange die Produkte 'nach der Arbeitsleistung' verteilt werden.

'Aber diese Mißstände', fährt Marx fort, 'sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die

ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“

Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das 'bürgerliche Recht' n i c h t vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d.h. lediglich in bezug auf die Produktionsmittel. Das 'bürgerliche Recht' sieht in ihnen das Privateigentum einzelner Individuen. Der Sozialismus macht sie zum Gemeineigentum. Insofern – und nur insofern – fällt das 'bürgerliche Recht' fort.

Es bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft. 'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen', dieses sozialistische Prinzip ist schon verwirklicht; 'für das gleiche Quantum Arbeit das gleiche Quantum Produkte' – auch dieses sozialistische Prinzip ist schon verwirklicht. Das ist jedoch noch nicht Kommunismus, und das beseitigt noch nicht das 'bürgerliche Recht', das ungleichen Individuen für ungleiche (faktisch ungleiche) Arbeitsmengen die gleiche Menge Produkte zuweist.

Das ist ein 'Mißstand', sagt Marx, aber er ist in der ersten Phase des Kommunismus unvermeidbar, denn will man nicht in Utopien verfallen, so darf man nicht annehmen, daß die Menschen sofort nach dem Sturz des Kapitalismus lernen werden, ohne alle Rechtsnormen für die Allgemeinheit zu arbeiten, sind doch die ökonomischen Voraussetzungen für eine solche Änderung durch die Abschaffung des Kapitalismus nicht sofort gegeben.

Andere Normen aber als die des 'bürgerlichen Rechts' sind nicht vorhanden. Insofern bleibt noch die Notwendigkeit des Staates bestehen, der unter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Gleichheit der Arbeitsleistung und die Gleichheit bei der Verteilung der Produkte zu schützen hat.

Der Staat stirbt ab, insofern es keine Kapitalisten, keine Klassen mehr gibt und man daher auch keine Klasse mehr unterdrücken kann.

Der Staat ist aber noch nicht ganz abgestorben, denn noch bleibt die Wahrung des 'bürgerlichen Rechts', das die faktische Ungleichheit sanktioniert. Zum vollständigen Absterben des Staates bedarf es des vollständigen Kommunismus.“

Und dann direkt im Anschluß im Absatz „Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft“:

„Marx fährt fort:

'In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!'

(...)

Die ökonomische Grundlage für das vollständige Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, daß der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, folglich eine der wichtigsten Quellen der heutigen gesellschaftlichen Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einem Schlag aus der Welt geschafft werden kann.

Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung aufhält, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Verwandlung der Arbeit in 'das erste Lebensbedürfnis' führen wird, das wissen wir nicht und können wir nicht wissen.

Wir sind daher auch nur berechtigt, von dem unvermeidlichen Absterben des Staates zu sprechen. Dabei betonen wir, daß dieser Prozeß von langer Dauer ist und vom Entwicklungstempo der höheren Phase des Kommunismus abhängt, wobei wir die Frage der Fristen oder der konkreten Formen des Absterbens vollkommen offenlassen, denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Fragen gibt es nicht.

Der Staat wird dann völlig absterben können, wenn die Gesellschaft den Grundsatz 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen' verwirklicht haben wird, d.h. Wenn die Menschen sich so an das Befolgen der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens

gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, dass sie freiwillig nach ihren Fähigkeiten arbeiten werden. Der 'enge bürgerliche Rechtshorizont', der dazu zwingt, mit der Hartherzigkeit eines Shylock bedacht zu sein, nur ja nicht eine halbe Stunde länger zu arbeiten als der andere und keine geringere Bezahlung zu erhalten als der andere – dieser enge Horizont wird dann überschritten sein. Die Verteilung der Produkte wird dann von der Gesellschaft keine Normierung der jedem einzelnen zukommenden Menge erfordern; jeder wird frei 'nach seinen Bedürfnissen' nehmen.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist es leicht, eine solche Gesellschaftsstruktur als 'reine Utopie' hinzustellen und darüber zu spotten, daß die Sozialisten jedem das Recht zusichern, von der Gesellschaft ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung des einzelnen Bürgers eine beliebige Menge Trüffel, Autos, Klaviere u. dgl. m. zu erhalten. Die meisten bürgerlichen 'Gelehrten' beschränken sich auch bis auf den heutigen Tag auf dieses Spotten und verraten dadurch nur ihre Ignoranz und ihre eigennützigte Verteidigung des Kapitalismus.

Ignoranz, denn es ist keinem Sozialisten je eingefallen, 'zuzusichern', dass die höhere Phase der Entwicklung des Kommunismus eintreten wird; die Voraussicht der großen Sozialisten aber, daß sie eintreten wird, hat nicht die heutige Arbeitsproduktivität und nicht den heutigen Spießler zur Voraussetzung, der es fertigbrächte, etwa wie die Seminaristen bei Pomjalowski, 'für nichts und wieder nichts' Magazine gesellschaftlicher Vorräte zu beschädigen und Unmögliches zu verlangen. Bis die 'höhere' Phase des Kommunismus eingetreten sein wird, fordern die Sozialisten die strengste Kontrolle seitens der Gesellschaft und seitens des Staates über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion, aber diese Kontrolle muß mit der Expropriation der Kapitalisten beginnen, mit der Kontrolle der Arbeiter über die Kapitalisten, und darf nicht von einem Beamtenstaat durchgeführt werden, sondern von dem Staat der bewaffneten Arbeiter.

(...)

Wenn der gelehrte Professor und mit ihm der Spießler und die Herren Zereteli und Tschernow von hirnverbrannten Utopien, von demagogischen Versprechungen der Bolschewiki, von der Unmöglichkeit der 'Einführung' des Sozialismus reden, dann meinen sie im Grunde genommen das höhere Stadium, die höhere Phase des Kommunismus, die 'einzuführen' niemand versprochen, ja nicht einmal im Sinn gehabt hat, denn 'einführen' läßt sie sich überhaupt nicht.

Hier sind wir bei der Frage des wissenschaftlichen Unterschieds zwischen Sozialismus und Kommunismus angelangt, die Engels in seiner obenerwähnten Betrachtung über die Unrichtigkeit der Bezeichnung „Sozialdemokraten“ berührt. Politisch wird der Unterschied zwischen der ersten oder niederen und der höheren Phase des Kommunismus mit der Zeit wahrscheinlich ungeheuer groß sein, doch wäre es lächerlich, jetzt, im Kapitalismus, diesen Unterschied hervorzuheben; ihn

in den Vordergrund rücken können höchstens vereinzelte Anarchisten (...).

Doch der wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus ist klar. Was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, nannte Marx die 'erste' oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Insofern die Produktionsmittel Gemeineigentum werden, ist das Wort 'Kommunismus' auch hier anwendbar, wenn man nicht vergißt, dass es kein vollkommener Kommunismus ist. (Hervorhebung von mir, tb.) Die große Bedeutung der Erörterungen von Marx besteht darin, dass er auch hier konsequent die materialistische Dialektik, die Entwicklungslehre, anwendet, indem er den Kommunismus als etwas betrachtet, das sich aus dem Kapitalismus entwickelt. An Stelle scholastisch ausgeklügelter, 'erdachter' Definitionen und fruchtloser Wortklaubereien (was Sozialismus, was Kommunismus sei) gibt Marx eine Analyse dessen, was man als Stufen der ökonomischen Reife des Kommunismus bezeichnen könnte.

In seiner ersten Phase, auf seiner ersten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch nicht völlig reif, völlig frei von den Traditionen, von den Spuren des Kapitalismus sein. Daraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung wie das Fortbestehen des 'engen bürgerlichen Rechtshorizonts' während der ersten Phase des Kommunismus. (H.v.m., tb.) Das bürgerliche Recht setzt natürlich in bezug auf die Verteilung der Konsumtionsmittel unvermeidlich auch den bürgerlichen Staat voraus, denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen zu erzwingen.

So ergibt sich, daß im Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar auch der bürgerliche Staat – ohne Bourgeoisie!

Das mag paradox oder einfach als dialektisches Gedankenspiel erscheinen, wie das vielfach dem Marxismus von Leuten zum Vorwurf gemacht wird, die sich nicht im geringsten die Mühe genommen haben, seinen überaus tiefen Gehalt zu ergründen.

In Wirklichkeit zeigt uns doch das Leben auf Schritt und Tritt, sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft, Überreste des Alten im Neuen. Und Marx hat nicht willkürlich ein Stückchen 'bürgerlichen' Rechts in den Kommunismus hineingebracht, sondern hat das genommen, was wirtschaftlich und politisch in einer aus dem Schoß des Kapitalismus hervorgehenden Gesellschaft unvermeidlich ist. (Hervorhebung von mir, tb.).“ (Lenin, Werke 25, S. 478 ff.)

Sowohl Marx als auch Lenin sprechen von **einer** sozialökonomischen Formation, nämlich der kommunistischen Gesellschaft. Sozialismus und Kommunismus bezeichnen verschiedene „Stufen der ökonomischen Reife des Kommunismus“. In seiner niederen Phase enthält der Kommunismus noch Muttermale der alten Gesellschaft, eben „Überreste des Alten im Neuen“, die allmählich beim Übergang zur höheren Phase absterben.

Der grundlegende, qualitative Unterschied zwischen dieser kommunistischen Formation und der kapitalistischen aber ist das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Der Sozialismus kann als Kommunismus bezeichnet werden, „*insofern die Produktionsmittel Gemeineigentum werden*“. Das ist nach Marx' und Lenins Meinung der objektive, materielle Keim, die Basis des Kommunismus.

Mit der Verwandlung der Produktionsmittel in Gemeineigentum fällt nicht nur das kapitalistische, sondern jegliches Ausbeutungsverhältnis weg. Damit fällt auch die Existenz antagonistischer Klassen weg. Das ist die erste Stufe der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft: „*Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinn von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorchwachsenden Antagonismus, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus.*“ (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, MEW 13, S. 8 f., zitiert aus Graue Reihe 10/11, S. 42).

Zwar gibt es in der niederen Phase des Kommunismus noch verschiedene Klassen: Arbeiterklasse und Bauernschaft sowie die Intelligenz, die sich aus beiden Klassen speist. Die Widersprüche zwischen ihnen sind jedoch nicht-antagonistischer Natur: Sie lösen sich im Laufe der allmählichen Entwicklung zum Kommunismus in der Synthese dieser Klassen und nicht durch die Vernichtung einer Klasse durch die andere.

Die ProduzentInnen verfügen im Sozialismus bereits kollektiv über das gesellschaftliche Gesamtprodukt und teilen es – nach den von Marx und Lenin erwähnten Abzügen – auf in die Fonds für gesellschaftliche Ausgaben und für die individuelle Konsumtion. Die Bezahlung des einzelnen Produzenten erfolgt also nicht mehr nach dem **Wert seiner Arbeitskraft**, sondern jeder erhält – nach den schon mehrfach erwähnten Abzügen – das zurück, was er der Gesellschaft gegeben hat.

Die Anarchie in der Produktion, die im Kapitalismus herrscht, ist im Sozialismus ersetzt durch die gesellschaftliche Planung der Produktion. Diese Planung geschieht im Übereinklang mit den langfristigen und kurzfristigen Bedürfnissen der Gesellschaft.

Die kommunistische Gesellschaft, das heißt: bereits der Sozialismus als deren niedere Phase,

verfügt über eigenständige Produktionsverhältnisse, eine eigene ökonomische Basis, die einem eigenen ökonomischen Grundgesetz folgt. Dieses ökonomische Grundgesetz des Sozialismus wird von Stalin in den „Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR“ wie folgt formuliert: „*Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.*“ (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Verlag für fremdsprachige Literatur Peking, S. 46 f.)

Und im folgenden stellt er den grundlegenden, qualitativen Unterschied zur kapitalistischen Formation heraus: „*Folglich: Statt Sicherung von Maximalprofiten – Sicherung der maximalen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft; statt Entwicklung der Produktion mit Unterbrechungen von Aufschwung zu Krise und von Krise zu Aufschwung – ununterbrochenes Wachstum der Produktion; statt periodischer, von der Zerstörung der Produktivkräfte der Gesellschaft begleiteter Unterbrechungen in der Entwicklung der Technik – stetige Vervollkommnung der Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.*“ (ebd.)

Schon allein aus dieser Feststellung, aus diesen Erläuterungen wird deutlich, dass beiden Entwicklungsphasen: Sozialismus und Kommunismus, im Kern dasselbe ökonomische Gesetz zugrundeliegt; dass die Produktionsverhältnisse – trotz aller Unterschiede auf der Erscheinungsebene, trotz Muttermalen u.v.m. - **in ihrem Wesen dieselben** sind.

Übergangs“gesellschaft“ und Übergangs“periode“

Was ist nun aber mit Lenins Äußerung über die Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, die in WdP und der Roten Reihe zitiert wird. Gibt Lenin dort nicht selbst genau die Sozialismus-Definition, mit der in unseren Schriften gearbeitet wird?

In WdP heißt es nämlich:

„*Zunächst einmal muss man sich hier nochmals verdeutlichen, dass der Sozialismus keine eigenständige sozialökonomische Formation ist, sondern eine Übergangsgesellschaft, die Elemente von zwei sozialökonomischen Formationen enthält. Lenin sagte **hierzu*** (H.v.m., tb.):

'Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, dass zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozialökonomischen Formationen in sich vereinen muss. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besieigten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein.' (Lenin, Werke Bd. 30, S. 91)

Freilich sind die Merkmale des Kapitalismus einerseits und des Kommunismus andererseits innerhalb des Sozialismus nicht etwa fein säuberlich voneinander getrennt. Sie sind vielmehr, wie oben schon gesagt, in komplizierter Weise miteinander verwoben, und es bedarf analytischer Arbeit, um zu ermitteln, in welcher Hinsicht eine Erscheinung Merkmale des einen und in welcher Hinsicht sie Merkmale des anderen zum Ausdruck bringt.“ (WdP, S. 30 f.)

So weit, so gut – Lenin spricht von einer „gewissen Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus“, die „unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozialökonomischen Formationen in sich vereinen muss“. Ganz selbstverständlich wird diese Aussage in WdP auf den Sozialismus bezogen. Damit scheint alles Weitere, was ich oben aus der Roten Reihe wiedergegeben habe, auf den ersten Blick plausibel und schlüssig. Das würde bedeuten, dass Lenin an dieser Stelle etwas anderes aussagt als in „Staat und Revolution“, dass er sich also widerspricht. Ist das tatsächlich so?

Nein, ist es nicht. Wer die Stelle genau und im Zusammenhang nachliest, wird leicht feststellen, dass **Lenin hier garnicht vom Sozialismus spricht**, sondern von einer **Übergangsperiode zum Sozialismus, die nicht identisch ist mit dem Sozialismus**.

Was ist damit gemeint?

Im Gegensatz zu allen vorangegangenen Revolutionen wachsen die sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft heran, sondern müssen vom revolutionären Proletariat nach der Machtergreifung erst geschaffen werden. Das geschieht nicht auf einmal, einfach mit dem Akt der politischen Machtergreifung. Vielmehr erfordert die Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse eine ganze historische Epoche, über die Marx ebenfalls

bereits in der „Kritik des Gothaer Programms“ in einem sehr bekannten Satz spricht: *„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als **die revolutionäre Diktatur des Proletariats.**“* (MEW 19, S.28)

Marx selbst hat nur die allerersten Ansätze einer solchen Übergangsperiode beobachten und bewerten können, nämlich bei der Pariser Kommune. Die Erkenntnisse, die Marx aus der Erfahrung der Kommune gezogen hat, waren im wesentlichen Erkenntnisse über die politische Seite der Übergangsperiode, über den Charakter des Staates, der vom revolutionären Proletariat geschaffen werden muss. Diese Erkenntnisse wurden von Lenin und den Bolschewiki aufgegriffen und auf der Grundlage der Erfahrungen der revolutionären Bewegung in Russland weiterentwickelt. Im Gegensatz zur Pariser Kommune war die russische Revolution dauerhaft siegreich und sah sich vor Aufgaben gestellt, mit der die Kommunarden noch nicht zu tun gehabt hatten. Insbesondere betrifft das die Aufgabe der Diktatur des Proletariats, den ökonomischen Übergang zum Sozialismus zu vollziehen, die sozialistischen Produktionsverhältnisse real aufzubauen.

Mit ebendiesem Problem beschäftigt sich Lenin in der oben zitierten Schrift „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“ von 1919. Zu der Zeit der Erstellung dieser Schrift war erst ein Teil der Wirtschaft vergesellschaftet. Dies war der sozialistische Sektor. Daneben gab es vier weitere Wirtschaftsformen in Sowjetrußland: die patriarchalische bäuerliche Wirtschaft, die kleine Warenproduktion, den privatwirtschaftlichen Kapitalismus und den Staatskapitalismus.

Lenin schlußfolgerte aus dieser konkreten Erfahrung in Rußland, dass es in jedem Land in der Übergangsperiode zum Sozialismus drei Hauptformen der gesellschaftlichen Wirtschaft geben muss, nämlich den Sozialismus, die kleine Warenproduktion und den Kapitalismus. In dieser Periode muss sich der sozialistische Wirtschaftssektor, in dem die Produktionsmittel bereits gesellschaftliches Eigentum sind und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, gegen die anderen Sektoren durchsetzen, in dem das noch nicht der Fall ist. Es muß betont werden, dass es sich hierbei um verschiedene, klar voneinander unterscheidbare Wirtschaftssektoren handelt und nicht um „komplex miteinander verwobene“ Elemente.

Wenn Lenin also im obengenannten Zitat von „**Merkmale** oder **Eigenschaften** dieser beiden sozialökonomischen Formationen“, der kapitalistischen und der kommunistischen spricht, bezieht sich das erstens auf die **Übergangsperiode zum Sozialismus** und zweitens auf die verschiedenen

Wirtschaftsformen innerhalb dieser Übergangsperiode, wenn der sozialistische Sektor eben noch nicht die gesamte gesellschaftliche Wirtschaft erfasst hat. Dies war in der Sowjetunion auch erst knapp zwanzig Jahre später der Fall, als Stalin bspw. auf dem XVIII. Parteitag 1939 verkünden konnte, „*daß das sozialistische System das einzige System in der Industrie der Sowjetunion ist*“ und „*daß das sozialistische Wirtschaftssystem jetzt die einzige Form unserer Landwirtschaft ist.*“ (Stalin, Werke 14, S.195 / S. 199)

Mit Lenin hier zu argumentieren, um den Sozialismus als widerspruchsvolle Zwittergesellschaft darzustellen, ist also im besten Fall ein Mißverständnis und im schlimmsten Fall eine Fälschung.

Dass Lenin mit der „Übergangsperiode“ eben nicht den Sozialismus meint, wird übrigens auch direkt klar, wenn man in der besagten Schrift an der zitierten Stelle ein paar Sätze weiter liest. Dort heißt es:

*„Nicht nur dem Marxisten, sondern jedem gebildeten Menschen, der einigermaßen mit der Entwicklungstheorie bekannt ist, sollte die Notwendigkeit einer ganzen historischen Epoche, die diese Merkmale der Übergangsperiode aufweist, ohne weiteres klar sein. Und doch zeichnen sich alle Betrachtungen über den **Übergang zum Sozialismus** (H.v.m., tb.), die wir von den gegenwärtigen Vertretern der kleinbürgerlichen Demokratie zu hören bekommen (und das sind trotz ihres angeblich sozialistischen Aushängeschildes alle Vertreter der II. Internationale, einschließlich solcher Leute wie MacDonald und Jean Longuet, Kautsky und Friedrich Adler), durch völliges Ignorieren dieser augenfälligen Wahrheit aus.“* (LW 30, S. 91 f.)

Lenin spricht also vom Übergang **zum Sozialismus** – übrigens ein weiteres Mal, dass er Sozialismus und Kommunismus als Synonyme verwendet. Und das ist nur deshalb legitim und theoretisch vertretbar, weil beides – wie in „Staat und Revolution“ immer wieder gesagt – Phasen derselben sozialökonomischen Formation sind.

Es ist übrigens wichtig, festzuhalten, dass Lenin in dem zitierten Abschnitt die Notwendigkeit der Übergangsperiode gerade gegenüber den Opportunisten der II. Internationale, den „*Vertretern der kleinbürgerlichen Demokratie*“ verteidigt.

An dieser Stelle möchte ich eine Bemerkung einfügen: Die Verfälschung und Vulgarisierung des Marx'schen Gedankengangs über die Übergangsperiode taucht nicht erst und nicht nur in der Roten

Reihe auf. Bereits im Programm von 1977 (und ebenso im Programm von 1993) findet sich der oben zitierte Satz aus der „Kritik des Gothaer Programms“ verkürzt und verzerrt zu folgender Aussage: „*Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere, der Sozialismus.*“

Eben nicht! Bevor vom Sozialismus überhaupt die Rede sein kann, müssen die sozialistischen Produktionsverhältnisse nach der Revolution zunächst einmal **geschaffen** werden und **das** erfordert insbesondere eine Periode der revolutionären Umwandlung mit ganz besonderen Aufgaben und Problemen. Diese Periode ist die **Epoche der Diktatur des Proletariats**. Wenn wir von der Diktatur des Proletariats sprechen, meinen wir zuallererst diese Epoche und erst logisch und zeitlich danach sprechen wir davon, dass auch der Staat in der niederen Phase des Kommunismus weiterhin die Diktatur des Proletariats ist. Und hier kommen wir zur ersten gravierenden Konsequenz, die sich aus der Sozialismus-Analyse der Roten Reihe ebenso wie aus manchen älteren Verfälschungen ergibt: Der Sozialismus wird mit der Epoche der Diktatur des Proletariats verwechselt und in einen Topf geworfen. Das heisst in der Konsequenz, dass die **wirkliche** Übergangsperiode, die wirkliche Epoche der Diktatur des Proletariats in der Theorie und in der Programmatik der Partei faktisch wegfällt. Dass diese Periode in unserem Programm tatsächlich nicht auftaucht, darauf werde ich weiter unten eingehen.

Fest steht aber schon, dass sich unsere Partei damit desselben Fehlers schuldig macht wie die „*Vertreter der kleinbürgerlichen Demokratie*“ - die Opportunisten der II. Internationale – die Lenin oben angegriffen hat.

Übergangsgesellschaft im marxistischen Sinne und Übergangsgesellschaft im trotzkistischen Sinne

In welchem Sinne wäre es nun legitim, überhaupt den Begriff „Übergangsgesellschaft“ für den Sozialismus zu verwenden? Meines Erachtens **nur** in dem Sinne, dass der Sozialismus eben noch kein vollkommener, fertiger Kommunismus ist, dass er noch Muttermale, Überreste der alten Gesellschaft enthält. Punkt.

Dieser Umstand ist für die Analyse der Bewegungsgesetze des Kommunismus in seiner sozialistischen Phase tatsächlich von Bedeutung und insbesondere für die Frage, welche

gesellschaftliche Grundlage es in der Phase des Sozialismus noch für eine Konterrevolution gibt, wie sie in der Sowjetunion in den fünfziger Jahren stattgefunden hat. Hierzu gibt es zahlreiche konkrete Untersuchungen und Materialien und allgemeine Schlußfolgerungen der internationalen kommunistischen Bewegung. Insbesondere seien zahlreiche Schriften Enver Hoxhas und der Partei der Arbeit Albaniens genannt (teilweise erschienen in der Zeitschrift „Albanien heute“ oder im Text „Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens“) oder die Analyse der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs: „*Contribution au bilan du socialisme en URSS*“ (erschienen 1996) . All diese Analysen basieren auf den korrekten marxistisch-leninistischen Begriffen, wie sie in den obigen Ausführungen der Klassiker und im Lehrbuch der Politischen Ökonomie entwickelt sind und wie sie nur von unserer Partei in Frage gestellt worden sind.

Fragt sich, ob die Begriffe und Gedankengänge aus der Roten Reihe tatsächlich „neu“ sind oder ob auch sie einen bestimmten ideologischen Ursprung haben.

Tatsächlich ist der Begriff der „Übergangsgesellschaft“, wie er in der Roten Reihe verwendet wird - nämlich als widersprüchliche Zwittergesellschaft - eine Besonderheit des Trotzismus.

Trotzki entwickelt den Begriff der Übergangsgesellschaft für die Verhältnisse in der Sowjetunion in seiner Schrift „Verratene Revolution“ von 1936. In seiner Argumentation geht Trotzki sogar um einiges subtiler vor als die Rote Reihe, indem er nämlich augenscheinlich mit den Begriffen von Marx operiert: Zwar gebe es in der Sowjetunion kein Privateigentum an den Produktionsmitteln mehr, so Trotzki. Dennoch könne noch nicht – wie es die KPdSU macht – davon gesprochen werden, die Sowjetunion befinde sich in der ersten Phase des Kommunismus im Marxschen Sinne, da Marx darunter „eine Gesellschaft“ verstanden hätte, „*die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von Anfang an **höher** steht als der fortgeschrittenste Kapitalismus.* (...)“

(...) *Wenn Marx als unteres Stadium des Kommunismus die Gesellschaft bezeichnete, die auf Grund der Vergesellschaftung der Produktionsmittel des fortgeschrittensten Kapitalismus seiner Epoche entstehen sollte, so ist diese Bezeichnung offensichtlich nicht auf die Sowjetunion zugeschnitten, die heute noch, was Technik, Konsumgüter und Kultur anbelangt, viel ärmer ist als die kapitalistischen Länder. Richtiger wäre es darum, das heutige Sowjetregime in all seiner Widersprüchlichkeit nicht als sozialistisches, sondern als vorbereitendes oder **Übergangsregime** zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu bezeichnen.*“ (Trotzki, Verratene Revolution, Arbeiterpresse-Verlag 1997, S.98 f.)

Und weiter unten: „*Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, um Marx' Ausdruck zu*

verwenden, beginnt mit dem Niveau, auf dem der höchstentwickelte Kapitalismus angelangt ist. Das reale Programm der nächsten Fünfjahrespläne besteht hingegen darin, 'Europa und Amerika einzuholen'.“ (ebd., S.108)

Man beachte, dass Trotzki hier eindeutig **nicht** von der Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats spricht, wie sie in Lenins obenzitatierter Schrift behandelt wird, in der es noch einen kapitalistischen und einen Sektor der kleinen Warenproduktion in der Wirtschaft gibt. Trotzki spricht ausdrücklich von einem „Übergangsregime“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu der Zeit, als die Produktionsmittel bereits vollständig vergesellschaftet sind².

„Wenn man das Sowjetregime als Übergangs- oder Zwischenregime bezeichnet, dann muß man abgeschlossene soziale Kategorien wie Kapitalismus (darunter den 'Staatskapitalismus') oder Sozialismus ausschalten. (...)“

Die UdSSR ist eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus stehende, widerspruchsvolle Gesellschaft (H.v.m., tb.), in der a) die Produktivkräfte noch längst nicht ausreichen, um dem staatlichen Eigentum sozialistischen Charakter zu verleihen, b) das aus Not geborene Streben nach ursprünglicher Akkumulation allenthalben durch die Poren der Planwirtschaft dringt, c) die bürgerlich bleibenden Verteilungsnormen einer neuen Differenzierung der Gesellschaft zugrunde liegen, d) der Wirtschaftsaufschwung die Lage der Werktätigen langsam bessert und die rasche Herausbildung einer privilegierten Schicht fördert, e) die die Bürokratie unter Ausnutzung der sozialen Gegensätze zu einer unkontrollierten und dem Sozialismus fremden Kaste wurde, f) die von der herrschenden Partei verratene soziale Umwälzung in den Eigentumsverhältnissen und dem Bewusstsein der Werktätigen noch fortlebt, g) die Weiterentwicklung der angehäuften Gegensätze sowohl zum Sozialismus hin als auch zum Kapitalismus zurückführen kann, h) auf dem Wege zum Kapitalismus eine Konterrevolution den Widerstand der Arbeiter brechen müßte, i) auf dem Wege zum Sozialismus die Arbeiter die Bürokratie stürzen müßten.“ (ebd., S. 278 f.)

Trotzkis ganze Argumentation, seine subtile Verfälschung der Begriffe von Marx baut auf dem Dogma auf, dass der Sieg des Sozialismus in einem Lande, sprich: die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse in einem rückständigen Land wie der Sowjetunion ohne die Unterstützung durch weitere siegreiche Revolutionen in Westeuropa nicht möglich ist. Das ist das Wesen des ideologischen und politischen Angriffs der Trotzkiisten auf die Bolschewiki und den sozialistischen

² Wobei Trotzki noch einen Gegensatz zwischen der Verstaatlichung und der „realen Vergesellschaftung“ aufbaut, auf den ich später noch zurückkommen werde.

Aufbau in der UdSSR, der sie schließlich sogar zur Kollaboration mit den Faschisten führte.

Trotzki „übersah“ bei seiner ganzen Theorie über die Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande und seinem Verweis auf Marx nur, dass der Kapitalismus sich nicht mehr, wie zu Marx' Zeiten, in der alten, vormonopolistischen Periode befand, sondern bereits in den Imperialismus hinübergewachsen war, dass die Front des Imperialismus u.a. mit der ungleichmäßigen, sprunghaften Entwicklungsweise der kapitalistischen Länder und mit den zwischenimperialistischen Konflikten und Kriegen leichter verwundbar war und dass deshalb, Lenin zufolge, der Sieg des Sozialismus in einzelnen Ländern möglich war. Zu diesem Thema sind von marxistisch-leninistischer Seite unzählige Schriften und Polemiken veröffentlicht worden³, sodass es müßig wäre, alle Argumente gegen dieses Kernstück des Trotzismus aufzuzählen.

Es ist kein Zufall, dass Trotzki's Schrift „Verratene Revolution“ genau zu der Zeit erschienen ist, als der Sieg des sozialistischen Sektors der Wirtschaft über die anderen Sektoren mit der Industrialisierung und der Vernichtung des Kulakentums als Klasse zur Vollendung drängte, die sozialistischen Produktionsverhältnisse also geschaffen waren - als Stalin anlässlich der Verabschiedung der neuen Verfassung der UdSSR 1936 erklären konnte:

„Somit ist jetzt der volle Sieg des sozialistischen Systems in allen Sphären der Volkswirtschaft zur Tatsache geworden.

Was aber bedeutet das?

Das bedeutet, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben, beseitigt, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und -instrumenten sich aber als unerschütterliche Grundlage unserer Sowjetgesellschaft durchgesetzt hat.

Im Gefolge aller dieser Veränderungen in der Volkswirtschaft der Sowjetunion haben wir jetzt eine neue, eine sozialistische Ökonomik, die keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit kennt, die kein Elend und keinen Ruin kennt und die den Staatsbürgern alle Möglichkeiten für ein wohlhabendes und kulturelles Leben gewährt.“ (SW 14, S. 60 f.)

In diesem Moment, da der Sozialismus in der UdSSR Realität wurde, stützte Trotzki sich zur Rettung seines revisionistischen und sowjetfeindlichen Dogmas auf Marx und behauptete, die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft setze das technische Niveau des höchstentwickelten Kapitalismus voraus. Daher befinde sich die Sowjetunion, die dieses Niveau noch nicht erreicht

³ Vgl.: Ernst Thälmann, „Für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion“, Rede vor der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale v. 11.12.1926, aus: Thälmann, „Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Dietz Verlag 1956, S. 413 ff.

habe, nicht in der Phase des Sozialismus, sondern sei eine „widerspruchsvolle Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus“, ein „bürokratischer Arbeiterstaat“.

Trotzkis theoretischer Schüler Ernest Mandel hebt gerade den Begriff der „Übergangsgesellschaft“ als zentralen Punkt des Werks seines „Lehrmeisters“ hervor: *„Die sowjetische Gesellschaft (...) hat keine exakt bestimmbare soziale Struktur, mit festen Umrissen und einen genau definierbaren historischen Ort im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß der Menschheit. Sie ist weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, und verbindet daher Momente der sozialistischen Zukunft mit denen kapitalistischer Vergangenheit und Umgebung. Es ist zweifellos ein wesentliches Verdienst von Leo Trotzki, in seiner Analyse des Wesens der UdSSR in dieser Weise die Problematik formuliert zu haben. Was lange Zeit ausschließlich Gedankengut der trotzkistischen Bewegung gewesen war, beginnt sich jetzt auf weite Teile innerhalb der Avantgarde auszubreiten, was sich in der zunehmenden Anerkennung des Begriffs 'Übergangsgesellschaft' zeigt.* (H.v.m., tb.)“ (Ernest Mandel, „Warenkategorie und Lohnform in der Übergangsgesellschaft“, aus: „Zur Theorie der Übergangsgesellschaft“, Permanente Revolution, Materialien Nr. 1, S. 71)

Mandel selbst hat die trotzkistische Theorie der „Übergangsgesellschaft“ in seinen Schriften weiter ausgefeilt: *„In Wirklichkeit ist die sowjetische Wirtschaft gekennzeichnet durch die widersprüchliche Verknüpfung einer nicht-kapitalistischen Produktionsweise mit einer bürgerlichen Verteilungsweise. Für ein Wirtschaftssystem, das den Kapitalismus überwunden, den Sozialismus aber noch nicht erreicht hat, ist diese Verknüpfung von Widersprüchen charakteristisch; sie ist charakteristisch für ein System, das eine Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus durchläuft, während derer – wie Lenin dargelegt hat – in der Wirtschaft Elemente der Vergangenheit und der Zukunft notwendigerweise miteinander verquickt sind.“* (Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, 2. Band, Suhrkamp, S. 714).

Hier spielt er am Ende offensichtlich auf **dieselbe** Äußerung von Lenin an, die er dem Kern nach **in derselben Art und Weise** aus dem Zusammenhang reißt und verfälscht, wie es die Rote Reihe macht.

Welchen Schluß können wir aus alledem ziehen?

Das Wesen der Auseinandersetzung zwischen den Bolschewiki und den Trotzkiisten war die Frage

der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR. Stalin und die Bolschewiki verteidigten die Leninsche Auffassung, dass die sozialistischen Produktionsverhältnisse in einem Land geschaffen werden konnten. Trotzki und seine politische Nachgeburt bestritten dies und entwickelten die Theorie von der „Übergangsgesellschaft“, um zu „beweisen“, dass der Sozialismus in der Sowjetunion nicht existierte, dass die Gesellschaft der Sowjetunion lediglich eine widerspruchsvolle „Übergangsgesellschaft“, ein Zwitterprodukt zwischen Kapitalismus und Sozialismus wäre. Diese Theorie ist verbunden mit der politischen Diffamierung des Sowjetstaates, der Kommunistischen Partei und ihrer Führung, insbesondere der Person Stalins.

Trotzki gibt übrigens einen hochinteressanten Hinweis darauf, welche Schlußfolgerung aus seiner Betrachtung der UdSSR (konkret: des dortigen Staates) zu ziehen wäre: *„Je nachdem (...) müssen wir entweder unsere traditionellen Anschauungen von der sozialistischen Gesellschaft überhaupt radikal revidieren, oder ebenso radikal die offizielle Beurteilung der UdSSR verwerfen.“* (Verratene Revolution, S. 152)

Was ist nun also davon zu halten, wenn in der Roten Reihe zwar nicht offen bestritten wird, dass die Sowjetunion Stalins sozialistisch gewesen ist, **wenn aber gleichzeitig der Begriff des Sozialismus seines eigentlichen, marxistisch-leninistischen Inhalts beraubt wird - wie oben gezeigt - und er zu einer widerspruchsvollen „Übergangsgesellschaft“ reduziert wird, ähnlich wie sie Trotzki und Mandel in ihren Büchern ausmalen?**

Die Antwort liegt auf der Hand.

Es spielt nur eine untergeordnete Rolle, welche konkreten Eigenschaften Trotzki und Mandel der „Übergangsgesellschaft“ zuschreiben und welche davon die Rote Reihe offen übernimmt (dazu mehr im zweiten Abschnitt). **Entscheidend ist, dass mit der Übernahme des Begriffs der widerspruchsvollen, zwischen den Formationen stehenden „Übergangsgesellschaft“ für die Sowjetunion im Kern dieselbe Position eingenommen wird, wie sie die Trotzkiisten gegenüber den Bolschewiki eingenommen haben.** Denn es wird damit nichts anderes gesagt als: „Die Sowjetunion Stalins war nicht sozialistisch, und wenn sie sozialistisch war, dann jedenfalls ist der Sozialismus etwas grundlegend anderes als das, was Stalin und die Bolschewiki dafür gehalten und dafür erklärt haben.“

Die Rote Reihe entscheidet sich also für die erste der von Trotzki oben genannten

Schlußfolgerungen und revidiert unsere traditionellen Anschauungen von der sozialistischen Gesellschaft radikal.⁴

Das ist nichts anderes als ein versteckter, aber dafür frontaler Angriff auf die Positionen und das Werk Stalins und der Bolschewiki, den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion.

Das ist nichts anderes als getarnter Trotzismus.

Das wird noch klarer, wenn wir im folgenden in die Details der Analyse gehen.

4 Ich möchte an dieser Stelle bemerken, dass der Verfasser der Roten Reihe mir gegenüber in einem Gespräch Mitte 2008 selbst äußerte, es werde ihm immer klarer, was für einen „radikalen Bruch“ die theoretischen Auffassungen aus der Roten Reihe bedeuteten.

II) Übergangsgesellschaft konkret

1) Wegfall der Epoche der Diktatur des Proletariats

„Die Frage der proletarischen Diktatur ist in erster Linie die Frage nach dem Grundgehalt der proletarischen Revolution.“, Stalin⁵

Wenn Sozialismus und Übergangsperiode zum Sozialismus miteinander verwechselt werden und der Sozialismus zur „Übergangsgesellschaft“ degradiert wird, wird nicht nur der qualitative Sprung beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus infrage gestellt und relativiert, sondern als erstes wird auch die Voraussetzung für diesen Sprung negiert, nämlich die **Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse, die eine eigene historische Epoche und eine spezielle politische Ordnung verlangt: die Diktatur des Proletariats.**

Was ist die Diktatur des Proletariats?

Die allgemeinste Definition der Diktatur des Proletariats, wie sie von Lenin gegeben wurde, lautet wie folgt:

„Die Diktatur des Proletariats ist nicht die Beendigung des Klassenkampfes, sondern seine Fortführung in neuen Formen. Die Diktatur des Proletariats ist der Klassenkampf des Proletariats, das gesiegt und die politische Macht erobert hat, gegen die Bourgeoisie, die zwar besiegt, aber nicht vernichtet, nicht verschwunden ist, nicht aufgehört hat, Widerstand zu leisten, gegen die Bourgeoisie, die ihren Widerstand verstärkt hat.“ (Stalin, „Zu den Fragen des Leninismus“, zitiert aus: Leninismus-Heft 3, S. 43)

Das heißt: Das Proletariat hat mit der Revolution die politische Macht erobert, den bürgerlichen Staatsapparat gewaltsam zerschlagen und durch seinen eigenen Staatsapparat ersetzt. Welche Aufgaben hat dieser proletarische Staatsapparat? Noch hat die Bourgeoisie als Klasse nicht aufgehört, zu existieren, wenn sie auch die politische Macht eingebüßt hat. Die Bourgeoisie muss von der Arbeiterklasse an der Macht daher gewaltsam unterdrückt, die Revolution muss gewaltsam verteidigt werden. Die Arbeiterklasse muss dafür ein Bündnis mit den anderen von der Bourgeoisie

⁵ „Die Grundlagen des Leninismus“, zitiert aus: Leninismus-Heft 3, „Die Diktatur des Proletariats“, Rotfront-Verlag Kiel, S. 34

ausgebeuteten Schichten und Gruppierungen der Gesellschaft schmieden, sie unter ihrer Führung vereinigen. Sie muss schließlich im Bündnis mit diesen Kräften **die sozialistischen Produktionsverhältnisse schaffen** und damit die Bourgeoisie **als Klasse vernichten**.

„Daraus ergeben sich drei grundlegende Seiten der Diktatur des Proletariats.

- 1. Die Macht des Proletariats wird ausgenutzt zur Unterdrückung der Ausbeuter, zur Verteidigung des Landes, zur Festigung der Verbindungen mit den Proletariern der anderen Länder, zur Entfaltung und zum Sieg der Revolution in allen Ländern.*
- 2. Die Macht des Proletariats wird ausgenutzt zur endgültigen Loslösung der werktätigen und ausgebeuteten Massen von der Bourgeoisie, zur Festigung des Bündnisses des Proletariats mit diesen Massen, zur Einbeziehung dieser Massen in den sozialistischen Aufbau, zur staatlichen Leitung dieser Massen durch das Proletariat.*
- 3. Die Macht des Proletariats wird ausgenutzt zur Organisierung des Sozialismus, zur Aufhebung der Klassen, zum Übergang in eine Gesellschaft ohne Klassen, in die sozialistische Gesellschaft.*

*Die proletarische Diktatur ist die Vereinigung aller dieser drei Seiten. Keine dieser Seiten kann als das **einzig** charakteristische Merkmal der Diktatur des Proletariats hingestellt werden, und umgekehrt, das Fehlen auch nur eines dieser Merkmale genügt, damit die Diktatur des Proletariats unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung aufhört, eine Diktatur zu sein. Deshalb darf keine dieser drei Seiten ausgeschaltet werden, wenn man nicht Gefahr laufen will, den Begriff der Diktatur des Proletariats zu entstellen. Nur alle diese drei Seiten zusammengenommen geben uns einen vollständigen und abgeschlossenen Begriff von der Diktatur des Proletariats.“ (Stalin, ebd., S. 46 f.)*

Die Diktatur des Proletariats hat mit der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Liquidierung der Ausbeuterklassen ihre Notwendigkeit freilich noch nicht eingebüßt, wie es insbesondere die Chruschtschow-Revisionisten behauptet haben, und zwar gerade um den Sozialismus in der UdSSR zu liquidieren und die Herrschaft einer neuen kapitalistischen Ausbeuterklasse zu errichten.

Zwar existiert die Bourgeoisie in der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr als Klasse. Es existiert kein Antagonismus mehr zwischen den Klassen.

Dennoch gibt es eine Reihe von Faktoren, die die Fortführung des Klassenkampfes bis zur höheren Phase des Kommunismus und die Diktatur des Proletariats weiterhin erforderlich machen:

Im **Innern** des Landes sind das die Überreste der alten Gesellschaft, die noch lange Zeit weiterbestehen: Die Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, die Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit usw. Das „bürgerliche Recht“ und das Prinzip der Verteilung nach der geleisteten Arbeit. Überreste im geistigen Leben, in der Ideologie usw.

Außerhalb des Landes ist das der ideologische, politische, wirtschaftliche und militärische Druck durch das kapitalistische Ausland, der auf die Menschen in der sozialistischen Gesellschaft, auf den sozialistischen Staat und auf die kommunistische Partei ausgeübt wird.

All das macht die Unterdrückung der Feinde des Sozialismus weiterhin notwendig, die aufgrund dieser Faktoren entstehen und die Restauration des Kapitalismus anstreben.

All das macht die Fortführung des Klassenkampfes unter der Führung der Arbeiterklasse, all das macht die Diktatur des Proletariats mit allen ihren drei Seiten weiterhin notwendig, wenn sich auch der Inhalt der drei Seiten gegenüber der ersten Etappe, der Etappe des Übergangs und der Schaffung der sozialistischen Basis, verändert hat.

Die Diktatur des Proletariats ist das entscheidende Instrument der Arbeiterklasse sowohl in der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus als auch in der sozialistischen Gesellschaft. Sie ist **das elementarste und wichtigste Wesensmerkmal** der marxistisch-leninistischen Lehre vom Staat und der proletarischen Revolution: *„Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes bis zur Anerkennung der **Diktatur des Proletariats** ausdehnt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom gewöhnlichen Klein- (und auch Groß-) bürger. Das muß der Prüfstein für das **wirkliche** Verstehen und Anerkennen des Marxismus sein.“* (Lenin, ebd., S. 39)

In unserem Programm kommt die Diktatur des Proletariats nicht vor.

Zwar wurden beim 11. Parteitag 2005 Veränderungen vorgenommen und das Wort „Diktatur des Proletariats“ an einigen Stellen eingefügt. Diese Veränderungen sind jedoch rein kosmetisch, weil die oben ausgeführte wesentliche Aufgabenstellung der Diktatur des Proletariats (und die ist viel

wichtiger als das bloße Wort) völlig fehlt.

Ich beziehe mich im folgenden auf die aktuelle Version des Programms von 2005:

Dort gibt es ab S. 21 den Abschnitt „Kommunismus“, eine allgemeine Beschreibung des kommunistischen Endziels, und ab S. 23 den Abschnitt „Sozialismus“. Dieser beginnt mit den Worten: *„Zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus steht eine Übergangsgesellschaft von ersterem zu letzterem. Diese Übergangsgesellschaft ist der Sozialismus.“* (Programm der KPD, S. 23)

Bereits damit ist die **tatsächliche** Epoche des Übergangs, die Epoche der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Liquidierung der Bourgeoisie, übersprungen worden. Man geht nahtlos vom Kapitalismus zum Sozialismus über. Die Diktatur des Proletariats ist verschwunden. Marxismus-Test nicht bestanden.

Und es wird auch im folgenden nicht besser: Nach der falschen Definition geht es weiter mit den bürgerlichen Argumenten gegen den Sozialismus, der Distanzierung von den pseudo-sozialistischen Staaten, den Schwierigkeiten im Sozialismus usw.

Es fallen auf S. 24 (oben) ein paar allgemeine, sehr verschämte und nichtssagende Worte darüber, dass *„der Widerstand der alten Ausbeuterklasse“* ein großes Hindernis für den Übergang zum Kommunismus sein wird und dass die Arbeiterklasse (an der Macht?) sich gegen die Bourgeoisie wehren muss (*„dem Druck und der Demagogie des Kapitalismus widerstehen“*, *„auch staatliche Mittel zum Schutz des Sozialismus einsetzen“*, *„Bestrafung aller, die organisiert die Restauration des Kapitalismus betreiben“*, *„Arbeiterklasse darf nicht zögern und muss entschlossen sein“*).

Alles Wesentliche zum Verständnis dieser moderaten Bemerkungen wurde bisher aber ausgelassen: Hat die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staatsapparat überhaupt zerschlagen und durch ihren eigenen ersetzt? Ist sie überhaupt an der Macht? Und wenn ja, wie ist sie an die Macht gekommen?

Bisher alles ungeklärte Fragen.

Es geht seitenlang weiter. Lang und breit ist die Rede von den Schwierigkeiten beim Übergang zum Kommunismus, von den *„rückwärtsgewandten Triebkräften innerhalb der sozialistischen*

Gesellschaft“, von der *„Rückwirkung relativ rückständiger Verhältnisse auf die menschliche Psyche“*, von den *„klassenmäßigen Wurzeln der Gefahr der Restauration einer Ausbeutergesellschaft“* usw.

Mir nichts dir nichts schleicht sich in diese Ausführungen ein ominöser *„sozialistischer Staat“* ein, der auf S 25 f. auf einmal *„die gestürzten Ausbeuter und die mit ihnen verbündeten Kräfte im In- und Ausland, die den Kapitalismus restaurieren wollen, gewaltsam niederhalten“* muss, wobei prompt klargestellt wird, dass dieser Staat trotzdem *„Zugeständnis an die relative Rückständigkeit der Gesellschaft“* ist...

Aber wir haben immer noch **mit keinem Wort** erfahren, wie die Ausbeuter denn nun eigentlich gestürzt worden sind und wo plötzlich dieser sozialistische Staat herkommt.

Wir erfahren auf S. 29 noch, dass *„Kapitalisten, Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzer [...] entschädigungslos enteignet“* werden und dass *„ihr Eigentum [...] vom sozialistischen Staat in Besitz genommen“* wird.

Auf S. 30 finden wir endlich die Unterüberschrift *„Diktatur des Proletariats“*. Aber auch hier nur Allgemeinheiten: *„Um den Sozialismus aufbauen zu können, benötigen die arbeitenden Menschen (bemerke: „arbeitende Menschen“ statt Arbeiterklasse!) einen völlig anderen Staat als je zuvor in der Geschichte. Mit der verfaulten, korrupten bürgerlichen Staatsmacht und ihrer Armee, Polizei, Justiz, ihrem Parlament und ihrem Verwaltungsapparat ist eine solche historische Umwälzung nicht zu vollziehen. Diese Organe schließen die Arbeiterklasse ja gerade von jeder gesellschaftlich bedeutenden Einflußnahme aus. Diese Organe unterdrücken und helfen bei der Organisation der Ausbeutung.“*

Wenigstens jetzt, mit dieser endlosen Verspätung, nach fast acht Seiten müsste eigentlich die Konsequenz kommen: Revolutionäre Zerschlagung der verfaulten, korrupten bürgerlichen Staatsmacht und Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats, Aufzählung der Aufgaben dieser Diktatur...

Aber wieder nichts: *„Ein sozialistischer Staat unterscheidet sich zugleich grundlegend von dem pseudo-sozialistischen Staat in der DDR, der jede Lebensäußerung der Arbeiterklasse reglementieren wollte.“* (S. 30)

Wir erfahren, was der sozialistische Staat **nicht** ist, nicht sein soll und nicht sein darf. Wo kommt er aber denn her, der sozialistische Staat? Wo kommt er denn her, der Sozialismus? Kein Wort dazu. Er springt wie ein Kaninchen aus dem Zylinder ...

Und werden denn wenigstens jetzt, nachdem dieser Staat und der Sozialismus herbeigezaubert worden sind, wenigstens in irgendeiner Form die grundlegenden Seiten der Diktatur des Proletariats herausgestellt?

Schön wäre es: *„Der sozialistische Staat muß ein Instrument der Arbeiterklasse sein, er darf sich nicht über die Menschen und über die Gesellschaft stellen. So wie jeder Staat Instrument der Herrschaft einer Klasse ist, so ist der sozialistische Staat Instrument der herrschenden Arbeiterklasse. Er ist die Diktatur des Proletariats. Er ist Instrument der Arbeiterklasse, um im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften ihre Macht zu behaupten und auszuüben und ihre Interessen durchzusetzen. Er ist insbesondere ihr Instrument bei der kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft, mit deren Errichtung er absterben wird.“*

Dann folgen sogleich wieder ellenlang die negativen Seiten und Probleme dieses Staates...

Offenbar sollen in den letzten beiden Sätzen des Zitates die drei Grundseiten der Diktatur des Proletariats „mal angesprochen“ werden. Und das, nachdem vorher extra nochmal betont wurde, der Staat dürfe sich *„nicht über die Menschen und über die Gesellschaft stellen“*. (Und überhaupt ganz zu schweigen davon, dass dieser Absatz erst nach 12 Jahren überhaupt in das Programm eingefügt wurde.)

Doch man vergleiche die Ausführungen im Programm mit Stalins obenzitierten klaren Worten und der Unterschied springt sofort ins Auge: Was Stalin noch *„Unterdrückung der Ausbeuter, zur Verteidigung des Landes, zur Festigung der Verbindungen mit den Proletariern der anderen Länder, zur Entfaltung und zum Sieg der Revolution in allen Ländern“* nannte, soll hier wohl mit den bescheidenen Worten *„ihre Macht zu behaupten“* zusammengefaßt werden. Vom Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften ist zwar noch die Rede, von der führenden Rolle der Arbeiterklasse aber nicht mehr! Im Gegenteil: Die Arbeiterklasse wird an entscheidender Stelle nach wie vor mit den „arbeitenden Menschen“ vermischt. Der Satz über die *„kommunistische Umgestaltung“* schließlich befindet sich in vollem Einklang mit der gesamten

Übergangsgesellschaftstheorie und der Negation der sozialistischen Produktionsverhältnisse, um deren Schaffung es bei der Diktatur des Proletariats doch überhaupt erst geht. Dazu aber kein einziges Wort!

Keine Revolution, keine Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, keine Diktatur des Proletariats, keine Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse im gesamten Teil über Kommunismus und Sozialismus von Seite 21 bis 32. Dafür fünf Seiten netto an Ausführungen darüber, welche negativen Seiten, Schwierigkeiten und Probleme der Sozialismus hat...

„Aber, aber!“, mag man jetzt einwenden, „im 'Sozialistischen Programm der KPD', das ab S. 33 abgedruckt ist, steht doch ausdrücklich, dass *'die Gewaltinstrumente des Kapitals – Militär, Polizei, Geheimdienste, Justiz usw. - (...) in der sozialistischen Revolution zersetzt, entwaffnet und zerschlagen'* werden müssen und dass *'statt ihrer (...) aus den Reihen der Arbeiterklasse eine neue Staatsmacht aufgebaut'* wird.“ Sodann wird bis ins Detail bestimmt, wie diese Staatsmacht auszusehen hat. Im Anschluß an das Sozialistische Programm im Teil „Der Weg zum Sozialismus“ steht auf S. 45 ebenfalls: „*Diese Haltung der herrschenden Klasse wird die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen fortschrittlichen Menschen zwingen, dem Kapital die Macht mittels eines bewaffneten Aufstands gewaltsam zu entreißen, die Ausbeuterklasse zu entwaffnen und den bürgerlichen Staat zu zerschlagen.*“

Schön und gut – meines Erachtens aber unzureichend.

Denn **erstens** wird damit nur an zwei Stellen des Programms Tacheles zu einer zentralen Frage des Marxismus-Leninismus - der Frage der Revolution und der revolutionären Gewalt - geredet: Einmal mitten in einer Aufzählung von 32 Punkten (die Zerschlagung des bürgerlichen Staates ist Punkt 17), ein anderes Mal auf der drittletzten (!) Seite des Programms. Damit kann zwar niemand behaupten, der Punkt der gewaltsamen Revolution und der Zerschlagung des bürgerlichen Staates fehle im Programm. Aber er fehlt genau da, wo er zum Verständnis plötzlich auftretender Erscheinungen (z.B. des sozialistischen Staates im Teil „Sozialismus“ auf den Seiten 21 bis 32) notwendig wäre.

Dabei hätte es vorher genug Gelegenheit gegeben, diese Frage mal zu klären. Auf S. 12 f. findet sich ein Absatz „Revolutionäre Krise“. Doch da heißt es nur: „*Ab einem bestimmten Punkt der Zuspitzung der Widersprüche wird die breite Mehrheit der Bevölkerung in eine Lage versetzt, in der*

sie sich mit diesem System nicht mehr abfinden kann. Besonders die unteren Schichten der Arbeiterklasse, (...), sowie die Jugend, (...), sind eine revolutionäre Kraft. “Aha. Aber die Konsequenz kommt erst ganz am Ende.

So kommt es, dass der Leser / die Leserin bis S. 32 schon alles über Kommunismus und „Übergangsgesellschaft“ erfahren hat – vor allem, wie viele Probleme, „Schwächen“ und „Halbheiten“ diese „Übergangsgesellschaft“ mit sich bringt und dass sie „keineswegs unser Ideal“ ist – aber noch nicht einmal weiß, dass der bürgerliche Staat in einer Revolution zerschlagen werden muss. Das ist das besondere Bonbon, das man sich ganz für den Schluß aufgehoben hat ... !

Dieses Vorgehen erinnert an den Immobilienmakler, der erst beim Abschluß des Kaufvertrags erwähnt, dass neben dem Haus eine Autobahn gebaut werden soll.

Damit ist auch das „Sozialistische Programm“ nur ein Nebeneinander von vielen, tollen Punkten, deren logischen Zusammenhang sich der Leser erst einmal selbst erschließen muss: Der bürgerliche Staatsapparat muss zerschlagen und durch den proletarischen Staatsapparat ersetzt werden (Punkt 17), um „*Industrie- und Handelsunternehmen, Banken und Versicherungskonzerne, die Massenmedien sowie de[n] große[n] Grundbesitz*“ entschädigungslos zu enteignen und in Staatseigentum zu überführen (Punkt 1).

Wenn man aus solchen Mängeln und Fehlern zwar noch keinen revisionistischen Charakter des Programms ableiten kann, so sind es aber doch erstmal ziemlich augenfällige Mängel und Fehler.

Zweitens aber – und hier wird es tatsächlich revisionistisch - ist auch im Sozialistischen Programm und auch im Teil „Der Weg zum Sozialismus“ **keine Rede** davon, dass die sozialistischen Produktionsverhältnisse nach der Revolution erst geschaffen werden müssen und dass dafür die Epoche der Diktatur des Proletariats erforderlich ist. Auch hier scheint es so, als ginge man nach der Revolution nahtlos zum Sozialismus über, als wäre der Sozialismus im Schoß des Kapitalismus bereits herangereift (schließlich ist er ja laut unserem Programm die „Übergangsgesellschaft“).

Damit hängt das ganze Sozialistische Programm mit all den schönen Punkten als bloßes Ideal in der Luft, weil im Programm nicht herausgestellt wird, welches entscheidende Mittel erforderlich ist, um dieses Programm durchzusetzen: „*Die Bourgeoisie besiegen und ihre Macht stürzen, das vermag die Revolution auch ohne Diktatur des Proletariats. Aber den Widerstand der Bourgeoisie zu*

unterdrücken, den Sieg zu behaupten und weiterzuschreiten zum endgültigen Sieg des Sozialismus, ist die Revolution schon nicht mehr imstande, wenn sie sich nicht auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung ein spezielles Organ in Form der Diktatur des Proletariats als ihren wichtigsten Stützpfiler schafft.“ (Stalin, zitiert aus: Leninismus 3, S. 34)

Damit verkommt der einleitende Satz zur Notwendigkeit der Kommunistischen Partei in unserem Programm auf S. 45 zur Farce: *„Um die politische Macht ergreifen, die Diktatur des Proletariats errichten, den Sozialismus aufbauen und zum Kommunismus voranschreiten zu können, braucht die Arbeiterklasse eine kommunistische Partei.*“ Der Satz an sich ist natürlich richtig, leider hat man ihm nur jeden Zusammenhang genommen, in dem er Sinn hätte und richtig aufgefasst werden könnte: Die wesentlichen Elemente dieses Satzes „Diktatur des Proletariats“ und „Sozialismus aufbauen“ sind in unserem Programm einfach wegdefiniert worden!

Vergleichen wir den ganzen Aufbau unseres Programms doch nur mit dem Programm der Kommunistischen Internationale von 1928 – das als allgemeine Richtschnur dafür dienen kann, wie ein Kommunistisches Programm in etwa auszusehen hat und was es enthalten sollte:

Dort gibt es einen dreiseitigen Abschnitt über die Phasen der kommunistischen Gesellschaft. Danach wird auf den Seiten 28 bis 52 (!) „Die Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Diktatur des Proletariats“ abgehandelt. Darin heißt es bereits am Anfang u.a.:

*„Die **Eroberung der Macht durch das Proletariat** ist die Voraussetzung der Entwicklung sozialistischer Wirtschaftsformen...“ (S.29), „Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist die gewaltsame Vernichtung der bürgerlichen Macht, die **Zerschlagung** der kapitalistischen Staatsmaschine (...) und ihre Ersetzung durch **neue** Organe der proletarischen Macht, die vor allem Werkzeuge zur Niederhaltung der Ausbeuter sind.“ (S. 30) und „Das siegreiche Proletariat bedient sich der eroberten Macht als **Hebel zur wirtschaftlichen Umwälzung**, d.h. zur revolutionären Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse des Kapitalismus in die Beziehungen der sozialistischen Produktionsweise.“ (S. 33).*

Danach folgt die Auflistung konkreter Maßnahmen ähnlich denen aus unserem Programm. Diese Maßnahmen im Programm der KI sind in den Abschnitt zur Diktatur des Proletariats **eingebettet**. Aus dem gesamten Aufbau des KI-Programms wird sofort und unmißverständlich klar, dass das revolutionäre Proletariat die Bourgeoisie stürzen, ihren Staatsapparat zerschlagen und durch den

Staat der Diktatur des Proletariats ersetzen muss und dass sie einen Katalog von bestimmten Maßnahmen durchsetzen muss, **um** die sozialistische Produktionsweise zu schaffen.

Und ebendieser Zusammenhang wurde in unserem Programm gründlich durcheinandergeworfen.

Ich möchte mich nicht vierhundertmal wiederholen. Ich denke, der Unterschied ist mehr als deutlich geworden.

Wie kann man aber das Vorgehen in unserem Programm charakterisieren?

Die Nennung des sozialistischen Ziels oder der sozialistischen Programmpunkte ohne die Nennung der **Mittel**, die erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen, ist gerade ein typisches Wesensmerkmal des Opportunismus, des Revisionismus und des Trotzismus: Nehmen wir als klassisches Beispiel das „Übergangsprogramm“ der 4. Internationale von 1938, nehmen wir das aktuelle Programm der DKP. Es ließen sich mit Sicherheit kistenweise revisionistische Grundsatzdokumente auftreiben, in denen **genau so** vorgegangen wird.

Speziell die Negation der Übergangsperiode zum Sozialismus ist ein Wesensmerkmal des Opportunismus, mit dem schon Lenin sich in der Auseinandersetzung mit Kautsky (wir erinnern uns auch an das obige Zitat) herumschlagen musste: *„Der heutige Opportunismus in der Person seines Hauptvertreters, des früheren Marxisten K. Kautsky, fällt ganz unter die angeführte Marx'sche Charakteristik der **bürgerlichen** Haltung, denn dieser Opportunismus beschränkt das Gebiet der Anerkennung des Klassenkampfes auf das Gebiet bürgerlicher Verhältnisse. (Und innerhalb dieses Gebiets, in seinen Grenzen, wird kein einziger gebildeter Liberaler es ablehnen, den Klassenkampf 'prinzipiell' anzuerkennen!). Der Opportunismus **führt nicht** die Anerkennung des Klassenkampfes gerade bis zum Hauptsächlichsten, bis zur Periode des **Überganges** vom Kapitalismus zum Kommunismus, bis zur Periode des **Sturzes** der Bourgeoisie und ihrer völligen Vernichtung.“* (Lenin, zitiert aus: Leninismus 3, S. 39 f.).

Wenn die Übergangsperiode übersprungen wird, kann die Bourgeoisie nicht vernichtet und der Sozialismus nicht aufgebaut werden. Ein wesentlicher Fehler Kautskys und der „*Vertreter der kleinbürgerlichen Demokratie*“ ist auch der entscheidende Fehler unseres Programms, das damit zu einem Programm des kleinbürgerlichen Demokratismus verkommt – mag die „gewaltsame Revolution“ auch fünfmal genannt sein!

Vor diesem Hintergrund leuchtet es ein, warum die Arbeiterklasse an entscheidenden Stellen (siehe oben) mit den „arbeitenden Menschen“ - also u.a. dem Kleinbürgertum – vermischt wird. Es wird klar, warum das Programm nicht müde wird, zu betonen, was der sozialistische Staat alles „nicht darf“ und dass „*der sozialistische Staat [...] den arbeitenden Menschen (also dem Kleinbürgertum!) mehr Rechte und Freiheiten bieten*“ müsse „*als der bürgerliche Staat*“. (Programm, S. 31).

Und vor diesem Hintergrund leuchtet es ein, warum es mit der Kritik der Vermischung von Arbeiterklasse und arbeitenden Menschen – die der 12. Parteitag bereits geleistet hat - nicht getan ist: **Das Programm nimmt in den grundlegenden Fragen opportunistische, revisionistische und kleinbürgerliche Positionen ein.** Diese Abweichungen sind eine logische Konsequenz aus der Verwechslung von Sozialismus und Übergangsperiode. Sie sind eine logische Konsequenz aus der Übernahme des trotzkistischen Begriffs der „Übergangsgesellschaft“.

Deshalb muss das Programm im Zusammenhang mit einer grundlegenden Selbstkritik der Partei verworfen und durch ein neues, marxistisch-leninistisches Programm ersetzt werden!

Und noch etwas: Wenn die Epoche der Diktatur des Proletariats in der Theorie übersprungen und nahtlos zum Sozialismus übergegangen wird, muss das zwangsläufig zu der Annahme führen, dass der Sozialismus im Wesentlichen schon in der kapitalistischen Gesellschaft heranreift (mit dem Begriff der „Übergangsgesellschaft“ werden schon die entscheidenden Brücken in diese Richtung gebaut). Das wird wiederum Auswirkungen auf die Bewertung von Entwicklungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft haben, insbesondere der Entwicklung der Produktionsverhältnisse im Kapitalismus.

Die in unserer Partei von der revisionistischen Strömung beim 10. Parteitag vertretene These, dass die kapitalistische Flexibilisierung Bestandteil der Entwicklung der Produktivkräfte und damit grundsätzlich nicht rücknehmbar sei, ja sogar in bestimmtem Maße „Umwälzungsfermente“ zum Sozialismus enthalte, steht damit in einem glasklaren Zusammenhang, auf den ich in einer gesonderten Stellungnahme noch zurückkommen möchte.

Kommen wir nun aber zu den konkreten Konsequenzen des „Übergangsgesellschafts“-Begriffs für die sozialistische Gesellschaft.

2) Wegfall der sozialistischen Produktionsverhältnisse

Sozialismus ohne eigene ökonomische Basis? „Kapitalistischer“ Sozialismus?

Wäre der Sozialismus nicht die erste Phase einer neuen Formation, sondern – wie in unseren Publikationen und in unserem Programm - „keine sozialökonomische Formation“, eine zwitterhafte „Übergangsgesellschaft“, so würde das in der Konsequenz bedeuten, dass es keine eigentlichen sozialistischen Produktionsverhältnisse geben würde, mithin keine eigene ökonomische Basis des Sozialismus, sondern dass die Produktionsverhältnisse im Sozialismus ein widerspruchsvolles Gemisch aus kapitalistischen und kommunistischen Produktionsverhältnissen wären - dass im Grunde genommen zwei ökonomische Grundgesetze „komplex miteinander verwoben“ und gegeneinander wirkend die wirtschaftliche Bewegung bestimmen.

In der Tat wird in den Schriften unserer Partei diese Auffassung vertreten: *„In keinem Falle aber herrschen Triebkräfte einer dritten Art. Der Sozialismus bringt zwar Erscheinungen hervor, die so weder im Kapitalismus noch im Kommunismus existieren, doch dies ist keinesfalls darauf zurückzuführen, dass etwa sozialökonomische Triebkräfte einer dritten Art wirken würden, sondern nur darauf, dass die sozialökonomischen Triebkräfte dieser beiden Arten in komplexer Weise miteinander verwoben sind.“* (WdP, S.32)

Zu welch abenteuerlichen Schlußfolgerungen diese Annahme führt, wird im selben Text weiter oben deutlich. Dort ist im Zusammenhang mit der Betrachtung des Systems der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Sowjetunion davon die Rede, dass *„die bewusste Vergesellschaftung“* im Sozialismus *„noch nicht so weit vorangeschritten [ist], daß auf die **Kategorie des sich selbst verwertenden Werts** (H.v.m., tb.) als Triebkraft der Produktion vollständig verzichtet werden kann.“* Lediglich *„bis zu einem gewissen Grade“* sei *„diese Kategorie des Werts bereits aufgehoben“*. (WdP, S. 6). Dieselbe Argumentation findet sich im ersten Band der Roten Reihe im Kapitel zur Kontroverse zwischen Stalin und Jaroschenko. Stalins diesbezüglicher Beitrag ist in den „Ökonomischen Problemen“ abgedruckt.

Was bedeutet diese Aussage? Unter der Kategorie des „sich selbst verwertenden Werts“ verstehen wir nichts anderes als: das Kapital. Die Verwertung des Kapitals geschieht durch Ausbeutung von Lohnarbeit. Wenn hier gesagt wird, auf die *„Kategorie des sich selbst verwertenden Werts“* könne als *„Triebkraft der Produktion“* im Sozialismus noch nicht vollständig verzichtet werden, heißt das

schlicht und einfach, dass es im Sozialismus noch Ausbeutung von Lohnarbeit gäbe und zwar als Triebkraft der Produktion. Zumindest gäbe es sie „bis zu einem gewissen Grade“. Ein Sozialismus, der „bis zu einem gewissen Grade“ auf kapitalistischer Ausbeutung basiert... !

Es ist nicht verwunderlich, dass der Begriff der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus die Verfasser der Roten Reihe in der Konsequenz zu solch einer Annahme führen muss.

Es ist aber offensichtlich, dass kapitalistische Ausbeutung niemals „ein bisschen“, „ein bisschen mehr“ oder „bis zu einem gewissen Grade“ stattfindet - sondern sie findet **entweder statt oder nicht statt**. In der Übergangsperiode zum Sozialismus, in der es noch einen kapitalistischen Sektor in der Wirtschaft gibt, wird Kapital – z.B. von ausländischen Konzernen, denen Konzessionen gewährt worden sind – in diesem Sektor investiert und über die Ausbeutung von Lohnarbeit verwertet. Dort gibt es noch Ausbeutung. Ebenso gibt es sie auf dem Land durch den Kulaken.

Im Sozialismus hingegen, wo gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln herrscht, wo in der von Marx und Lenin geschilderten Art und Weise gewirtschaftet wird, gibt es **kein** Ausbeutungsverhältnis – und wenn es eines gibt, handelt es sich eben **nicht** um Sozialismus, sondern um eine andere ökonomische Formation.

Die These, dass der Sozialismus über keine eigene ökonomische Basis verfügt, wird übrigens in der im selben Kapitel behandelten Auseinandersetzung mit Jaroschenko von Stalin angegriffen. Es ist schon seltsam, dass sich die Rote Reihe ausführlich mit dieser Kontroverse beschäftigt, ohne an irgendeiner Stelle zu folgendem Zitat Stellung zu nehmen:

„Marx sagt:

'In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens (...) gehen die Menschen bestimmte notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.'

Das heißt, jede Gesellschaftsformation, darunter auch die sozialistische Gesellschaft, besitzt ihre eigene ökonomische Basis, die aus der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse der Menschen besteht. (H.v.m., tb.) *Es ergibt sich die Frage: Wie steht es bei Genossen Jaroschenko mit der ökonomischen Basis der sozialistischen Ordnung? Bekanntlich hat Genosse Jaroschenko die Produktionsverhältnisse im Sozialismus als mehr oder weniger selbständiges Gebiet bereits liquidiert (...). Es fragt sich: Besitzt die sozialistische Ordnung eine eigene ökonomische Basis? Offenbar hat die sozialistische Ordnung, da die Produktionsverhältnisse im Sozialismus als mehr oder weniger selbständige Kraft verschwunden sind, keine eigene ökonomische Basis. Also eine sozialistische Ordnung ohne eigene ökonomische Basis. Eine heitere Geschichte ... Ist überhaupt eine Gesellschaftsordnung ohne eigene ökonomische Basis möglich? Genosse Jaroschenko ist offenbar der Ansicht, sie sei möglich. Nun, der Marxismus ist jedoch der Meinung, daß es solche Gesellschaftsordnungen in der Welt nicht gibt* (H.v.m., tb.).“ (Stalin, Ökonomische Probleme, S. 75 f.)

Stalin macht sich über Jaroschenko lustig, der behauptet hat, der Sozialismus verfüge nicht über eine eigene ökonomische Basis. Natürlich verfügt er über eine ökonomische Basis – es ist im Kern die kommunistische Basis.

Die Rote Reihe negiert also die ökonomische Basis des Sozialismus, die sozialistischen Produktionsverhältnisse. Das ist schlüssig und konsequent, denn wie hätten diese Produktionsverhältnisse auch geschaffen werden sollen, wenn es keine Diktatur des Proletariats gegeben hat?

Die Theorie von den „Krücken“

Angenommen aber, der Sozialismus habe nun tatsächlich keine eigene ökonomische Basis, sondern beruhe auf dem Wirken „komplex miteinander verwobener sozialökonomischer Triebkräfte“, die aus verschiedenen Formationen (dem Kapitalismus und dem Kommunismus) stammen – wie hat man sich dieses Wirken dann konkret vorzustellen? Welche sind die konkreten Triebkräfte, die der kapitalistischen bzw. der kommunistischen Formation entstammen?

Eine Antwort darauf versucht die Rote Reihe mit der sog. „Krückentheorie“ zu geben, die vor allem im zweiten Band als allgemeines Muster für die Bewegungsgesetze im Sozialismus entwickelt wird.

Ausgangspunkt der Krückentheorie ist die folgende Überlegung: Der Staat, in dessen Eigentum die wichtigsten Produktionsmittel übergehen, müsse in der zwiespältigen „Übergangsgesellschaft“ zwangsläufig selbst einen zwiespältigen, doppelten Charakter haben. Er sei „*nicht nur Instrument der revolutionären Arbeiterklasse im Kampf um den Kommunismus, sondern zugleich auch eine konservative Macht, die alte bürgerliche Verhältnisse schützt und den Kampf um den Kommunismus hemmt.*“ (WdP, S. 7)

Der „*staatliche Sektor der Produktion im Sozialismus*“ dürfe „*nicht einseitig nur als Repräsentant des sich entwickelnden Kommunismus betrachtet werden*“. (RR2, S. 9)

Vielmehr sei das eigentlich kommunistische Element im Sozialismus „*das gesellschaftlich verantwortliche Denken und Handeln der Produzenten*“ (RR2, S. 28), dessen Stärke vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte abhängt und das sich des Staates als eines notwendigen Übels, als einer „Krücke“ bedienen müsse: Die „*staatliche Planung und Leitung der Wirtschaft*“ sei „*selbst nur eine niedere Stufe der Vergesellschaftung*“, die zwar notwendig sei, „*um die Vergesellschaftung überhaupt zu **beginnen***“, von der aber selbst Fäulnis, Tendenzen zurück zum Kapitalismus ausgingen, welche die Entwicklung des eigentlich kommunistischen Elements im Sozialismus behindern. (vgl. RR2, S. 9 f.)

Um diesen Fäulnistendenzen entgegenzuwirken, die von der „Krücke“ des Staates ausgehen, müsse sich die Gesellschaft noch einer weiteren „Krücke“ bedienen, der Ware-Geld-Beziehungen. Diese seien im Sozialismus keineswegs auf den genossenschaftlichen Sektor beschränkt, sondern würden auch innerhalb des staatlichen Sektors angewandt, nämlich im sogenannten System der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Auch von dieser „Krücke“ gingen Fäulnistendenzen aus.

Beispiele für die Fäulniserscheinungen beider Krücken werden in den Bänden der Roten Reihe zahlreich genannt (die sog. „Tonnenideologie“, die „altmodischen Lampenschirme mit Troddeln“ usw., vgl. RR1, S. 59 ff.).

Die revolutionäre Konsequenz aus diesen Zusammenhängen müsse sein, dass die beiden „Krücken“ im Sozialismus so geschickt gegeneinander „ausbalanciert“ werden müssten, dass sich ihre negativen Auswirkungen minimierten. Die revolutionäre Konsequenz sei aber vor allem, dass in Übereinklang mit dem gegebenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte bewusst dafür gesorgt werden müsse, dass immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen unmittelbar selbst an der Planung und

Leitung der Wirtschaft und überhaupt aller gesellschaftlichen Bereiche teilnehmen. Damit werde das kommunistische Element gestärkt und die Krücken könnten immer mehr zurückgedrängt werden.

Zusammengefasst: *„Wie stark also dieses Element [das kommunistische, d. Verf.] ist, ob es – um auf unser Schaubild zurückzugreifen – schon ein relativ starker Baum mit festen Wurzeln ist (die Wurzeln sind eben die Produktivkräfte) oder ein noch sehr zartes Pflänzchen mit schwachen Wurzeln, das hängt entscheidend vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte ab.*

Davon hängt dann auch entscheidend ab, wie stark die Stützen sind, die dieser Baum noch braucht. Diese Stützen sind unsere beiden Krücken, die der alten Gesellschaft entlehnt sind, eben die Ware-Geld-Beziehungen und die Staatlichkeit. (...)

*Sind diese Stützen schwächer, als sie es bei einem gegebenen Stand sein müssen, so wird die Produktion nachhaltig gestört, die sozialistische Gesellschaft gerät nachhaltig in Gefahr. So gesehen sind es **Stützen des Sozialismus**, auch wenn sie der alten Gesellschaft entlehnt sind. Sind diese Stützen, diese Krücken aber einmal eingerichtet, so reproduzieren sich auf dieser Grundlage Sonderinteressen, die das Voranschreiten der Gesellschaft zum Kommunismus behindern. **Diese Krücken, die den Sozialismus stützen und damit zur Erhaltung des kommunistischen Keims beitragen, behindern also andererseits in gewisser Weise die Entwicklung des kommunistischen Keims der sozialistischen Gesellschaft.**“ (RR 2, S. 28)*

Zunächst muss bezüglich des „Kücken“-modells festgestellt werden, dass auch bei diesem Bestandteil der Theorie der „Übergangsgesellschaft“ der gesamte Ansatz von Trotzki stammt. Teilweise stimmen die Ausführungen sogar bis auf den Buchstaben und die sprachlichen Metaphern miteinander überein.

Gemeinsamer Ausgangspunkt Trotzki's und der Roten Reihe ist die Position, dass der Staat in der „Übergangsgesellschaft“ grundsätzlich einen zwiespältigen Charakter habe – in der Roten Reihe in dem Begriff „Kücke“ zum Ausdruck gebracht (vermutlich in sprachlicher Abgrenzung zur marxistisch-leninistischen Literatur über die Diktatur des Proletariats, die dort häufig als „Hebel“ bezeichnet wird, vgl. z.B. das Programm der KI, S. 33). Bei den Trotzki'sten heißt es nicht „Kücke“, sondern „bürokratischer Arbeiterstaat“ - die Wesensmerkmale sind im Kern dieselben.

Trotzki: *„Die bürgerlichen Verteilungsnormen sollen, indem sie das Wachstum der materiellen Machtfülle beschleunigen, sozialistischen Zielen dienen. Doch nur in letzter Hinsicht: **Unmittelbar***

nämlich bekommt der Staat von Anfang an einen doppelten Charakter: einen sozialistischen, soweit er das vergesellschaftete Eigentum an den Produktionsmitteln schützt, und einen bürgerlichen, soweit die Verteilung der Konsumgüter mit Hilfe des Geldes, des kapitalistischen Wertmessers erfolgt, mit allen sich daraus ergebenden Folgen. (H.v.m., tb.) (...)

Das endgültige Gesicht des Arbeiterstaates wird durch das sich wandelnde Verhältnis zwischen seinen bürgerlichen und sozialistischen Tendenzen bestimmt werden. Der Sieg der letzteren muß die endgültige Liquidierung des Gendarmen bedeuten, d.h. das Aufgehen des Staates in einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft.“ (Trotzki, „Verratene Revolution“, S. 105)

Der Unterschied zwischen der Roten Reihe und Trotzki besteht darin, dass Trotzki den bürgerlichen Charakter des „Übergangstaates“ auf die bürgerlichen Verteilungsverhältnisse beschränkt (und damit den Eindruck erweckt, sich auf Lenins oben zitierte Äußerungen über den „bürgerlichen Staat ohne Bourgeoisie“ zu stützen), während die Rote Reihe sogar noch darüber hinaus geht und diesen Doppelcharakter auf die Produktionsverhältnisse ausdehnt: *„Die hierarchischen Verhältnisse im Bereich der staatlichen Wirtschaftsplanung und -leitung sind **Produktionsverhältnisse.**“* (RR2, S. 28)

Wer nun konsequenter oder schlüssiger mit dem Begriff der „Übergangsgesellschaft“ umgeht, hat uns nicht zu interessieren. Trotzki und die Rote Reihe verbindet die entscheidende antimarxistische These: Es gibt eine Übergangsgesellschaft – ob wir sie nun Sozialismus nennen oder nicht – und der Staat in dieser Übergangsgesellschaft trägt einen Doppelcharakter - er ist fortschrittlich und reaktionär zugleich.

Das wird allein schon dann offensichtlich, wenn man die entsprechenden Passagen bei Trotzki und in unserem Programm einander gegenüberstellt:

Trotzki: *„Die doppelte Funktion des Staates mußte sich notwendig auch in seiner Struktur verraten. (...) Was die Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums gegen die bürgerliche Konterrevolution anbelangt, so entspricht der 'Staat der bewaffneten Arbeiter' vollauf seinem Zweck, aber mit der Regulierung der Ungleichheit in der Sphäre des Verbrauchs verhält es sich ganz anders. Vorrechte zu schaffen und sie zu verteidigen, sind nicht diejenigen bereit, denen sie abgehen. Die Mehrheit kann nicht für die Privilegien der Minderheit sorgen. Zur Verteidigung des 'bürgerlichen Rechts' ist der Arbeiterstaat gezwungen, ein seinem Typus nach 'bürgerliches' Organ ins Leben zu rufen, d.h. wieder denselben Gendarm, wenn auch in neuer Uniform.“* (Verratene

Revolution, S. 106)

Und in unserem Programm heißt es: *„Der sozialistische Staat ist erforderlich, um die den Ausbeutern entrissenen Produktionsmittel in den Händen der Arbeiterklasse zu zentralisieren und zu verwalten und um die gestürzten Ausbeuter (...), die den Kapitalismus restaurieren wollen, gewaltsam niederzuhalten. Doch die Existenz des Staates in der Übergangsgesellschaft ist darüber hinaus auch Ausdruck der Tatsache, daß die Klassenunterschiede, daß insbesondere der Gegensatz von leitenden und ausführenden Tätigkeiten und Funktionen, noch nicht vollständig beseitigt sind, daß die alte Form der Arbeitsteilung noch nicht vollständig überwunden ist, daß individuelle und gesellschaftliche Interessen sich teilweise noch entgegenstehen. (...) Dort, wo die Leitung und Kontrolle der Arbeiterklasse nicht oder noch zu wenig entwickelt ist, kommt es zu Bürokratismus. Soweit die Kontrolle über die Rentabilität der Produktion sich darauf beschränkt, daß eine bürokratische Instanz über die Erfüllung von Plänen, Lieferverträgen usw. befindet, besteht die Möglichkeit, sich zu bereichern, ohne dabei vor einem Markt bestehen zu müssen.“* (Programm der KPD, S. 26)

Von Trotzki übernimmt die Rote Reihe auch das „niedrige Stadium der Vergesellschaftung“, welches das staatliche Eigentum darstelle, und macht ebenfalls einen bedeutenden Unterschied zwischen staatlichem und realem gesellschaftlichem Eigentum.

Dazu Trotzki: *„Um gesellschaftliches Eigentum zu werden, muß das Privateigentum unvermeidlich das staatliche Stadium durchlaufen, so wie die Raupe durch das Stadium der Larve gehen muß, um Schmetterling zu werden. Aber die Larve ist noch kein Schmetterling! Unmengen von Larven kommen um, bevor sie Schmetterlinge werden. Das Staatseigentum wird nur in dem Maße zum 'Volkseigentum', in dem die sozialen Privilegien und Unterschiede verschwinden und folglich auch das Bedürfnis nach dem Staat. Mit anderen Worten: **Das Staatseigentum verwandelt sich in dem Maße in sozialistisches Eigentum, wie es aufhört, Staatseigentum zu sein.** (H.v.m., tb.)“*
(Verratene Revolution, S. 263)

Dementsprechend polemisiert Trotzki in „Verratene Revolution“ gegen Stalin, der in einem Interview von einer „sowjetischen, sozialistischen“ gesellschaftlichen Organisation gesprochen hat und stellt die Begriffe „sowjetisch“ und „sozialistisch“ einander gegenüber: *„Die gesellschaftliche Organisation wird eine 'sowjetische, eine sozialistische' Organisation genannt. Aber Sowjets sind eine Staatsform, und der Sozialismus ist ein gesellschaftliches Regime. **Diese Begriffe sind nicht***

nur nicht identisch, sondern von unserem Gesichtspunkt aus betrachtet gegensätzlich: In dem Maße, wie gesellschaftliche Organisation sozialistisch wird, müssen die Sowjets verschwinden wie das Gerüst nach dem vollendeten Bau des Hauses. (H.v.m., tb.)“ (ebd., S. 113)

Hier haben wir bereits den entscheidenden Fehler der trotzkistischen Theorie vom sozialistischen Staat, der auch unserer Theorie von der „Krücke der Staatlichkeit“ zugrundeliegt: Das Gegenüberstellen von „Sowjets“ und „Sozialismus“, wie es von Trotzki betrieben und von der Roten Reihe übernommen wird (dort heißt das Gegensatzpaar „Staatlichkeit“ und „kommunistisches Element“) ist nämlich offenkundiger Unsinn:

Gerade die Staatsform der Sowjets ist das wesentliche Element, das die Diktatur des Proletariats zu einem Staat völlig neuen Typs macht. **Das Wesen des Sowjetstaates besteht nämlich gerade darin, „dass immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen“ eben durch die Räte „unmittelbar selbst an der Planung und Leitung der Wirtschaft und überhaupt aller gesellschaftlichen Bereiche teilnehmen“ bzw. dazu geschult werden.** Es ist purer Eklektizismus, wenn Trotzki und die Rote Reihe beide Elemente „Staat“ und „gesellschaftliches Denken und Handeln der ProduzentInnen“ auseinanderrufen und als Gegensätze verkaufen. Die Einheit dieser Elemente ist gerade das, was den Sozialismus ausmacht!

Dementsprechend ist es auch unsinnig und verleumdend, wenn die Rote Reihe die „Staatlichkeit“ mit „persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen“ wie im Feudalismus oder der Sklavenhaltergesellschaft gleichsetzt („... und dazu bedarf es der **Staatlichkeit, also persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse**“, RR 2, S. 32).

Hier – wie an anderen Stellen – kommt ein besonderer demagogischer Trick zum Vorschein: Zweifellos haben in der Sowjetunion, in der die sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage krasser technischer und gesellschaftlicher Rückständigkeit errichtet wurde, die „Überbleibsel“ der alten Gesellschaft (im Falle der Sowjetunion war das ja nicht nur der Kapitalismus, sondern auch der Feudalismus, die asiatische Produktionsweise und die Urgesellschaft!) noch eine besonders starke Rolle gespielt. Dazu zählen neben Erscheinungen des Personenkultes auch „persönliche Abhängigkeitsverhältnisse“, also quasi-feudale Tendenzen in der Kommunistischen Partei und bei den Behörden des Staatsapparates, die mancherorts mehr, mancherorts weniger stark ausgeprägt sein mochten. Derartige Tendenzen aber verallgemeinernd der sozialistischen Gesellschaft und dem Staat der Sowjets als **Wesensmerkmal** zuzuschreiben, ist eine antimarxistische Verleumdung, die

an der Wirklichkeit völlig vorbeigeht. Hierzu werde ich mich weiter unten näher äußern.

Wenn man sich die trotzkistischen Grundlagen der „Krückentheorie“ aber ansieht, verwundert es nicht mehr, dass dort auch ganze Formulierungen von Trotzki übernommen werden, bspw. das Schaubild des „kommunistischen Baums“, das Trotzki im Zusammenhang mit einer weiteren Äußerung Stalins entwickelt: *„Ein weiterer Schritt auf diesem Wege wäre die Erkenntnis, daß die 'Wurzel' jeder gesellschaftlichen Organisation die Produktivkräfte sind und daß die Sowjetwurzel eben noch nicht kräftig genug ist für den sozialistischen Stamm und seine Krone: das menschliche Wohlergehen.“* (ebd., S. 113)

Und wenn der Gedanke der beiden „Krücken“ Ware und Staat, die gegeneinander „ausbalanciert“ werden müssen, sodass sich ihre negativen Seiten sozusagen „neutralisieren“, bei Trotzki auch nicht so konsequent entwickelt wird wie in der Roten Reihe, ist der Grundansatz doch auch bei ihm schon vorhanden – Staat und Ware-Geld-Beziehungen seien Erscheinungsformen der alten Gesellschaft, die im Sozialismus ähnliche Merkmale hätten und beide auf das Problem der Entwicklung der Produktivkräfte verweisen: *„Wir haben nun das Sowjetregime unter dem Aspekt des Staates untersucht. Eine entsprechende Untersuchung läßt sich auch im Hinblick auf den Geldumlauf anstellen. Diese beiden Probleme, Staat und Geld, haben eine Reihe gemeinsamer Züge, weil sie letzten Endes beide auf das Problem aller Probleme zurückgehen: die Arbeitsproduktivität. Der staatliche wie der Geldzwang sind ein Erbe der Klassengesellschaft (H.v.m., tb.), die die Beziehungen zwischen den Menschen der Gewalt kirchlicher oder weltlicher Fetische unterwirft und zu ihrem Schutz den fürchterlichsten aller Fetische eingesetzt hat, den Staat, mit einem großen Messer zwischen den Zähnen. In der kommunistischen Gesellschaft werden Staat und Geld verschwunden sein. Ihr allmähliches Absterben muß also schon unter dem Sozialismus beginnen.“* (ebd., S.115)

Der sozialistische Staat als „konservative Macht“

Die gemeinsamen Auffassungen Trotzkis und der Roten Reihe über den Staat, die Ware-Geld-Beziehungen, das Verhältnis dieser beiden Elemente zueinander und zum „kommunistischen Keim“ der Gesellschaft sind deshalb so gefährlich, weil sie teilweise richtige Zusammenhänge aufgreifen, diese aber entstellen, mit Falschem vermischen und schließlich ein antimarxistisches Gesamtbild daraus konstruieren. Auf den ersten Blick erscheint das Modell des „Doppelcharakters“ des Staates,

der Warenproduktion und der Krücken im Sozialismus deshalb einigermaßen plausibel.

Um diese Theorien als das zu entlarven, was sie sind, ist es deshalb erforderlich, ihren „wahren Kern“ - den korrekten Gehalt herauszuarbeiten, der in ihnen steckt und im Gesamtmodell verfälscht wurde.

Dieser „wahre Kern“ der „Krückentheorie“ und der Auffassungen Trotzki besteht darin, dass:

erstens in der niederen Phase der kommunistischen Gesellschaft noch „Überreste“ der bürgerlichen Gesellschaft vorhanden sind, die oben schon mehrfach erwähnt und aufgezählt worden sind; insbesondere sind das die Unterordnung unter die Teilung der Arbeit und Überreste im Bewusstsein der Menschen. Gerade dieses letzte Element musste in einem Land wie der Sowjetunion, in dem die Menschen noch weitestgehend vom Feudalismus oder noch älteren gesellschaftlichen Formationen geprägt waren, besonders zum Tragen kommen.

zweitens auf der Grundlage dieser „Überreste“ bei der Verteilung der Konsumtionsmittel zunächst noch das „bürgerliche Recht“ angewandt werden muss. Es gehört noch zum Aufgabenbereich des sozialistischen Staates, dieses „bürgerliche Recht“ durchzusetzen.

drittens die „Überreste“ der alten Gesellschaft im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte verschwinden;

viertens dieses Verschwinden nicht von selbst erfolgt, sondern Ergebnis bewusster Anstrengungen sein muss und

fünftens insbesondere der Kampf gegen bürokratische Tendenzen im Staatsapparat und im Wirtschaftsleben nicht spontan verläuft, sondern bewusst geführt werden muss. Es muss bewusst darauf hingewirkt werden, dass die Massenorganisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und die Sowjets, gestärkt werden und dass immer mehr ArbeiterInnen dazu befähigt werden, die „Staatsgeschäfte“ selbst zu führen.

Wir haben gesehen, dass sowohl Trotzki als auch die Rote Reihe das „kommunistische Element“ der Gesellschaft und den Sowjetstaat einander gegenüberstellen. Grundlage bzw. Gegenstück dieser Argumentation ist die Voraussetzung, dass der sozialistische Staat einen zwiespältigen Charakter

habe (die wiederum ganz selbstverständlich mit Marx' Ausführungen über die „Muttermale“ der alten Gesellschaft gerechtfertigt werden soll).

An dieser Herangehensweise zeigt sich der sophistische und antimarxistische Charakter der Theorie der „Übergangsgesellschaft“ in besonders deutlicher Form: Das, was zu beweisen wäre, wird zunächst vorausgesetzt und danach zum Beweis für sich selbst herangeführt: „Der Sozialismus ist Übergangsgesellschaft, also hat der sozialistische Staat einen Doppelcharakter. Und Übergangsgesellschaft ist der Sozialismus deshalb, weil u.a. der Staat einen Doppelcharakter hat.“

Oder aber: „Die 'Überreste' der alten Gesellschaft sind Bestandteil des Sozialismus, weil dieser eine Übergangsgesellschaft ist. Und dass er eine Übergangsgesellschaft ist, sieht man ja schon daran, dass er noch 'Überreste' der alten Gesellschaft enthält.“ Quod erat demonstrandum – eine „schöne“ wissenschaftlich Methode - damit kann man letztlich alles beweisen!

Wir haben aber bereits gesehen, dass Marx und Lenin die „Überreste“ der alten Gesellschaft als „Überreste des Alten im Neuen“ angesehen haben. Die gesellschaftlichen Widersprüche, die auf der Grundlage der Existenz dieser „Überreste“ auftreten, entspringen also nicht den sozialistischen Produktionsverhältnissen, sind nicht wesensmäßiger Bestandteil des Sozialismus. Das Wesen der sozialistischen Formation ist das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, die Aufhebung der Ausbeutung und des Antagonismus zwischen den Klassen.

Sehr treffend formuliert es auch die Partei der Arbeit Albaniens: *„Die antagonistischen Widersprüche sind typisch, charakteristisch für die in Klassen aufgeteilten Gesellschaftsordnungen. In der sozialistischen Gesellschaft, in der die Klassen beseitigt worden sind, entspringen die antagonistischen Widersprüche keineswegs der Natur der sozialistischen Ordnung selbst. Sie entstehen und existieren als Produkt der Überbleibsel der alten bürgerlichen Gesellschaft im Inneren und durch den Druck der kapitalistisch-revisionistischen Einkreisung von außen her, als Produkt der Faktoren also, die objektiv existieren, die aber der sozialistischen Ordnung und ihrer Ideologie fremd sind. Auch wenn die antagonistischen Widersprüche mit dem gebührenden Ernst bewertet werden, muss darauf hingewiesen werden, dass für die sozialistische Gesellschaftsordnung ohne antagonistische Klassen die nichtantagonistischen Widersprüche kennzeichnend sind.“* („Probleme des Sozialismus im Lichte der marxistisch-leninistischen Theorie und der historischen Erfahrung der Partei der Arbeit Albaniens“, Foto Çami, aus: Albanien Heute 2/1980, S. 14).

Die Rote Reihe will aber eine „Übergangsgesellschaft“ konstruieren, in der sich „Altes“ und „Neues“ als entgegengesetzte und gleichberechtigte Triebkräfte gegenüberstehen. Deshalb werden die „Überreste“ zum **Wesenbestandteil** des Sozialismus erklärt: *„Die kommunistischen Verhältnisse müssen vielmehr bewußt geschaffen werden, und zwar gegen den Widerstand der sozialökonomischen Kräfte der alten Ordnung, die wesensmäßiger Bestandteil des Sozialismus sind.“* (WdP, S. 26)

Und weiter unten: *„Der Übergang vom Sozialismus zum Revisionismus ist schon deshalb schwer zu begreifen, weil es eine lange Tradition der Kommunisten gibt, den Sozialismus im großen und ganzen nur noch als Keim, als niedere Stufe des Kommunismus zu betrachten, jedoch weitgehend zu vernachlässigen, in welchem hohem Maße er noch Elemente der alten, der warenproduzierenden Gesellschaft enthält. Demgemäß hielt man es für unmöglich, daß der Sozialismus **auf seiner eigenen Grundlage** eine klassenmäßige Basis für die Rückentwicklung zum Kapitalismus entwickeln konnte. Genau dies ist aber geschehen.“* (ebd., S. 42)

Dem ersten Teil dieses Zitats muss man nur die obige Ausführung der Albaner entgegenhalten, um zu zeigen, wie haltlos die Behauptung über die „lange Tradition“ der ach so furchtbar dämlichen Kommunisten ist. Danach folgt wieder der bekannte Trick: Es existieren „Elemente der alten Gesellschaft“, also entwickelt der Sozialismus *„auf seiner eigenen Grundlage eine klassenmäßige Basis für die Rückentwicklung zum Kapitalismus“* - „auf seiner eigenen Grundlage“ funktioniert aber nur, wenn man voraussetzt, dass der Sozialismus eine Übergangsgesellschaft ist und dass die „Elemente der alten Gesellschaft“ Wesensbestandteil des Sozialismus sind!

Mit solchen Behauptungen und wackeligen theoretischen Konstruktionen werden die sozialistischen Produktionsverhältnisse - das Wesentliche am Sozialismus – negiert und mit untergeordneten, fremden Elementen vermischt: nämlich den „Überresten“. Diejenigen Elemente, die noch aus älteren Gesellschaftsformationen übriggeblieben sind und die gerade Hindernisse und Schwierigkeiten für die sozialistische Gesellschaft darstellen, werden dieser Gesellschaft selbst zugeschrieben. Damit wird der Sozialismus diffamiert.

Diese eigenartige wissenschaftliche Herangehensweise könnte man ebensogut in der Biologie dafür heranziehen, einen „Übergangszustand“ zwischen Leben und Tod zu konstruieren, wenn man zum Ausgangspunkt nimmt, dass nach dem Tod eines Organismus einige Körperfunktionen noch einige Zeit weiterlaufen. Damit löst man die Dialektik auf in Relativismus.

Ebenso wird in der Konsequenz das **Wesentliche** am sozialistischen Staat mit Nebenfragen und ihm wesensfremden Seiten auf eine Stufe gestellt und miteinander vermischt.

Das Wesentliche am sozialistischen Staat ist aber sein Klassencharakter: er ist der Staat der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, der Staat der Sowjets.

Wie oben ausführlich gezeigt, beginnt die Diktatur des Proletariats, der **politische** Sieg der Arbeiterklasse bereits vor der Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und damit des **ökonomischen** Sieges über die Bourgeoisie. Wie ebenfalls gezeigt, hört die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats mit der Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse im Landesinneren aber noch nicht auf. Ihre Aufgaben verändern sich nur. Die „Minderheit“, die er zu unterdrücken hat, ist in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus noch eine Klasse, die Bourgeoisie. In der Phase des Sozialismus hingegen ist die Bourgeoisie als Klasse bereits vernichtet und das, was übrigbleibt, was es zu unterdrücken gilt, sind ihre Überreste und die Agenten, Spione, Saboteure der kapitalistischen Umwelt.

Mit den veränderten Aufgaben verändert der sozialistische Staat auch seine Form, was in der Sowjetunion bspw. in der Annahme der neuen Verfassung von 1936, der Änderung des Wahlrechts und einiger anderer Elemente seinen Ausdruck fand.

All das ändert aber nichts an der Hauptseite: *„Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, aber ihr Wesen ist das gleiche: Alle diese Staaten sind auf eine oder die andere Weise, aber in letzter Instanz unbedingt eine Diktatur der Bourgeoisie. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit politischer Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt gleichbleiben: die Diktatur des Proletariats.“* (Lenin, zitiert aus: SW 14, S.227)

Die alles-entscheidende, materialistische Frage bei der Beurteilung sozialistischer oder pseudo-sozialistischer Staaten ist die Frage nach dem Klassencharakter dieser Staaten: Ist die Arbeiterklasse objektiv an der Macht oder nicht? Diese Frage läßt sich immer eindeutig mit ja oder mit nein beantworten: In der Sowjetunion zu Lebzeiten Stalins war die Arbeiterklasse objektiv an der Macht und übte diese Macht über die Sowjets, über die Gewerkschaften und Genossenschaften, über die Kommunistische Partei aus. Mit dem Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten und der

systematischen „Säuberung“ des Partei- und Staatsapparates von marxistisch-leninistischen Kräften wurde die Arbeiterklasse objektiv von der Macht verdrängt und die Sowjets verkamen zu Potemkinschen Dörfern.

Trotzki und die Rote Reihe verwischen diese klare, materialistische Fragestellung, indem sie den Umstand, dass sich innerhalb des Staates bürokratische Tendenzen herausbilden können, zum Anlass dafür nehmen, den proletarischen Charakter des sozialistischen Staates und den Sowjetdemokratismus insgesamt zu relativieren.

Das geschieht derart, dass die Frage des **Klassencharakters des Staates** mit der Frage der **Herausbildung von Sonderinteressen und Bürokratismus** innerhalb des Staatsapparates vermischt und auf eine Stufe gestellt wird. Klassencharakter und Bürokratismus werden sozusagen als grundlegendes Gegensatzpaar des sozialistischen Staates dargestellt.

Damit wäre der sozialistische Staat, die Diktatur des Proletariats nicht mehr vor allem das wichtigste Instrument, der „wichtigste Stützpfiler“ (Stalin) der revolutionären Arbeiterklasse, sondern „Zugeständnis an die relative Rückständigkeit der Gesellschaft“, deren Existenz „darüber hinaus auch Ausdruck der Tatsache“ sei, „daß die Klassenunterschiede, daß insbesondere der Gegensatz von leitenden und ausführenden Tätigkeiten und Funktionen, noch nicht vollständig beseitigt“ seien (Programm der KPD, S. 26).

Damit wird der Staat der Arbeiterklasse sozusagen zu einem Staat „einerseits der Arbeiterklasse, andererseits der Bürokratie“ gemacht. Und im Programm noch schlimmer: einerseits der „arbeitenden Menschen, andererseits der Bürokratie“.

Dieses Vermischen kommt bei Trotzki glasklar in den Ausdrücken „Doppelcharakter“ des Staates und „bürokratischer Arbeiterstaat“ zum Ausdruck. In den Schriften unserer Partei kommt er im Begriff der „Krücke“ zum Ausdruck; am klarsten und unmißverständlichsten jedoch in der bereits oben zitierten Behauptung, der sozialistische Staat sei „nicht nur Instrument der revolutionären Arbeiterklasse im Kampf um den Kommunismus, sondern zugleich auch eine konservative Macht, die alte bürgerliche Verhältnisse schützt und den Kampf um den Kommunismus hemmt.“ (WdP, S. 7)

Klar und unmißverständlich kommt dieses Vermischen auch darin zum Ausdruck, dass im

Gegenzug „Staatlichkeit“ und „kommunistisches Element“ der Gesellschaft einander gegenübergestellt werden, dass „Staatlichkeit“ gar mit „persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen“ gleichgesetzt wird.

Auf diese Weise wird die marxistische, materialistische Betrachtung des sozialistischen Staates durch eine eklektizistische Betrachtung ersetzt, die prinzipienlos Elemente des Materialismus („Staat der Arbeiterklasse“) mit Argumenten des kleinbürgerlichen Antimarxismus („Der Staat an sich ist das Übel“, „Staatlichkeit an sich führt zu Bürokratismus“) versöhnt und miteinander vermengt.

Das „gesetzmäßige“ Entstehen von Bürokratismus im sozialistischen Staat

Der eklektizistische Charakter der Argumentation in der Roten Reihe wird besonders deutlich, wenn man sich anschaut, wie die These vom „Krücken“charakter des sozialistischen Staates in Band 2 weiter begründet wird.

Insbesondere soll dort gezeigt werden, dass der sozialistische Staat gemäß seinem „Doppelcharakter“ selbst Quelle von Bürokratismus ist, dass er **gesetzmäßig** Bürokratismus hervorbringt:

„Der Staat ist nicht 'die Wirklichkeit der sittlichen Idee', wie Hegel meinte, und auch der sozialistische Staat ist es nicht. Er ist zwar Machtinstrument des Proletariats, aber auch diese Aussage darf man nicht verabsolutieren. Auch innerhalb des sozialistischen Staates bilden sich Sonderinteressen heraus, die sich gegen das Proletariat richten; auch innerhalb des sozialistischen Staates findet Klassenkampf statt.

*Wir reden hier nicht von den Unterdrückungsfunktionen des Staates, sondern wir reden vom **Staat als wirtschaftendem Subjekt der sozialistischen Gesellschaft.**“* Es folgen Beispiele... (RR2, S. 22)

Hier ist allein der letzte Satz mindestens mißverständlich: Natürlich findet der Klassenkampf im sozialistischen Staat auch im Bereich der Unterdrückungsfunktion des Staates statt. Beispielsweise ist es die Aufgabe des sozialistischen Staates, ausländische Spione, Saboteure, antikommunistische Gruppierungen usw. zu bekämpfen. Aber natürlich werden diese Elemente es versuchen, sich gerade an den Stellen im Staatsapparat einzunisten, wo dieser Kampf geführt wird, und werden ihre

Aktivitäten dort gerade gegen die Kader der Kommunistischen Partei, gegen die fortschrittlichsten ArbeiterInnen richten. Dieses Problem hat in der Sowjetunion schon in den Dreißiger Jahren zu erheblichen Schwierigkeiten geführt und es hat insbesondere zwei Jahrzehnte später bei der Machtübernahme durch die Chruschtschow-Revisionisten und die massenhafte Verfolgung und Beseitigung der Marxisten-Leninisten eine sehr große Rolle gespielt.

Hier kommen wir auch zum Kern des Problems: Es hat nämlich niemand bestritten, dass „auch innerhalb des sozialistischen Staates“ Klassenkampf stattfindet. Aber dieser Klassenkampf unterscheidet sich ganz erheblich von den Klassenkämpfen, die in vorhergehenden Gesellschaften geführt worden sind: *„In der in antagonistische Klassen aufgeteilten Gesellschaft verschärft sich der Klassenkampf ständig, obwohl er natürlich auch ein Auf und Ab verzeichnet, und er erreicht mit der politischen Revolution seinen Höhepunkt. Unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats verläuft der Klassenkampf, wie unsere Partei schon immer festgestellt hat, in Wellen, in Zickzacken, schwillt an und ab, doch niemals wird er eingestellt, niemals erlischt er.“* (Foto Çami, S. 14)

Dafür gibt es einen entscheidenden Grund: Weil es im Sozialismus keine Ausbeuter mehr gibt, die **als Klasse** organisiert sind, weil es keinen **Klassenantagonismus** innerhalb der sozialistischen Gesellschaft mehr gibt und der Begriff Klassenkampf deshalb anders zu verstehen ist als z.B. der Klassenkampf im Kapitalismus oder im Feudalismus, trifft auch das Argument von Engels, demzufolge der Staat „*das Eingeständnis*“ ist, „*dass diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist*“ und deshalb eine „*aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht*“ ist, auf **diesen** Staat eben nicht mehr zu! (zitiert aus: Staat und Revolution, S. 398)

Aus diesem Grund entsteht Bürokratismus im sozialistischen Staat **nicht gesetzmäßig**.

Natürlich gibt es im Sozialismus noch eine objektive Grundlage für das Entstehen von Bürokratismus: Das Prinzip des „bürgerlichen Rechts“ bei der Verteilung der Konsumgüter und der Staat, der dieses Recht zu schützen und durchzusetzen hat und der dabei in gewissem Maße auf die Beschäftigung von Spezialisten angewiesen ist, beinhalten die **Möglichkeit**, dass mit der Aufrechterhaltung gewisser Unterschiede zwischen den Menschen neue bürgerliche Elemente entstehen, die diese Unterschiede – sprich: ihre eigenen Privilegien – zu bewahren versuchen. Es besteht die **Möglichkeit**, dass sich diese bürgerlichen Elemente zu einer neuen Klasse entwickeln.

Aber: „Wie die Erfahrung der revisionistischen Länder zeigt, wo die neue Bourgeoisie die Macht usurpieren konnte, werden sie nur dann zu einer solchen Klasse, wenn das Prinzip der Entlohnung nach der geleisteten Arbeit verletzt wird und große Einkommensunterschiede zugelassen werden, wenn man nicht gegen die verschiedenen Verzerrungen in den sozialistischen Produktionsverhältnissen und gegen die Reste von fremden Erscheinungen in der proletarischen Ideologie und Politik der Partei kämpft. Allerdings ist das immer nur eine Möglichkeit, keineswegs ein unvermeidliches Schicksal. Durch allseitige ideologische und politische, organisatorische und wirtschaftliche Maßnahmen kann diese Gefahr vermieden werden. Das wird durch die Erfahrung des Sozialismus in Albanien bewiesen, wo die alten Ausbeuterklassen nicht nur seit langem beseitigt, sondern auch alle Wege zum Entstehen von neuen Ausbeuterklassen versperrt worden sind.“ (Foto Çami, S. 12)

Nun konnte der Sozialismus zwar auch in Albanien unter bestimmten historischen Umständen liquidiert werden. Das widerlegt aber nicht die wesentliche Überlegung, die hier zum Ausdruck gebracht ist:

Dass es eine objektive Grundlage für die Entwicklung von Bürokratismus gibt, heißt nicht, dass Bürokratismus im Sozialismus gesetzmäßig - also zwangsläufig – entsteht. Die **Möglichkeit** muss nicht zwangsläufig zur **Wirklichkeit** werden, weil der Staat eben kein „Eingeständnis eines unlösbaren gesellschaftlichen Widerspruchs“ mehr ist und auf dieser Grundlage eine von der Gesellschaft bis zu einem gewissen Grad entfremdete Bürokratie hervorbringen muss.

Im Gegenteil: Der sozialistische Staat ist – wie oben bereits ausgeführt – der erste Staat in der Geschichte, der sich ganz real und unmittelbar in den Händen der Mehrheit der Gesellschaft befindet – nämlich durch die Sowjets.

Die Staatsform der Sowjets ist die Verbindung von Staat und Arbeitermassen und damit die wichtigste Grundlage für die Entwicklung des „gesellschaftlich verantwortlichen Denkens und Handelns der ProduzentInnen“: durch den immer weiteren Abbau von veralteten Arbeitsteilungen, durch den Abbau des Unterschieds von geistiger und körperlicher Arbeit, durch die Weiterqualifizierung neuer ArbeiterInnen für die Ausübung von Leitungsfunktionen, auch durch den Abbau von Einkommensunterschieden usw.

Damit ist die Staatsform der Sowjets auch die wichtigste Grundlage dafür, die Entwicklung von Bürokratismus zu bekämpfen und zu verhindern.

Die Rote Reihe will aber beweisen, dass der sozialistische Staat gesetzmäßig Bürokratismus hervorbringt: „Ebensowenig wie weiche Pläne, formale Planerfüllung usw. nur einzelne Fälle von Mißbrauch seitens einiger Betriebsdirektoren sind, ebensowenig handelt es sich hier, beim Bürokratismus, bei der Fäulnis, die von der Staatlichkeit ausgeht, allein um Mißbrauch seitens einzelner Bürokraten, also um individuelle Probleme. Auch diese Fäulnis ist **gesetzmäßig** bei dem betreffenden gesellschaftlichen Zustand. Die einzelnen Apparate und Behörden entwickeln ihre spezifischen Interessen, auch wenn diese sich als das allgemeine Interesse tarnen. Jede Behörde will ihre Wichtigkeit beweisen.

Derartige Interessen bilden sich in hierarchischen Apparaten einer Klassengesellschaft **gesetzmäßig** heraus. Marx hat darauf bereits 1843 in seiner 'Kritik des Hegelschen Staatsrechts' hingewiesen:

*'Die Bürokratie gilt sich selbst als der letzte Endzweck des Staats. Da die Bürokratie ihre 'formellen' Zwecke zu ihrem Inhalt macht, so gerät sie überall in Konflikt mit den 'reellen' Zwecken. Sie ist daher genötigt, das Formelle für den Inhalt und den Inhalt für das Formelle auszugeben. Die Staatszwecke verwandeln sich in Bürozwicke oder die Bürozwicke in Staatszwecke. Die Bürokratie ist ein Kreis, aus dem niemand herausspringen kann. Ihre Hierarchie ist eine **Hierarchie des Wissens**. Die Spitze vertraut den untern Kreisen die Einsicht ins Einzelne zu, wogegen die untern Kreise der Spitze die Einsicht in das Allgemeine zutrauen, und so täuschen sie sich wechselseitig.'*

*'Was den einzelnen Bürokraten betrifft, so wird der Staatszweck zu seinem Privatzweck, zu einem **Jagen nach höheren Posten**, zu einem **Machen von Karriere**.' '(...) sein Dasein ist das Dasein des Büros. Der Staat existiert nur mehr als verschiedene fixe Bürogeister, deren Zusammenhang die Subordination (Unterordnung) und der passive Gehorsam ist.' (MEW 1, 248 f.)*

*Nun mag mancher einwenden, auf den proletarischen Staat dürfe man das nicht anwenden. **Warum eigentlich nicht?** Auch der proletarische Staat ist nicht Wirklichkeit der sittlichen Idee. Die betreffenden hierarchischen Strukturen bringen auf der Grundlage der noch existierenden Klassenunterschiede und Interessengegensätze gesetzmäßig derartige Mechanismen hervor. (...)*“ (RR2, S. 23 f.)

Dieser Abschnitt wimmelt geradezu von falschen Schlußfolgerungen und untergeschobenen Behauptungen:

Schon im ersten Satz des zitierten Abschnitts werden „Bürokratismus“ und „Fäulnis, die von der Staatlichkeit ausgeht“, ganz selbstverständlich als Synonyme verwendet. Das, was eigentlich erst bewiesen werden müsste – nämlich die These „Bürokratismus entsteht zwangsläufig im sozialistischen Staat“ - wird damit wieder einmal vorausgesetzt.

Danach wird eine logische Unterstellung betrieben: Wenn der Bürokratismus in der UdSSR kein individuelles Problem gewesen ist, sondern massenhaft aufgetaucht ist, müsse er in der sozialistischen Gesellschaft gesetzmäßig entstehen. Diese Folgerung ist eine falsche Verallgemeinerung, denn massenhaftes Auftreten von Bürokratismus in der UdSSR könnte ebenso gut auf spezielle Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung **dort** zurückzuführen sein – und so war es auch, wie oben gesehen! - und ist nicht per se ein Beweis für eine Gesetzmäßigkeit in der sozialistischen Gesellschaft. Nur unter der Voraussetzung der zwitterhaften Übergangsgesellschaft und des Doppelcharakters des sozialistischen Staates wäre diese Folgerung richtig. Und noch einmal haben wir das alte Lied, dass die Voraussetzung als Beweis für sich selbst herangezogen wird.

Aber es kommt noch dicker. Im Anschluss soll die These von der Gesetzmäßigkeit des Bürokratismus im Sozialismus auf ein Zitat von Marx gestützt werden, das aus der Auseinandersetzung mit der Staatsphilosophie Hegels stammt. Weil auch der sozialistische Staat nicht „Wirklichkeit der sittlichen Idee“ sei, so die Argumentation, müsse auch er gesetzmäßig Bürokratie produzieren. Wer das bestreitet, könne sich also nur auf idealistische Begriffe stützen.

Mal ganz abgesehen davon, dass Marx – wenn man das Zitat aufmerksam liest – hier überhaupt garnicht davon spricht, dass bürokratische Interessen sich „*in hierarchischen Apparaten einer Klassengesellschaft gesetzmäßig*“ herausbilden, sondern nur davon, als was die Bürokratie „*sich selbst*“ gilt – er also keine Ursachenanalyse betreibt, sondern einfach ein Phänomen beschreibt; abgesehen also davon ist der Idealismus-Vorwurf einfach unsinnig: Denn niemand hat den qualitativ neuen Charakter des sozialistischen Staates – und genau um den geht es hier – mit irgendwelchen idealistischen Vorstellungen begründet, sondern gerade mit den **materiellen** Bedingungen, unter denen er sich entwickelt: Eroberung der politischen Macht durch die Mehrheit der Bevölkerung, Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und damit Beseitigung des

Klassenantagonismus in der Gesellschaft!

Auch Engels hatte sich seinerzeit mit dem Hegelschen Begriff der „Wirklichkeit der sittlichen Idee“ beschäftigt, und zwar gerade um die materialistische Auffassung vom Staat auszuführen, nämlich dass der Staat „*ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe (...)*“ ist. Danach führt er – wie oben von mir zitiert – aus, unter welchen gesellschaftlichen, materiellen Umständen der Staat **entsteht: auf der Grundlage des Klassenantagonismus.**

Beim sozialistischen Staat geht es aber um eine ganz andere Frage: Dieser Staat ist etwas völlig anderes als alle Staaten zuvor in der Geschichte. Er ist ein absterbender Staat, ein Staat, der „eigentlich schon kein Staat mehr ist“.

Es geht beim sozialistischen Staat darum, unter welchen materiellen Bedingungen der Staat **abstirbt**. Und da ist die Antwort einfach: In der sozialistischen Gesellschaft stirbt der Staat ab, weil die gesellschaftlichen Umstände, die zu seiner Entstehung geführt hatten, wegfallen: nämlich die „*unversöhnlichen Gegensätze*“. Dass dennoch bewusst darauf hingewirkt werden muss, dass die Gewerkschaften und Sowjets gestärkt und dass immer mehr ArbeiterInnen direkt an der Ausübung der staatlichen Gewalt beteiligt werden, damit der Staat letztlich tatsächlich wegfallen kann, ist eine andere Frage und für Marxisten-Leninisten nichts Neues.

Die Behauptung, Marx und Engels seien der Auffassung gewesen, in hierarchischen Apparaten einer Klassengesellschaft entstünden bürokratische Interessen gesetzmäßig, lässt also das entscheidende Wörtchen „antagonistisch“ vor „Klassengesellschaft“ und damit die entscheidende materielle Bedingung weg. Damit verfälscht sie das ganze materialistische Wesen der Ausführungen von Marx und Engels.

Der Vorwurf gegen den potenziellen Kritiker der „Krückentheorie“, dem idealistischen Staatsbegriff Hegels anzuhängen, soll dann anscheinend verdecken, dass die Rote Reihe selbst in Idealismus verfällt.

Antagonistische Widersprüche im Sozialismus

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung entspringen die antagonistischen Widersprüche, mit

denen die kommunistische Gesellschaft in ihrer niederen Phase noch zu kämpfen hat, nicht den sozialistischen Produktionsverhältnissen, sondern der alten Gesellschaft und der kapitalistischen Umkreisung. Diese antagonistischen Widersprüche machen den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats weiter erforderlich. Ebenso können sich die nicht-antagonistischen Widersprüche zu antagonistischen entwickeln, wenn kein bewusster Kampf um den Abbau dieser Widersprüche (im Bewusstsein der Menschen, zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit usw.) geführt wird.

Nach Auffassung der Roten Reihe entspringen die antagonistischen Widersprüche dem Sozialismus selbst. Die „*Wurzeln des Klassenkampfes*“ - und die sind zweifellos antagonistisch! – werden „*in der Übergangsgesellschaft*“ gesehen (WdP, S. 43). Gerade der sozialistische Staat, die Diktatur des Proletariats, wird als „gewisse“ Quelle von Fäulnis betrachtet, der „gesetzmäßig“ Bürokratismus hervorbringt und ganz in trotzkistischer Manier dem kommunistischen Element in der Gesellschaft entgegengehalten wird.

Deshalb wird Stalin dafür angegriffen, dass er „*den Klassenkampf nicht auf Ursachen zurückführte, die in den sozialistischen Produktionsverhältnissen wurzeln*“ (ebd.).

Deshalb wird Enver Hoxha für seine Aussage angegriffen, dass „*Basis und Überbau (...) in unserer sozialistischen Gesellschaft ohne jeden Klassenantagonismus*“ seien (RR1, S. 43).

Deshalb wird das Programm der Komintern für die Aussage angegriffen, die „*Überreste der alten Gesellschaft*“ würden „*von keiner gesellschaftlichen Kraft mehr geschützt und verteidigt*“, und das Lehrbuch der politischen Ökonomie für die Aussage, im Sozialismus sei „*das gesamte Volk – Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz (...) an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung zutiefst interessiert*“ (WdP, S. 42 f.).

Die Rote Reihe sieht darin „*ein bis zu einem gewissen Grad mechanisches Verständnis des Übergangs zum Kommunismus (...), das die Bedeutung des aktiven, tätigen Elements der Menschen bei diesem Übergang unterschätzt*“ (WdP, S. 43) und fragt an anderer Stelle spottend: „*Fragt sich nur, warum der Kommunismus dann nicht verwirklicht wurde, wenn alle daran zutiefst interessiert waren.*“ (RR2, S. 20)

Dabei ist die Antwort klar, wenn man das Wesen der sozialistischen Gesellschaft und der Diktatur

des Proletariats richtig verstanden und die marxistisch-leninistische Literatur dazu richtig gelesen hat, die sich nämlich ausführlich zu dieser Frage äußert: Weil es eben noch antagonistische Widersprüche gibt, die aber der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Umkreisung entstammen, und weil es nicht-antagonistische Widersprüche gibt, die sich unter gewissen Bedingungen zu antagonistischen entwickeln können – und das war in der Sowjetunion ebenso wie in Albanien offensichtlich der Fall – kann es sein, dass der Sozialismus wieder liquidiert wird.

Ich wiederhole mich, aber es ist absolut notwendig, diesen Zusammenhang richtig zu durchdringen.

Der Kampf zur Überwindung dieser Widersprüche muss natürlich bewusst geführt werden. Die Aussage, dass diese Notwendigkeit von den Marxisten-Leninisten bisher in mechanischer Manier „*unterschätzt*“ worden wäre, sowie die Aussage, dass viele Kommunisten „*wie selbstverständlich*“ angenommen hätten, „*die Änderung der Produktionsverhältnisse und der psychischen Struktur der Menschen*“ seien „*zwei **getrennte** Aufgaben, die dementsprechend zeitlich versetzt gelöst werden können und müssen*“ (WdP, S. 14), sind blanke Unterstellungen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben - nehmen wir als schlagendes Gegenbeispiel allein das obige Zitat aus dem Text der PAA!

Der Behauptung, die Marxisten-Leninisten hätten bisher „*die Bedeutung des aktiven, tätigen Elements der Menschen (...) unterschätzt*“ und „*die Wirkung der Verstaatlichung der Produktion überschätzt*“, liegt ihrerseits lediglich eine andere Behauptung zugrunde, nämlich die, dass die antagonistischen Widersprüche **innerhalb** des Sozialismus und des sozialistischen Staates wurzeln. Diese Behauptung einmal aufgestellt, fällt es natürlich leicht, Stalin dafür zu anzugreifen, dass er „*den Klassenkampf nicht auf Ursachen*“ zurückgeführt habe, „*die in den sozialistischen Produktionsverhältnissen wurzeln*“ (ebd., S. 43).

Dann fällt es ebenso leicht, das Lehrbuch und die PAA (und schließlich die ganze marxistisch-leninistische Lehre der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus) anzugreifen.

Wenn man die Quelle der antagonistischen Widersprüche richtig benennt, wird klar, dass überhaupt kein Widerspruch besteht zwischen der Aussage, dass „*das gesamte Volk (...) an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung zutiefst interessiert*“ ist und dem Umstand, dass dennoch bewusst sowohl gegen die antagonistischen Widersprüche als auch für die Überwindung der nicht-antagonistischen Widersprüche gekämpft werden muss, weil sonst Elemente **entstehen** können (entstehen müssen sie aber erst noch!), die an der Errichtung der kommunistischen

Gesellschaftsordnung nicht mehr interessiert sind.

Was würde es denn bedeuten, wenn die sozialistische Gesellschaft selbst die Quelle antagonistischer Widersprüche wäre, wenn sich bspw. der Bürokratismus als bürgerliche, antikommunistische Strömung **gesetzmäßig** im sozialistischen Staat entwickeln müsste?

Das würde nichts anderes bedeuten, als dass dieser Widerspruch nur durch den gewaltsamen Zusammenstoß und die Vernichtung einer der beiden Seiten – Arbeiterklasse oder Bürokratie – gelöst werden könnte.

Das würde außerdem bedeuten, dass der Widerspruch nur durch die Vernichtung des Staates als Quelle dieses Widerspruchs gelöst werden könnte.

Trotzki immerhin ist bekanntlich bereit gewesen, diese Folgerungen zu ziehen.

Die Rote Reihe jedoch schreckt vor dieser Folgerung ein Stück weit zurück und verstrickt sich deshalb in einen unlösbaren Widerspruch, denn an anderer Stelle ist in Band 2 davon die Rede, dass **„im Verlaufe der Entwicklung zum Kommunismus die klassenmäßigen Unterschiede sich nach und nach verwischen.** (H.v.m., tb.)“ (RR2, S. 28)

Natürlich ist es vollkommen richtig, dass sich im Verlaufe der Entwicklung zum Kommunismus die klassenmäßigen Unterschiede zwischen Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz nach und nach verwischen. Das geht aber **nur**, weil die Widersprüche zwischen diesen Klassen nicht-antagonistischer Natur sind, weil alle diese Klassen im Grundsatz *„an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung zutiefst interessiert“* sind, weil sie im Wesentlichen gemeinsame Interessen haben und auf dieser Grundlage die Widersprüche unter sich solidarisch lösen können, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen – oder anders ausgedrückt:

„Auch im Sozialismus bahnt sich der Fortschritt, das Neue, durch den Kampf der Gegensätze den Weg. Eine große, progressive Rolle spielt auch hier die Einheit der Partei, des Volkes und der Gesellschaft. Diese Einheit wird zu einer neuen Triebkraft, die die Entwicklung des Landes voranführt. Das hängt mit dem Charakter der – hauptsächlich nichtantagonistischen – Widersprüche zusammen, die dieser Einheit innewohnen, wo die Gegensätze sich nicht in unversöhnlichem Kampf miteinander befinden, wie das im Kapitalismus zwischen der Bourgeoisie

und dem Proletariat der Fall ist. Wir haben es vielmehr hauptsächlich mit einer solchen Einheit der Gegensätze zu tun, bei der beide Seiten grundsätzlich gemeinsame Interessen haben. Eine solche Einheit führt die Gesellschaft voran, denn sie unterstützt und schafft günstige Bedingungen für die Lösung der verschiedenen Widersprüche innerhalb dieser Einheit, die so auf ein höheres Niveau gehoben wird.“ (Foto Çami, S. 15 f.)

Die Annahme eines allmählichen Verwischens der klassenmäßigen Unterschiede ist jedenfalls unvereinbar mit der Annahme antagonistischer Widersprüche, die innerhalb der sozialistischen Gesellschaft wurzeln.

Wäre die Rote Reihe konsequenter in ihren praktischen Schlußfolgerungen, müsste sie wie Trotzki den gewaltsamen Kampf gegen die Bürokratie zur Notwendigkeit erklären.

So weit geht sie nicht. Die Gemeinsamkeit mit Trotzki besteht aber zweifellos darin, dass der sozialistische Staat diffamiert und als notwendiges „Übel“ hingestellt wird – eine Position, die bereits von Stalin vehement angegriffen worden ist:

„Daß Elemente des Bürokratismus bei uns im Staatsapparat, im Genossenschaftsapparat und im Parteiapparat vorhanden sind, darüber kann kein Zweifel bestehen. Daß die Elemente des Bürokratismus bekämpft werden müssen und daß wir so lange vor dieser Aufgabe stehen werden, als wir eine Staatsmacht haben, als ein Staat existiert – das ist ebenfalls eine Tatsache.

*Man muß aber doch Grenzen kennen. Den Kampf gegen den Bürokratismus im Staatsapparat so weit treiben, bis der Staatsapparat völlig unmöglich gemacht, bis er diskreditiert ist, es bis zu Versuchen treiben, den Staatsapparat zu zerbrechen – heißt gegen den Leninismus angehen, heißt vergessen, **daß unser Apparat ein Sowjetapparat ist, der im Vergleich mit allen anderen in der Welt vorhandenen Staatsapparaten den höchsten Typus des Staatsapparats darstellt.** (H.v.m., tb.)*

Worin besteht die Stärke unseres Staatsapparats? Darin, daß er die Staatsmacht durch die Sowjets mit den Millionenmassen der Arbeiter und Bauern verbindet. Darin, daß die Sowjets eine Schule der Verwaltung für Zehntausende und Hunderttausende Arbeiter und Bauern sind. Darin, daß der Staatsapparat sich nicht von den Millionenmassen des Volkes abschließt, sondern mit ihnen durch eine Unzahl von Massenorganisationen, allen möglichen Kommissionen, Sektionen, Beratungen, Delegiertenversammlungen usw. verschmilzt, die die Sowjets umgeben und auf diese Weise eine

Stütze der Organe der Staatsmacht bilden.

*Worin besteht die Schwäche unseres Staatsapparats? Im Vorhandensein bürokratischer Elemente, die seine Arbeit verderben und entstellen. Um den Bürokratismus aus dem Staatsapparat zu vertreiben – und man kann ihn nicht in ein, zwei Jahren vertreiben -, **muß man den Staatsapparat systematisch verbessern, ihn den Massen näherbringen, ihn durch neue, der Sache der Arbeiterklasse ergebene Leute auffrischen, ihn im Geiste des Kommunismus umgestalten, nicht aber ihn zerbrechen, nicht aber ihn diskreditieren** (H.v.m., T.). “ (Stalin, Rechenschaftsbericht an den XV. Parteitag der KPdSU (B), SW10, S. 277 f.)*

Man vergleiche nur diese Ausführungen über die „systematische Verbesserung“ des Staatsapparates mit den Äußerungen der Roten Reihe über das „Zurückdrängen“ der „Krücke“ Staatlichkeit...

Die Theorie der Roten Reihe über die antagonistischen Widersprüche als wesensmäßiger Bestandteile der sozialistischen Gesellschaft ist außerdem mit den theoretischen Auffassungen des Maoismus verwandt, der ja selbst nur ein Konglomerat verschiedener trotzkistischer und revisionistischer Theorien ist.

Dazu die PAA: *„Im Zusammenhang mit dem Verhältnis zwischen der Einheit und dem Kampf der Gegensätze tauchen zwei falsche Vorstellungen auf: die eine leugnet die Widersprüche, betrachtet sie als ein Übel, beschönigt und verherrlicht die Wirklichkeit, wobei sie alle Dinge, Prozesse und Erscheinungen der sozialistischen Gesellschaft im Lichte der Einheit betrachtet und die Einheit überschätzt und verabsolutiert. Diese Ansicht vertreten tatsächlich die Chruschtschowrevisionisten und im allgemeinen alle Opportunisten. (...)*

Die andere Vorstellung leugnet die Einheit und läßt nur die Widersprüche gelten; sie versucht in allem Widersprüche zu finden und zu schaffen, sie betrachtet die Einheit in jedem Fall als etwas, das die konservative Seite darstellt und die Entwicklung behindert. Diese Ansicht vertreten besonders die chinesischen Revisionisten. Mao Tsetung machte die Teilung des Eins in zwei zu einem absoluten Prinzip. Damit wollte er seinem Kurs der Legitimierung und Duldung antagonistischer Klassen im Sozialismus und der zwei Linien in der Partei, der Existenz bürgerlicher und reaktionärer Parteien unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, der Kulturrevolution, die von Zeit zu Zeit wiederholt werden müsse, usw. eine theoretische Grundlage verleihen.“ (Foto Çami, S. 15)

Die Zustände in der Sowjetunion Stalins und die Frage der Parteifreiheit in der Diktatur des Proletariats

An dieser Stelle kommen wir zum nächsten Element des Trotzismus, das die Rote Reihe aufgreift:

Bekanntlich hat Trotzki im Zusammenhang mit seinem ideologisch-politischen Angriff auf den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion eine Kampagne der Diffamierung der Kommunistischen Partei und ihrer Führung unternommen, die er als bürokratisch entartet bezeichnete.

Damit verbunden war eine Diffamierung und ein Angriff auf den Staat der Diktatur des Proletariats: „Die Entartung der Partei wurde Ursache und Wirkung der Bürokratisierung des Staats.“ (Verratene Revolution, S. 142).

Trotzki behauptete, die Demokratie in Partei und Staat sei beseitigt worden und machte diese Behauptung unter anderem am Verbot der Bildung von Parteien und am Verbot der Bildung von Fraktionen innerhalb der KPdSU(B) fest:

„Ursprünglich wünschte und hoffte die Partei, im Rahmen der Sowjets die Freiheit des politischen Kampfes beizubehalten. Der Bürgerkrieg nahm an diesen Absichten eine harte Korrektur vor. Die Oppositionsparteien wurden eine nach der anderen verboten. In dieser Maßnahme, die deutlich dem Geist der Sowjetdemokratie widersprach, sahen die Führer des Bolschewismus nicht ein Prinzip, sondern einen episodischen Akt der Selbstverteidigung. (...)

Das Fraktionsverbot war ebenfalls nur als außerordentliche Maßregel gedacht, die bei erster ernstlicher Besserung der Lage hinfällig werden sollte. (...)

Doch was anfänglich nur als erzwungener Tribut an die schwierigen Umstände gegolten hatte, war ganz nach dem Geschmack der Bürokratie, die das innere Leben der Partei ausschließlich vom Standpunkt der Bequemlichkeit für die Leitung zu betrachten begann. (...)

Der demokratische Zentralismus machte bürokratischem Zentralismus Platz. Der Parteiapparat selbst wurde nunmehr von oben bis unten radikal umgekrempelt.“ (ebd., S. 144 f.)

Die Krönung dieser Beschuldigungen war die Behauptung, Sowjets und Parteiorgane wären entmachtet, im Grunde reine Schauobjekte und die tatsächlichen Entscheidungen würden ausschließlich vom Politbüro bzw. in letzter Instanz von Stalin selbst getroffen:

„Um so unerbittlicher waltet heute die Regel, daß das Politbüro immer recht hat, und jedenfalls niemand gegen das Politbüro recht haben kann. Aber auch das Politbüro selber kann nicht recht haben gegen Stalin, der sich nicht irren und folglich nicht gegen sich selbst recht haben kann.“
(ebd., S. 145)

An dieser Stelle benutzt er den Begriff des „Totalitarismus“ und vergleicht die staatliche Ordnung der Sowjetunion mit Nazi-Deutschland: *„Von der Parteidemokratie blieben nur die Erinnerungen im Gedächtnis der älteren Generation. Mit ihr versank die Demokratie der Sowjets, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Sportorganisationen in die Vergangenheit. Über alles und alle herrscht uneingeschränkt die Hierarchie der Parteisekretäre. Das Regime wurde 'totalitär', schon mehrere Jahre, bevor dieses Wort aus Deutschland herüberkam.“* (ebd., S. 146)

In der Roten Reihe werden Elemente dieser Ausführungen ganz selbstverständlich übernommen. Da finden wir im Band 1 ab S. 45 den Abschnitt: „Fehleinschätzungen in der Staatsfrage“, das mit einer Kritik an Stalin beginnt.

Dieser hatte sich auf dem 18. Parteitag 1939 zur Frage der marxistischen Theorie über den Staat geäußert und die Entwicklung des Sowjetstaates seit der Oktoberrevolution – gemäß der Theorie über die Übergangsperiode – in zwei Phasen eingeteilt: *„Die Phase von der Oktoberrevolution bis zur Liquidierung der Ausbeuterklassen“* und *„die Periode von der Liquidierung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land bis zum vollen Siege des sozialistischen Wirtschaftssystems und der Annahme der neuen Verfassung“* (SW 14, S. 228).

Nach dieser Periode sei die *„Funktion der militärischen Unterdrückung innerhalb des Landes [...] in Wegfall“* gekommen, *„starb ab“*, weil die Ausbeutung vernichtet sei: *„Ausbeuter gibt es keine mehr und daher auch niemanden, der zu unterdrücken wäre. Anstelle der Funktion der Unterdrückung erhielt der Staat die Funktion, das gesellschaftliche Eigentum vor Dieben und Plünderern des Volksguts zu schützen. (...)*
Jetzt besteht die Hauptaufgabe unseres Staates im Innern des Landes in der friedlichen wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Arbeit. Was unsere Armee, die

Straforgane und den Abwehrdienst angebelangt, so ist nun ihre Spitze nicht nach dem Innern des Landes gerichtet, sondern nach außen, gegen die äußeren Feinde.“ (ebd., S. 229)

Nachdem die Rote Reihe diese Ausführungen stark verkürzt wiedergibt, hält sie gewisse Zwangsmaßnahmen entgegen, die in der Sowjetunion noch gegen Teile der Arbeiterklasse selbst gerichtet wurden und erklärt: „Das [Stalins Äußerungen, d. Verf.] war ein krasses Verkennen der Wirklichkeit. Arbeitsbuch, Inlandspañ, Strafgesetze gegen Verletzungen der Arbeitsdisziplin – waren das keine unterdrückenden Funktionen des Staates, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Organisierung der Produktion standen? Die hier zugrundeliegenden Probleme bestanden offenkundig weder in kriminellen Neigungen noch in der Tätigkeit von Agenten des Auslands, sondern in den sowjetischen Produktionsverhältnissen selbst.“ (RR1, S. 45)

Offensichtlich liegt dieser Einwand neben der Sache.

Entscheidend ist an dieser Stelle nicht, dass die Rote Reihe betont, dass diese Maßnahmen „notwendig, ohne Frage, und [...] letztlich im Interesse der Arbeiterklasse“ gewesen sind. (ebd.)

Entscheidend ist, dass diese Maßnahmen als „unterdrückende Funktionen“ des Staates gegen Teile der Arbeiterklasse bewertet werden und dass damit Stalins obige Aussage angegriffen werden soll. Das ist nichts weiter als ein Spiel mit Worten, denn Stalin hat – wie oben gesehen – eindeutig klargestellt, dass er mit „Unterdrückungsfunktion“ die „militärische[...] Unterdrückung innerhalb des Landes“ gemeint hat, die Unterdrückung einer Klasse, die ihre Macht zurückerobert will. Da die Bourgeoisie im Sozialismus als Klasse nicht mehr existiert, da überhaupt keine Ausbeuterklasse als solche mehr existiert, gibt es aber tatsächlich „niemanden“ mehr, der in diesem Sinne „zu unterdrücken wäre“.

Die Rote Reihe vermischt und vermengt aber die Unterdrückung der gestürzten Klasse mit gewissen Zwangsmaßnahmen, die zweifellos zu dem gehören, was Stalin die „wirtschaftlich-organisatorische“ und „kulturell-erzieherische“ Arbeit nannte.

Es bleibt der Eindruck stehen, dass im Sozialismus derart gewaltige Widersprüche sogar **innerhalb** der Arbeiterklasse entstehen, dass Teile davon „unterdrückt“ werden müssten – und zwar von der Diktatur der Arbeiterklasse (die ja nach Auffassung der Roten Reihe auch nur „in gewisser Hinsicht“ Diktatur der Arbeiterklasse ist)... Klar, dass auf der Grundlage **solcher** gesellschaftlichen

Verhältnisse gesetzmäßig eine Bürokratie entstehen müsste und eine Staatsmacht, die zwar „objektiv notwendig“, von den Massen aber losgelöst und ziemlich undemokratisch wäre.

Da liegt es auf der Hand, welche Aussage als nächste kommt: „*In wessen Händen war diese Staatsmacht? Wie schon gesagt war die unmittelbare Einflußnahme der Arbeiter und Bauern auf die Staatsmacht recht gering, und das konnte unter den gegebenen Umständen nicht anders sein. Es war dennoch eine proletarische Staatsmacht, denn sie diente zur Verwirklichung der strategischen Ziele des Proletariats. Aber gemessen daran, daß sie eine sozialistische Staatsmacht war, hatte sie überaus starke bürokratische Züge. In wachsendem Maße verselbständigten sich bestimmte Teile der Staatsmacht, bildeten sich also Sonderinteressen dieser Teile heraus. Diese Staatsmacht wurde unmittelbar von der leitenden Schicht geführt, und große Teile dieser Schicht hatten wie gesagt begonnen, gegen das Proletariat gebildete Klasseninteressen herauszubilden. Dies mußte sich auch auf die Staatsmacht selbst auswirken.*“ (RR1, S. 46)

Und weiter unten: „*Dies wiederum war Ausdruck dessen, daß die führende Schicht immer deutlicher eigene Klasseninteressen entwickelte und daß sie danach strebte, sich zu einer neuen herrschenden Klasse zu entwickeln. **Noch war Stalin, der nach wie vor die grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen entschied, dabei ein Hindernis.*** (H.v.m., tb.)“ (S. 48).

Gewiss haben sich innerhalb des Staatsapparates bürgerliche, bürokratische Elemente herausgebildet, die schließlich eigene, antikommunistische Klasseninteressen entwickelten und die sozialistische Ordnung Mitte der fünfziger Jahre liquidiert haben. Aber nicht darum geht es hier, sondern um die Frage, ob der Staatsapparat von Beginn an **im Wesentlichen** aus solchen Elementen bestand und wie die kommunistische Haltung dazu ist.

Man muss sich klar machen, was gerade der letzte Satz aus dem obigen Zitat über Stalin für eine Bedeutung hätte, wenn er denn stimmen würde. Was würde es heißen, wenn Stalin tatsächlich derjenige gewesen wäre, „*der nach wie vor die grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen entschied*“. Dann wären die Parteitage – auf denen über die grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen (mitunter sehr kontrovers!) diskutiert und beschlossen wurde – reine Theatervorstellungen gewesen, da dem großen Diktator Stalin ohnehin hätte zugestimmt werden müssen. Ganz zu schweigen von den Sitzungen des Zentralkomitees, den Tagungen des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR usw. usf...!

Alles reine Show – was Stalin entschieden hat, wurde gemacht; die Staatsmacht wurde „*unmittelbar von der leitenden Schicht geführt*“; die Sowjets spielten keine Rolle; Teile der Arbeiterklasse wurden „*unterdrückt*“ und das war auch „gut so“, denn es diente letztlich zur „*Verwirklichung der strategischen Ziele des Proletariats*“!

Das heißt nichts anderes, als Trotzki's Diffamierungen eins zu eins zu übernehmen und Stalin für einen Lügner zu erklären, der diesen Diffamierungen – wie bereits an einigen Stellen gesehen – immer entgegengetreten ist.

Da ist es nichts als Heuchelei, wenn man sich oberflächlich noch zu Stalin bekennt – denn bis jetzt ist alles Wesentliche, was er vertreten und wofür er politisch gekämpft hat, angegriffen worden.

Über die Schlußfolgerung der Roten Reihe, dass eine solche autoritäre Diktatur auch noch notwendig gewesen wäre, muss man besonders erstaunt sein, denn **genau diese** Auffassung wird dreißig Seiten zuvor noch bei Gossweiler und dem DKP-Theoretiker Hans Heinz Holz angegriffen: „*Holz: 'Die Diktatur des Proletariats konnte über lange Zeit nur die Diktatur der Partei sein' ; die 'breiten Massen' sollten sich Holz zufolge mit einem derartigen 'Sozialismus' zufriedengeben, da ihnen das 'eine deutliche Verbesserung ihres Lebensstandards und ihrer sozialen Sicherheit' bringen konnte.*“ (ebd., S. 15)

Die Diktatur des Proletariats kann auch nach Auffassung der Roten Reihe „über lange Zeit“ mal „nur die Diktatur der Partei“ sein... Diese linkssektiererische Position, die übrigens ebenfalls ein typisches Element des Trotzismus ist, schwenkt auf der anderen Seite – und auch das wie bei den Trotzisten – in idealistische Demokratievorstellungen und Liberalismus um:

Da ist einmal der berühmte Satz in unserem Programm, der „sozialistische Staat“ müsse „den arbeitenden Menschen von Anfang an **mehr** Rechte und Freiheiten bieten als der bürgerliche Staat“. Mal abgesehen von dem Mist mit den „arbeitenden Menschen“: Der sozialistische Staat **ist** der Staat der Arbeiterklasse, der Staat der Sowjets. Diesem Staat die individuellen Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Gesellschaft entgegenzustellen, die man ihm gegenüber quasi „einfordern“ können müsse, zeugt von einem tiefsitzenden kleinbürgerlichen Verständnis von Demokratie, die vor allem als Verwirklichung „individueller“ Rechte gegenüber dem „staatlichen Ungetüm“ begriffen wird anstatt als Verwirklichung der **realen** gesellschaftlichen und politischen Macht durch das Volk, geführt von der Arbeiterklasse.

Dieses kleinbürgerlich-idealistische Demokratieverständnis wird auch an anderer Stelle sehr deutlich:

Die Existenz mehrerer Parteien im Sozialismus wird in unseren Schriften – ähnlich wie bei Trotzki im Grundsatz für möglich erklärt: „*Gewiß: Gegenüber einer Position, die es als Dogma ansieht, in jedem Fall könne nur **eine** Partei existieren, sollte man dieses Dogma angreifen.*“ (WdP, S. 49)

Der ganze Abschnitt ist zwar als Widerspruch gegenüber der These formuliert, im Sozialismus **müsse** es mehrere Parteien geben. Im Kern wird damit aber gesagt: Die Existenz mehrerer Parteien im Sozialismus **ist prinzipiell möglich**.

Auch unser Sozialistisches Programm lässt die Möglichkeit der Bildung von politischen Parteien im Prinzip zu (vgl., S. 39 ff.) - wenn auch mit der Einschränkung, dass diese weder Propaganda oder Aktivität zum Sturz des Sozialismus entwickeln noch aus dem Ausland finanziert werden dürfen.

Damit wird – nicht zufällig gerade im Jahr 1992 – in einer wichtigen Frage des Marxismus-Leninismus gegenüber dem Druck der Bourgeoisie und dem Lobgesang auf den „Parteienpluralismus“ nach dem Fall der Mauer in Berlin und dem Untergang der Sowjetunion nachgegeben.

Denn die Annahme, in der Diktatur des Proletariats könne es mehrere Parteien geben, ist unmaterialistisch und dient dazu, die Substanz dieser Diktatur anzugreifen.

Lenin hat sich mit der Frage der bürgerlichen Freiheiten u.a. in einer Rede auf dem Gestamtrussischen Kongress der Mitarbeiter des Bildungswesen im Jahr 1919 beschäftigt. Darin heißt es: „*Wenn man uns die Diktatur **einer Partei** zum Vorwurf macht und uns, wie Sie gehört haben, die sozialistische Einheitsfront vorschlägt, so sagen wir: 'Jawohl, Diktatur **einer Partei!** Dabei bleiben wir, und diesen Boden können wir nicht verlassen, weil das die Partei ist, die sich im Laufe von Jahrzehnten die Stellung als Avantgarde des gesamten Industrieproletariats erobert hat.*“ (LW 29, S. 527)

Wenn Lenin von der „*Diktatur einer Partei*“ spricht, ist das nicht so zu verstehen, dass Partei und Arbeiterklasse einander gegenübergestellt werden wie oben bei Hans Heinz Holz oder der Roten

Reihe. Lenin behandelt hier lediglich die Frage, warum es im sozialistischen Staat **nur eine** Partei gibt und nur geben kann.

Um das zu verstehen, ist es notwendig, sich kurz vor Augen zu führen, wie das System der Diktatur des Proletariats funktioniert und in welcher Beziehung die Machtorgane dieses Systems: Gewerkschaften, Sowjets, Genossenschaften, Jugendverband und ihre jeweiligen Unterorganisationen zur kommunistischen Partei stehen:

*„Also: die **Gewerkschaften** als Massenorganisation des Proletariats, die die Partei mit der Klasse, vor allem auf der Linie der Produktion verbindet; die **Sowjets** als Massenorganisationen der Werktätigen, die Partei mit diesen letzteren, vor allem auf der Linie des Staates verbindet; die **Genossenschaften** als Massenorganisationen hauptsächlich der Bauernschaft, die die Partei mit den bäuerlichen Massen, vor allem auf der Linie der Wirtschaft, auf der Linie der Einbeziehung der Bauernschaft in den sozialistischen Aufbau verbindet; der **Jugendverband** als Massenorganisation der Arbeiter- und Bauernjugend, die berufen ist, der Avantgarde des Proletariats die sozialistische Erziehung der neuen Generation und die Heranbildung der jungen Reserven zu erleichtern; und schließlich die **Partei** als grundlegende richtunggebende Kraft im System der Diktatur des Proletariats, berufen, alle diese Massenorganisationen zu führen – das ist im allgemeinen das Bild des „Mechanismus“ der Diktatur, das Bild des „Systems der Diktatur des Proletariats“. Ohne die Partei als grundlegende führende Kraft ist eine einigermaßen dauerhafte und feste Diktatur des Proletariats unmöglich.*

*Wir haben also, um mit Lenin zu sprechen, 'im großen und ganzen einen formell nicht kommunistischen, elastischen und verhältnismäßig weitumfassenden, überaus mächtigen proletarischen Apparat, durch den die Partei **mit der Klasse und der Masse** eng verbunden ist und durch den unter Führung der Partei die **Diktatur der Klasse** verwirklicht wird.'* (Lenin, *Der linke Radikalismus*)

*Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Partei die Gewerkschaften, die Sowjets und die anderen Massenorganisationen ersetzen kann oder soll. **Die Partei verwirklicht die Diktatur des Proletariats. Aber sie verwirklicht sie nicht unmittelbar, sondern mit Hilfe der Gewerkschaften, durch die Sowjets und deren Verzweigungen. Ohne diese 'Transmissionen' würde eine einigermaßen feste Diktatur unmöglich sein.** (H.v.m., tb.)“ (Stalin, „Zu den Fragen des Leninismus“, zitiert aus: Leninismus 3, S. 89)*

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, „die Arbeit aller Massenorganisationen ohne

*Ausnahme **zusammenzufassen** und ihre Tätigkeit auf ein einheitliches Ziel, auf das Ziel der Befreiung des Proletariats, **zu richten.***“ (ebd., S. 88)

Es leuchtet von selbst ein, dass nur die Partei der KommunistInnen, die Partei der Arbeiterklasse in der Lage ist, diese Aufgabe zu erfüllen.

Vom Standpunkt des kleinbürgerlichen Demokratismus wird die Frage der Bildung von Parteien aber üblicherweise derart aufgeworfen, dass es die Freiheit der Menschen geben müsse, sich auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen und gemeinsamer politischer Ziele in einer politischen Organisation, einer Partei, zusammenzuschließen: als Christen, als Liberale oder was auch immer.

Vom Standpunkt des Materialismus aus geht es bei der Frage „gemeinsamer Überzeugungen“ und „gemeinsamer politischer Ziele“ aber darum, welches Klasseninteresse hinter einer bestimmten Ideologie, hinter einer bestimmten politischen Richtung wie bspw. dem sog. „Liberalismus“ oder der „christlichen Demokratie“ steht. Eine klassenneutrale Ideologie oder Politik gibt es nicht und kann es nicht geben.

Jede Partei steht also objektiv auf dem Standpunkt einer bestimmten Klasse oder schwankt zwischen den Standpunkten bestimmter Klassen.

Was würde es denn bedeuten, wenn es in den Massenorganisationen der Diktatur des Proletariats andere Parteien gäbe, die dort legal und frei wirken können?

Das würde nichts anderes bedeuten, als dass die Arbeiterklasse ihre Macht mit anderen Klassen teilt: der Bourgeoisie, dem Großgrundbesitz, dem Kleinbürgertum, o.ä.

Eine „Teilung der Macht“, ein Gemisch aus Diktatur des Proletariats und Diktatur des Kleinbürgertums, eine wie auch immer geartete „Übergangsmacht“ kann es aber nicht geben. Auch hier kommt *„die Grundwahrheit zum Ausdruck [...], die die angeblichen Sozialisten aus dem Lager unserer Gegner nicht verstehen wollen, daß es nämlich in der kapitalistischen Gesellschaft – ganz gleich, ob im Stadium der Entwicklung, ihres festen Bestehens oder des Untergangs – nur eine von zwei Mächten geben kann: entweder die Macht der Kapitalisten oder die Macht des Proletariats. Jede Macht zwischen diesen beiden ist ein Traum, jeder Versuch, irgend etwas Drittes zu schaffen, führt dazu, daß die Menschen zu dieser oder jener Seite hinabgleiten, selbst wenn sie ganz*

aufrichtig sind.“ (LW 14, S. 528)

Man mag nun einwenden, dass die Kommunistische Partei doch versuchen solle, ihre führende Rolle dadurch zu verwirklichen, dass sie die Menschen überzeugt, anstatt andere Parteien zu verbieten.

Auch dieser Einwand ist idealistisch. Er ist zudem naiv, er stellt die Dinge einander falsch gegenüber und wirft die ganze Frage völlig verkehrt auf:

Wie sieht die Entwicklung der Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser Hinsicht – der Parteienfrage – denn konkret aus? Wie werden sich die verschiedenen politischen Parteien zu dieser Revolution und zum Staat der Arbeiterklasse stellen?

Die meisten Parteien, insbesondere die offen bürgerlichen Parteien und Teile der Sozialdemokratie werden direkt und unmittelbar – ob mit faschistischen, christlichen, sozialdemokratischen oder auch mit ultralinken, anarchistischen Argumenten - auf der Seite der Bourgeoisie stehen und den neuen Staat bekämpfen. Dass diese Parteien umstandslos verboten und gewaltsam zerschlagen gehören, wird kein Marxist bestreiten wollen.

Ein anderer Teil der Parteien und der Menschen innerhalb dieser Parteien wird gegebenenfalls schwanken. Denkbar ist das etwa bei Parteien, die bereits heute zwischen revolutionärem Anspruch und opportunistischer Praxis schwanken. Im Verlauf der Entwicklung der Diktatur des Proletariats wird sich innerhalb dieser Organisationen die „Spreu vom Weizen trennen“, Teile dieser Organisationen werden sich möglicherweise auf die Seite der Arbeiterklasse und der Kommunisten schlagen und andere Teile auf die Seite der Bourgeoisie und der Konterrevolution. Den ersteren reichen wir solidarisch die Hand, die letzteren werden wir bekämpfen. Die ersteren benötigen keine eigene Organisation mehr, die letzteren dürfen sie nicht haben.

Darin löst sich die ganze Fragestellung letztendlich materialistisch auf.

Man sieht hier auch, wie absurd es ist, das „Verbot“ und die „Überzeugungsarbeit“ einander gegenüberzustellen: Die Überzeugungsarbeit bei schwankenden Elementen ist eine ständige Aufgabe der Kommunisten, und zwar vor, während und nach der Revolution. Das Verbot ist ein Mittel, den Staat vor seinen Feinden zu schützen. Der Verlauf der Diktatur und der Kämpfe der

Kommunisten wird die schwankenden Elemente entweder ins Lager der Arbeiterklasse oder ins Lager der Feinde der Revolution treiben. Wo sie hineingetrieben werden, hängt u.a. von der Überzeugungsarbeit ab. Aber wenn sie in die falsche Richtung getrieben sind und die Diktatur des Proletariats bekämpfen, beantwortet sich die Frage von selbst, wie diese Diktatur zu handeln hat.

Die Antwort auf die Frage der Existenz mehrerer Parteien ist in der Übergangsperiode zum Sozialismus dieselbe wie in der Periode des Sozialismus selbst.

Stalin verteidigt in dieser Hinsicht die Verfassung von 1936 gegenüber den kleinbürgerlichen und idealistischen Kritikern: *„Schließlich noch eine Gruppe von Kritikern. Während die vorhergehende Gruppe den Verfassungsentwurf des Verzichts auf die Diktatur der Arbeiterklasse beschuldigt, bezichtigt ihn diese Gruppe im Gegenteil, an der bestehenden Lage in der Sowjetunion nichts zu ändern, die Diktatur der Arbeiterklasse unberührt zu lassen, die Freiheit politischer Parteien nicht zuzulassen und die jetzige führende Stellung der Partei der Kommunisten in der Sowjetunion beizubehalten. Hierbei ist diese Gruppe von Kritikern der Ansicht, der Umstand, daß es in der Sowjetunion keine Freiheit der Parteien gebe, sei ein Kennzeichen dafür, daß die Grundlagen des Demokratismus verletzt würden.*

Ich muß zugeben, daß der Entwurf der neuen Verfassung tatsächlich das Regime der Diktatur der Arbeiterklasse aufrechterhält, ebenso wie er die jetzige führende Stellung der Kommunistischen Partei der UdSSR unverändert beibehält. (Stürmischer Beifall). Wenn die verehrten Kritiker dies für einen Mangel des Verfassungsentwurfs halten, so kann man dies nur bedauern. Wir Bolschewiki aber halten dies für einen Vorzug des Verfassungsentwurfs. (Stürmischer Beifall).

*Was die Freiheit verschiedener politischer Parteien anbetrifft, so vertreten wir hier einigermaßen andere Ansichten. Die Partei ist ein Teil der Klasse, ihr fortgeschrittenster Teil. **Mehrere Parteien und folglich auch eine Freiheit der Parteien kann es nur in einer Gesellschaft geben, wo es antagonistische Klassen gibt** (H.v.m., tb.), deren Interessen einander feindlich und unversöhnlich sind, wo es, sagen wir, Kapitalisten und Arbeiter, Gutsbesitzer und Bauern, Kulaken und Dorfarmut usw. gibt. In der Sowjetunion gibt es aber schon keine Klassen mehr wie Kapitalisten, Gutsbesitzer, Kulaken usw. In der Sowjetunion gibt es nur zwei Klassen, die Arbeiter und die Bauern, deren Interessen einander nicht nur nicht feindlich gegenüberstehen, sondern im Gegenteil miteinander harmonieren: Folglich gibt es in der Sowjetunion keinen Boden für die Existenz mehrerer Parteien und somit auch keinen Boden für die Freiheit dieser Parteien, in der Sowjetunion gibt es Boden nur für eine Partei, die Kommunistische Partei. **In der Sowjetunion kann es nur eine Partei geben, die Partei der Kommunisten** (H.v.m., tb.), die kühn und bis zum letzten die Interessen der Arbeiter und*

Bauern verteidigt. Und daß sie die Interessen dieser Klassen nicht schlecht verteidigt, daran kann wohl kaum ein Zweifel bestehen. (Stürmischer Beifall).“ (Stalin, Werke 14, S. 77)

Es ist im Übrigen inkonsequent, am Fraktionsverbot innerhalb der Kommunistischen Partei festzuhalten, wenn bereits die Freiheit anderer Parteien dem Grundsatz nach nicht für ausgeschlossen erklärt wird: Dann hätte die KPdSU (B) die Trotzlisten zwar nicht als Fraktion, aber als eigenständige Partei dulden müssen! In der Folge hätten sie frei und legal wirken und ihre Zersetzungarbeit an der Diktatur des Proletariats entfalten können.

Das Verbot der Bildung von Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei und das Festhalten an der Existenz und Führung **einer** Partei in der Diktatur des Proletariats sind zwei Seiten einer Medaille, nämlich der Frage der ungeteilten Herrschaft der Arbeiterklasse.

Wer dieses Prinzip aufweicht, greift die Diktatur des Proletariats an. Dass ein Aufweichen dieses Prinzips in unserem Programm und in unseren theoretischen Schriften nicht als Problem aufstößt, leuchtet jedoch ein, wenn man in Betracht zieht, dass die Diktatur des Proletariats dort ohnehin eliminiert ist.

Die zweite Krücke: Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus

Wie oben beschrieben geht die Rote Reihe neben der „Staatlichkeit“ noch von einer zweiten „Krücke“ aus, derer sich das „kommunistische Element“ im Sozialismus bedienen müsse: den Ware-Geld-Beziehungen.

Dabei geht es um diejenigen Ware-Geld-Beziehungen, die nach Auffassung der Roten Reihe **innerhalb des staatlichen Sektors** der Produktion fortexistieren, nämlich im System der sog. wirtschaftlichen Rechnungsführung: *„Wenn ein Betrieb an einen anderen lieferte, so wurde ein entsprechender Vertrag geschlossen, und der belieferte Betrieb zahlte in realem Geld. Wurde nicht vertragsgemäß, z.B. fehlerhaft oder zu spät geliefert, so konnten die Zahlungen gekürzt werden, im Zweifel entschieden Schiedsorgane, die faktisch die Funktion von Zivilgerichten ausübten. Die staatlichen Banken vergaben an Staatsbetriebe Kredite, nahmen Zinsen, in bestimmten Fällen – beispielsweise bei nicht zweckgerichteter Verwendung der Kredite – wurden Strafzinsen fällig usw. Mit anderen Worten: Die Vorstellung, daß das Geld innerhalb des staatlichen Sektors nur noch*

Rechengeld war, war falsch, entsprach nicht den Tatsachen. Es war reales Investitionsmittel der Betriebe.

*Natürlich war das keine Marktwirtschaft. Die staatlichen Organe der Wirtschaftsplanung und -leitung gaben den Betrieben im großen und ganzen sowohl deren Produktionsprogramm als auch die Preise vor. Die Betriebe konnten nicht beliebige Lieferverträge schließen, sondern nur im Rahmen des Planes, die Lieferung konnte nur erfolgen, wenn die zuständigen staatlichen Stellen entsprechende Zuteilungsscheine ausgestellt hatten. **Dennoch wurden auch innerhalb des staatlichen Sektors in begrenztem Maße Tauschkategorien, Ware-Geld-Kategorien angewandt. Orientiert sich der Betrieb nicht oder nicht in ausreichendem Maße am gesellschaftlichen Interesse, so soll er unmittelbar ökonomisch bestraft werden, indem er weniger Investitionsmittel erhält.***“ (RR2, S. 18)

Ebenso wurden den Betrieben vom Staat materielle und finanzielle Mittel zugeteilt, mit denen diese Produktionsmittel kaufen konnten. „Die Zuteilung dieser Mittel“ hing aber „bis zu einem gewissen Grade davon ab, ob der Betrieb den Plan erfüllt bzw. übererfüllt hat.“ (ebd., S. 19)

Diese „begrenzte Nutzung der Tauschkategorien“ zeige, dass man es „**auch innerhalb des staatlichen Sektors erst mit dem Übergang von der Ware zur Nicht-Ware zu tun**“ habe (S. 19).

Fragt sich zunächst: Wie war die Auffassung Stalins und der KPdSU (B) in der Frage der „Ware-Geld-Beziehungen“ – besser: der Warenproduktion und des Wertgesetzes – in der sozialistischen Gesellschaft? Warum und in welcher Form gibt es im Sozialismus noch Warenproduktion? Warum und in welcher Form wirkt im Sozialismus noch das Wertgesetz?

Stalin äußerte sich dazu insbesondere in den „Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR“. Dort führt er aus: „Man sagt, daß nach der Konstituierung der Herrschaft des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln in unserem Lande, nach der Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und der Ausbeutung die Existenz der Warenproduktion ihren Sinn verloren habe und die Warenproduktion infolgedessen beseitigt werden müßte.

*Das stimmt ebenfalls nicht. **Gegenwärtig existieren bei uns zwei grundlegende Formen der sozialistischen Produktion: die staatliche, volkseigene, und die kollektivwirtschaftliche, die man nicht als volkseigene bezeichnen kann.*** (H.v.m., tb.) *In den staatlichen Betrieben sind die Produktionsmittel und die Erzeugnisse der Produktion allgemeines Volkseigentum. In den kollektivwirtschaftlichen Betrieben hingegen sind, obwohl die Produktionsmittel (Boden,*

Maschinen) auch dem Staat gehören, die Erzeugnisse der Produktion jedoch Eigentum der einzelnen Kollektivwirtschaften, da es sich in den Kollektivwirtschaften sowohl um eigene Arbeit als auch um eigenes Saatgut handelt, während die Kollektivwirtschaften über den Boden, der ihnen zur unbefristeten Nutzung übergeben worden ist, faktisch wie über ihr Eigentum verfügen, obwohl sie ihn weder verkaufen noch kaufen, weder verpachten noch verpfänden dürfen.

Dieser Umstand führt dazu, daß der Staat nur über die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse nur die Kollektivwirtschaften als über ihr Eigentum verfügen. **Aber die Kollektivwirtschaften wollen ihre Produkte nicht anders als in Form von Waren veräußern, für die sie im Austausch die von ihnen benötigten Waren erhalten wollen. Andere ökonomische Verbindungen mit der Stadt als Warenbeziehungen sind für die Kollektivwirtschaften gegenwärtig nicht annehmbar. Darum sind Warenproduktion und Warenumlauf bei uns gegenwärtig eine ebensolche Notwendigkeit, wie sie es beispielsweise vor dreißig Jahren waren, als Lenin die Notwendigkeit der allseitigen Entfaltung des Warenumlaufs verkündete.** (H.v.m., tb.)

Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer „Geldwirtschaft“ als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden. Solange dies aber nicht der Fall ist, **solange die zwei grundlegenden Produktionssektoren bestehen bleiben, müssen Warenproduktion und Warenzirkulation als notwendiges und sehr nützliches Element im System unserer Volkswirtschaft in Kraft bleiben** (H.v.m., tb.). (...)

Folglich stellt **unsere** Warenproduktion keine gewöhnliche Warenproduktion dar, sondern eine Warenproduktion besonderer Art, eine Warenproduktion ohne Kapitalisten, die es hauptsächlich mit Waren vereinigter sozialistischer Produzenten (Staat, Kollektivwirtschaften, Genossenschaften) zu tun hat, deren Wirkungsbereich auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt ist, die sich offensichtlich keinesfalls zur kapitalistischen Produktion entwickeln kann und dazu bestimmt ist, zusammen mit ihrer 'Geldwirtschaft' der Entwicklung und Festigung der sozialistischen Produktion zu dienen.“ (Stalin, Ökonomische Probleme, S. 17 ff.)

Warenproduktion besteht laut Stalin noch deshalb, weil es **zwei unterschiedliche sozialistische Produktionssektoren** gibt: den staatlichen und den genossenschaftlichen. Damit gibt es **zwei unterschiedliche sozialistische Eigentumsformen**: staatliches und Gruppeneigentum. Wenn Produkte zwischen diesen Sektoren ausgetauscht werden, geschieht dies durch Kauf und Verkauf. Es findet ein **Wechsel des Eigentümers** statt. Damit existieren im Sozialismus Warenproduktion

und Warenaustausch, ihr Wirkungsbereich ist aber beschränkt.

Waren sind im Sozialismus

- die landwirtschaftlichen Produkte und Rohstoffe, die der Staat und die genossenschaftlichen Handelsbetriebe von den Kollektivwirtschaften kaufen
- die landwirtschaftlichen Produkte, die auf den kollektivwirtschaftlichen Märkten (direkt an die Bevölkerung) verkauft werden
- die in den staatlichen Betrieben erzeugten Industrieprodukte, die von den landwirtschaftlichen Kollektiven und den Kollektivbauern gekauft werden. Das sind vor allem Gegenstände des persönlichen Bedarfs.

Auch die Bevölkerung in den Städten erhält die Gegenstände des persönlichen Bedarfs – die Waren sind – durch Kauf und Verkauf.

Bei diesem Warenaustausch wirkt das Wertgesetz in bestimmten, von der staatlichen Planung gesetzten Grenzen, als Regulator: *„Die regulierende Wirkung des Wertgesetzes äußert sich auf dem Gebiet der Warenzirkulation darin, daß der Staat, der ein bestimmtes Preisverhältnis zwischen den verschiedenen Waren des persönlichen Bedarfs festsetzt, dabei sowohl ihren in Geld ausgedrückten Wert als auch die Nachfrage nach diesen Waren und das Angebot berücksichtigt. Nichtbeachtung der Nachfrage und des Angebots bedeutet, daß bei Waren mit zu hohen Preisen ein rapider Rückgang der Nachfrage einsetzen würde, während für Waren mit zu niedrigen Preisen die Nachfrage künstlich aufgebläht würde. Am stärksten tritt die regulierende Rolle des Wertgesetzes auf dem kollektivwirtschaftlichen Markt in Erscheinung; hier bilden sich die Preise auf Grund der Nachfrage und des Angebots heraus, wobei die Preisbewegung die Größe und Struktur des Warenumsatzes auf dem kollektivwirtschaftlichen Markt beeinflusst. Der sozialistische Staat übt jedoch einen starken ökonomischen Einfluß auf den kollektivwirtschaftlichen Markt aus, da die Hauptmasse der Waren im staatlichen und genossenschaftlichem Handel zu festen Planpreisen verkauft wird.“* (Lehrbuch der pol. Ökonomie, S. 507)

Auf dieser Grundlage wirkt das Wertgesetz auch auf die sozialistische, staatliche Produktion ein:

„Die Einwirkung des Wertgesetzes auf die Produktion von Produktionsmitteln vollzieht sich über die Bedarfsgüter, die für den Ersatz des Aufwands an Arbeitskraft notwendig sind. Die Bedarfsgüter, die Waren sind, können von den Arbeitern nur gegen Geld, vom Geldlohn gekauft werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch in der Produktion von Produktionsmitteln die

Geldform für die Erfassung aller übrigen Elemente, die neben dem Arbeitslohn die Selbstkosten der Industrieproduktion bilden, auszunutzen.“ (ebd., S. 507 f.)

Hier, auf dem Gebiet der staatlichen Produktion, hat das Wertgesetz jedoch keinen bestimmenden, regulierenden Einfluss – auch nicht „in einem gewissen Maße“ - da es kein „Angebot“ und keine „Nachfrage“ gibt, die es bei der Planung der Preise zu berücksichtigen gilt wie bei den Gütern des persönlichen Bedarfs: Nicht nur, dass die Betriebe nicht darüber entscheiden, welche und wie viele Produktionsmittel sie heranschaffen und welche nicht. Es findet überhaupt **kein Eigentümerwechsel** statt, wenn ein staatlicher Betrieb an einen anderen liefert.

Die Frage des Eigentümerwechsels ist aber das entscheidende Kriterium dafür, ob man von Warenproduktion und Dingen wie „Tauschwert“, von „Kauf“ und „Verkauf“ sprechen kann oder nicht: „*Hier, wie bei jedem Kauf und Verkauf, verliert der Warenbesitzer das Eigentumsrecht an der Ware, während der Käufer Eigentümer dieser Ware wird (H.v.m., tb.).*“ (ebd., S. 501).

Weil die Betriebe staatliches Eigentum sind, mithin auch die Produktionsmittel in der Verfügung dieser Betriebe, findet kein Eigentümerwechsel statt, wenn ein Betrieb an den anderen liefert.

Im Gegensatz zu allen Behauptungen in der Roten Reihe beschäftigt sich auch das Lehrbuch der politischen Ökonomie mit dieser Frage und kommt zu einem eindeutigen Urteil:

*„Die im staatlichen Sektor erzeugten Produktionsmittel – Maschinen, Werkzeugmaschinen, Metall, Kohle, Erdöl usw. - werden auf die staatlichen Betriebe verteilt. **In den Volkswirtschaftsplänen werden jedem Betrieb die seinem Produktionsprogramm entsprechenden materiellen Fonds zugewiesen.** Diese Fonds werden von den Erzeugerbetrieben an die Verbraucherbetriebe auf Grund der zwischen ihnen abgeschlossenen Verträge geliefert. **Beim Übergang von Produktionsmitteln an einen Betrieb behält der sozialistische Staat das volle Eigentumsrecht an diesen Produktionsmitteln.** Die Direktoren der Betriebe, die vom sozialistischen Staat Produktionsmittel erhalten, werden keineswegs deren Eigentümer, sondern sind Bevollmächtigte des Staates und haben diese Produktionsmittel nach den staatlichen Plänen zu verwenden. (H.v.m., tb.)“ (ebd.)*

Damit handelt es sich beim System der wirtschaftlichen Rechnungsführung innerhalb des staatlichen Sektors nicht um Warenaustausch, und zwar auch nicht „bis zu einem gewissen Grade“:

„Während die Konsumgüter, die Waren sind, Wert besitzen, haben die Produktionsmittel, die keine Waren sind, nur die Form der Ware und des Wertes, die der Kalkulation, der Rechnungslegung und der Kontrolle dient.“ (ebd., S. 508).

Die in der Roten Reihe beschriebenen Maßnahmen, die mit diesem System verbunden sind, darunter die ökonomischen Sanktionen gegenüber den Betrieben, nutzen die Wertform der Produktionsmittel zwar aus, um die Selbstkosten der Produktion zu bestimmen und systematisch zu senken, um gesellschaftliche Ressourcen einzusparen. Die Maßnahmen dieses Systems sind aber nichts weiter als organisatorische Regularien zwischen den verschiedenen Abteilungen der „einen staatlichen Firma“.

Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist ein Instrument, mit den noch vorhandenen Überresten „bürgerlichen“ Bewusstseins in den Köpfen der Menschen in der niederen Phase des Kommunismus umzugehen und die *„materielle[...] Interessiertheit des Betriebes, des gesamten Kollektivs der Arbeiter, Angestellten und den leitenden Personals an der Planerfüllung, an der ununterbrochenen, schnellen Steigerung der Produktion, an einer sparsamen und rationellen Wirtschaftsführung und an der Sicherung der Rentabilität des Betriebs“* herzustellen (ebd., S. 531).

Sie basiert letztlich auf dem ökonomischen **Prinzip der Verteilung nach Arbeitsleistung**: *„Je höher der Gewinn des Betriebs ist, um so größere Möglichkeiten hat er, die Belegschaft durch Verbesserung ihrer materiellen und kulturellen Lebensbedingungen zu fördern. Je mehr die wirtschaftliche Rechnungsführung entwickelt ist, in desto größerem Umfang werden für Einsparungen Prämien ausgezahlt.“* (ebd.)

Auch zwischen den einzelnen Abteilungen staatlicher Betriebe wird dieses System in gewissen Ausmaß angewandt: *„Eine rationelle Organisation der sozialistischen Produktion in den Betrieben erfordert, daß Elemente der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Abteilungen und Meisterbereichen des Betriebs Anwendung finden. Die Abteilung und der Meisterbereich sind Teile des Betriebs, die in produktionstechnischer Hinsicht über eine gewisse Selbständigkeit verfügen; sie haben jedoch nicht die dem Betrieb eigene wirtschaftlich-operative Selbständigkeit. Deshalb wird die wirtschaftliche Rechnungsführung hier nur in begrenztem Maße angewandt. Elemente der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Abteilungen und Meisterbereichen sind: Berechnung der Aufwendungen in Geldform, Vergleich dieser Aufwendungen mit dem Plansoll, materielle Förderung der Werktätigen, die die größten Einsparungen an Mitteln erzielt haben.“* (ebd., S. 532)

Aus diesen ökonomischen Maßregeln auf einen „Übergang von der Ware zur Nicht-Ware“ innerhalb des staatlichen Sektors zu schließen ist eine oberflächliche Analogie, die sich um die entscheidende Frage des Eigentümerwechsels herumdrückt:

An einer einzigen Stelle in Band 1 der Roten Reihe wird dieser Frage überhaupt Aufmerksamkeit geschenkt. Ausgehend von der These, die *„Betriebsleiter mußten eigene Interessen herausbilden, und zwar sowohl gegenüber den Arbeitern als auch gegenüber den staatlichen Zentralbehörden“* - einer These, die eine wichtige Rolle spielt, wenn es um den Übergang zum Revisionismus in der Sowjetunion geht, heißt es dort:

*„Das alles aber wurde nicht marxistisch analysiert. So genau z.B. das Lehrbuch den Mechanismus der wirtschaftlichen Rechnungsführung beschreibt, so konsequent **meidet es jeden Versuch einer Analyse** (H.v.m., tb.). Und das, obwohl das Lehrbuch selbst (S. 603) in Bezug auf flüssige Geldmittel der Betriebe, die dem Kreditsystem zufließen, den hochinteressanten Begriff des 'gesellschaftlichen Eigentums der Betriebe' prägte, einen Begriff, der sich auf das Reineinkommen der staatlichen Betriebe generell anwenden läßt. Die Widersprüchlichkeit dieses Begriffs springt sofort ins Auge: Handelt es sich nun um Eigentum der Betriebe oder der Gesellschaft?“ (RR 1, S. 55)*

Es handelt sich um Eigentum des Staates, also gesellschaftliches Eigentum. Die Betriebe, die ebenfalls gesellschaftliches Eigentum sind, haben das Recht, die Produktionsmittel zu nutzen. In ihrem Wesen sind sie gesellschaftliches Eigentum, das die **Form** von betrieblichem Eigentum hat. Dieser Zusammenhang ist nur dann schwer zu begreifen, wenn man von vornherein theoretische Gegensätze zwischen Staat und Gesellschaft voraussetzt und damit auch Gegensätze zwischen Betrieben und Staat, Betrieben und der Gesellschaft usw.

Dementsprechend falsch ist die Antwort, die die Rote Reihe auf die von ihr selbst gestellte Frage gibt: *„Nun, die Widersprüchlichkeit dieses Begriffs spiegelt die Widersprüchlichkeit des betreffenden gesellschaftlichen Zustands durchaus treffend wider: Die materiellen und finanziellen Mittel des Betriebs sind in gewissem Sinne 'Eigentum' des Betriebs, aber nicht im vollem Sinne des Eigentums eines Privateigentümers. Die Gesellschaft verteilt durch den Plan materielle und finanzielle Mittel an die Betriebe und kontrolliert deren Verwendung. Sie ist jedoch noch nicht in der Lage, das so umfassend und lückenlos zu tun, daß ihre Eigentümerstellung unumschränkt wäre. Sie ist daher gezwungen, ihre Eigentümerstellung dadurch selbst zu beschränken, daß sie den*

Betrieben eine gewisse Eigentümerstellung einräumt.“ (ebd.)

Die Dialektik von Inhalt und Form wird hier durch ein weiteres eklektizistisches Wortspiel der Sorte „einerseits ... andererseits“ ersetzt, das sich wie ein roter Faden durch die gesamte Theorie der „Übergangsgesellschaft“ zieht.

Wie schon gesagt: Im Gegensatz zur Behauptung, das Lehrbuch der politischen Ökonomie würde „*das alles*“ (den angeblichen Widerspruch zwischen betrieblichem und gesellschaftlichem Eigentum) „*nicht marxistisch*“ analysieren, äußert sich das Lehrbuch sogar ziemlich ausführlich zu dieser Frage:

*„Die wirtschaftliche Rechnungsführung beruht auf der Verbindung der **zentralisierten** Leitung der sozialistischen Betriebe durch den Staat mit der wirtschaftlich-operativen **Selbständigkeit** eines jeden Betriebs. Die wirtschaftlich-operative Selbständigkeit des Betriebs äußert sich darin, daß ihm staatliche Produktionsmittel zur Verfügung gestellt werden und daß er bei deren rationeller Ausnutzung für die bestmögliche Erfüllung der Planaufgaben weitgehende Initiative entwickeln kann.*

Der sozialistische Staat verteilt die Produktionsmittel auf seine Betriebe und weist jedem die zur Erfüllung der Pläne notwendigen materiellen und finanziellen Mittel zu. Der Betrieb als juristisch selbständige Wirtschaftseinheit geht wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Betrieben und Organisationen ein, ergänzt seine Kader und organisiert seine Produktions-, Versorgungs- und Absatztätigkeit. Der Betrieb hat bei der Staatsbank ein Verrechnungskonto zur Aufbewahrung seiner Geldmittel, ist berechtigt, Bankkredit in Anspruch zu nehmen, und hat eine eigene Bilanz.

Die wirtschaftlich-operative Selbständigkeit der staatlichen Betriebe entfaltet sich im Rahmen des Volkseigentums an den Produktionsmitteln, denn Eigentümer der einem bestimmten Betrieb zur Nutzung übergebenen Produktionsmittel bleibt der sozialistische Staat. Er organisiert planmäßig die Verbindung zwischen den einzelnen Betrieben, wobei er die Bedeutung eines jeden im System der gesamten Volkswirtschaft berücksichtigt. Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Betrieben sind nicht wie im Kapitalismus Beziehungen der Konkurrenz, sondern Beziehungen der Zusammenarbeit, die auf die Erfüllung der vor dem gesamten Volk stehenden Aufgaben gerichtet ist.“ (Lehrbuch, S. 529 f.)

Es ist bezeichnend, dass die Rote Reihe sehr ausgiebig genau diese Seiten aus dem Lehrbuch zitiert, u.a. den mittleren, von mir eingerückten Abschnitt, dass sie die entscheidenden Sätze über die Frage des Verhältnisses zwischen staatlichem Eigentum und betrieblicher Verfügung über die Produktionsmittel aber einfach **weglässt**.

Dann ist es natürlich sehr einfach, dem Lehrbuch vorzuwerfen, es vermeide „*konsequent (...) jeden Versuch einer Analyse*“. (RR 1, S. 55).

Natürlich läßt auch das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung Schlupflöcher, „den Staat zu bescheissen“ - schwereres Material einzubauen, um höhere Gewichtungskennziffern zu erzielen, o.ä. Es besteht auch hier die **Möglichkeit**, dass derartige Tendenzen innerhalb der staatlichen Betriebe, z.B. bei den Betriebsleitern, entstehen.

Doch der Begriff der „Krücke“ soll auch in diesem Fall bedeuten, dass es sich um eine **Gesetzmäßigkeit** handelt: „*Es ist wichtig, zu begreifen, daß dies nicht etwa einzelne Auswüchse waren. Fallen das betriebliche und das gesamtgesellschaftliche Interesse noch relativ weit auseinander – so ist es **gesetzmäßig**, daß 'die Betriebe' – wer immer das auch sei – sich so verhalten. Sie werden die Lücken des Plans – der nicht alles regeln kann – dann zu nutzen verstehen, um ihr Interesse gegen das gesellschaftliche Interesse durchzusetzen*“. (ebd., S. 20)

Auch hier wieder dasselbe argumentative Strickmuster wie beim sozialistischen Staat. Was würde es aber bedeuten, wenn „die Betriebe“ sich „gesetzmäßig“ so verhalten würden?

Dann würde über kurz oder lang die Mehrheit der Betriebe und insbesondere der Direktoren den staatlichen Plänen durch Trickserien zuwiderhandeln und die Planwirtschaft nach und nach aushöhlen und ad absurdum führen. Man würde zwangsläufig bei dem Zustand landen, dass das Schwarzmarktwesen in der sozialistischen Gesellschaft immer mehr Überhand nimmt und die Wirtschaft sich nicht weiterentwickeln könnte. Es müsste zu einem erneuten Aufleben kapitalistischer Konkurrenz zwischen den staatlichen Betrieben kommen. Es müsste zum Untergang des Sozialismus, mindestens aber zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Betriebsdirektoren (die selbst aus der Arbeiterklasse rekrutiert werden) führen.

Sprich: Der Sozialismus wäre eine Gesellschaftsform, die selbst Quelle von antagonistischen

Widersprüchen ist.

Das ist die logische Konsequenz aus den Überlegungen der Roten Reihe. Der grundlegende Fehler dieser Überlegungen bleibt aber das Unterschlagen der Tatsache, dass auch die staatlichen Betriebe eingebettet sind in ein sozialistisches Staatswesen aus Gewerkschaften, Sowjets, weiteren Massenorganisationen und Organen sowie ihren Verzweigungen. Die Arbeiterklasse, die in den Betriebskollektiven arbeitet und aus der sich die Direktoren der Betriebe im Wesentlichen rekrutieren, leitet und überwacht über das Instrument der Sowjets die Erstellung und Umsetzung der Wirtschaftspläne. Je mehr die Sowjets und die Gewerkschaften als Massenorganisationen der Arbeiterklasse gestärkt und von der kommunistischen Partei geführt werden, desto schwerer wird es einzelnen Betrieben oder einzelnen Schlaumeiern in den Betrieben fallen, den Staat auszutricksen.

Wenn man den Sozialismus aber – wie die Rote Reihe – für eine widersprüchliche Zwittergesellschaft hält, in der kapitalistische und kommunistische Triebkräfte gegeneinander wirken; wenn man dem sozialistischen Staat von vornherein einen „Doppelcharakter“ zuschreibt und davon ausgeht, dass auf die „*Kategorie des sich selbst verwertenden Wertes*“ als Triebkraft der Produktion nicht vollständig verzichtet werden könne – dann ist es klar, dass man auch annehmen muss, dass im gesamten Wirtschaftsbereich des Sozialismus Warenproduktion herrscht.

Tatsächlich ist diese These, die Produktionsmittel zwischen den staatlichen Betrieben würden als Waren (oder: „in gewisser Hinsicht als Waren“) ausgetauscht, gar keine neue Auffassung, wie es die Rote Reihe darstellt („*Was uns zunächst auffiel, ...*“, RR2, S. 18). Die These stammt nämlich ursprünglich aus den politökonomischen Schriften des Revisionismus.

Es ist sehr interessant, die oben zitierten Passagen aus dem Lehrbuch der politische Ökonomie mit einem anderen „Lehrbuch der politischen Ökonomie des Sozialismus“, erschienen 1970 in Moskau, zu vergleichen.

Da geht es im Abschnitt „Der Bereich der Warenbeziehungen im Sozialismus“ (S. 254) schon mit einer grandiosen Gegenüberstellung los:

„In ihrer abstrakten Form bedarf die sozialistische Produktion nicht der Gleichsetzung verschiedener Gebrauchswerte als Träger von Wert sowie der Reduzierung der konkreten Formen der Arbeit auf die abstrakte Arbeit.“

Die sozialistische Gesellschaft „in ihrer abstrakten Form“ benötigt also keine Warenproduktion ?!
Was soll das bitte heißen? Die Wahrheit ist immer konkret – und konkret, das heißt materialistisch, sind Stalin und das Lehrbuch an die Frage der Warenproduktion im Sozialismus herangegangen. Sie sind in ihrer Analyse von der Grundlage der Notwendigkeit der Warenproduktion, den verschiedenen Eigentumsformen im Sozialismus, ausgegangen.

Die revisionistische Verwirrungsstudie über die politische Ökonomie des Sozialismus teilt den Sozialismus anscheinend lieber in einen „abstrakten“, theoretischen Sozialismus und in einen konkreten, „real existierenden“ Sozialismus auf. Im „abstrakten“ Sozialismus gibt es keinerlei Warenproduktion, dort ist die Welt noch in Ordnung, die Begriffe „stimmen“.

Und das ist dann anscheinend so gut, dass es nichts ausmacht, wenn es im „real existierenden Sozialismus“ dann auf einmal Warenproduktion an allen Ecken und Enden geben soll:

„Dennoch gibt es im Sozialismus Warenbeziehungen.

*Das einfachste, elementarste Merkmal eines Warenverhältnisses ist, ganz unabhängig von den konkreten, historischen Bedingungen, unter denen es funktioniert, der Händewechsel der durch die Produktion hervorgebrachten Produkte **gegen Entgelt**. Warenbeziehungen als **Austauschbeziehungen** begegnen uns auch im Sozialismus in vielfältigen Formen.*

Sämtliche sozialistische Betriebe liefern untereinander gegen Entgelt die benötigten Produktionsmittel. Die aus staatlichen Mitteln neu errichteten Betriebe sind gesellschaftliches Eigentum und können natürlich weder gekauft noch verkauft werden. Die Produktionsmittel der arbeitenden Betriebe werden jedoch reproduziert, indem Maschinen und Werkzeuge, die gegen Entgelt erworben werden, an die Stelle der verschlissenen und ausgesonderten Produktionsmittel treten. Die Betriebe erwerben ferner Roh- und Brennstoffe gegen Entgelt, die sie für die Fortführung der Produktion benötigen. Sämtliche im Betrieb hergestellten Erzeugnisse werden, unabhängig davon, ob es sich um Produktionsmittel oder Verbrauchsgüter handelt, ebenfalls gegen Entgelt realisiert. (letzte H.v.m., tb.)

(...)

Der Austausch von Produktion gegen Entgelt ist nicht auf den staatlichen Sektor beschränkt. Die Kollektivwirtschaften sowie andere genossenschaftliche Betriebe veräußern bzw. erwerben Produktionsmittel und Verbrauchsgüter ebenfalls gegen Entgelt. (...)“ (ebd., S.254)

Es ist beinahe schon beeindruckend, wie geschickt an der entscheidenden Stelle durch die saloppe und ungenaue Formulierung „Händewechsel“ bzw. „Erwerb/Realisierung gegen Entgelt“ um die entscheidende Frage des **Eigentümer**wechsels herumargumentiert wird, wenn über den Austausch von Produktionsmitteln zwischen den staatlichen Betrieben die Rede ist. Die unterschiedliche Herangehensweise beider Lehrbücher, die Oberflächlichkeit der Revisionisten in dieser Frage sticht damit direkt ins Auge: Aus einem unklaren „Händewechsel gegen Entgelt“ soll – ohne Problematisierung der Eigentümerfrage – abgeleitet werden, dass Warenproduktion im Sozialismus „in vielfältigen Formen“ anzutreffen ist.

Ist das denn ein Eigentümerwechsel oder nicht? Kaum verwunderlich, dass das Lehrbuch dieser Frage ausweicht, wenn man in Rechnung stellt, **welche** gesellschaftlichen Verhältnisse es beschreibt, wenn es von „Sozialismus“ spricht: Findet kein Eigentümerwechsel statt, kann von Warenaustausch keine Rede sein. Findet ein Eigentümerwechsel zwischen den einzelnen Betrieben statt – haben die einzelnen Betriebe also eine reale Eigentümerstellung! - herrscht Warenproduktion in der gesamten Wirtschaft und von Sozialismus kann keine Rede sein.

Die Ausweitung der Warenproduktion, die das revisionistische „Lehr“buch beschreibt, ist offenkundig darauf zurückzuführen, dass die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion im Jahr 1970 längst beseitigt und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wiederhergestellt worden waren. Tatsächlich war die Ausweitung der Warenproduktion sogar die erste entscheidende Maßnahme im Prozess der Restauration gewesen, wie wir noch sehen werden. Es versteht sich von selbst, dass die Revisionisten genau das aber nicht offen zugeben und stattdessen lieber in philosophische Wortspiele über das „Abstrakte“ und das „Konkrete“ abdriften.

Es schließt sich wiederum der Kreis zur Roten Reihe und ihrem politischen Charakter: Die dort entwickelte Theorie will nämlich auf der Grundlage ihres „innovativen“ Sozialismus-Begriffs „beweisen“, dass die revisionistischen Länder nicht kapitalistisch, sondern lediglich „Übergangsgesellschaften“ zum Kapitalismus gewesen sind. Kein Wunder, dass dann auch eine der Kernbehauptungen des modernen Revisionismus über die sozialistischen Produktionsverhältnisse von ihr geteilt wird.

Mit diesem Modell wird nicht nur der Sozialismus als neue Gesellschaft relativiert und diffamiert, sondern im Gegenzug wird auch der Übergang vom Sozialismus zum Revisionismus relativiert und die revisionistischen Regimes verharmlost.

3) Die zentristische Theorie von der „revisionistischen Übergangsgesellschaft“

Nach marxistischer Auffassung ist der Sozialismus die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Die kommunistischen Produktionsverhältnisse - das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und die Aufhebung des Klassenantagonismus – sind bereits geschaffen. Um den Sozialismus zu liquidieren, müssen genau diese Elemente beseitigt werden. Mit der Beseitigung der Diktatur des Proletariats muss auch die **ökonomische Basis** des Sozialismus beseitigt werden. Das bedeutet die Wiedereinführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Ausbeutung von Lohnarbeit.

Derartig klar und materialistisch muss die Frage der revisionistischen Entartung in der Sowjetunion gestellt und untersucht werden: Entweder man ist – bei aller möglichen „Kritik“ an Chruschtschow und Konsorten – der Meinung, die sozialistischen Produktionsverhältnisse wurden **nicht** beseitigt. Dann wären die Sowjetunion, die DDR und die Ostblock-Staaten tatsächlich bis 1989/1991 sozialistisch gewesen und man wäre einer Meinung mit Kräften wie der KPD (B) oder der KKE in Griechenland.

Oder aber sie **wurden** beseitigt, Privateigentum und Ausbeutung **wurden** wiederhergestellt und der Kapitalismus vor 1989/1991 – nämlich schon in den Fünfziger Jahren - restauriert.

Einen Mittelweg, einen Kompromiss zwischen beiden Auffassungen kann es vom materialistischen Standpunkt aus nicht geben.

In Wahrheit haben die Chruschtschow-Revisionisten Mitte der fünfziger Jahre die Kommunistische Partei und den sowjetischen Staatsapparat an sich gerissen, die Diktatur des Proletariats liquidiert, die sozialistischen Produktionsverhältnisse beseitigt und den Kapitalismus wiederhergestellt.

Diese Machtübernahme und Konterrevolution konnte sich auf der Grundlage dessen vollziehen, dass sich im Partei- und Staatsapparat durch die Wirkung rückwärtstreibender Faktoren im Äußeren sowie im Inneren des Landes – wie oben skizziert - neue bürgerliche Elemente entwickelt haben, die sich schließlich zur Klasse, zu einer neuen Bourgeoisie formieren konnten.

Diese Entwicklung wurde konkret begünstigt einerseits durch spezielle, äußere Umstände wie die massiven Verluste der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg gegen Hitlerdeutschland:

Materielle Verluste ebenso wie unvorstellbare Verluste im Kader der Kommunistischen Partei (Hunderttausende der erprobtesten KommunistInnen waren dem Krieg zum Opfer gefallen).

Andererseits wurde sie begünstigt durch politische Fehler: Dazu zählt isbs. die Entwicklung massiver Einkommensunterschiede zwischen ArbeiterInnen, SpezialistInnen und den leitenden Funktionären im Partei- und Staatsapparat und der offenbar nicht ausreichende bewusste Kampf gegen diese Entwicklung (die Aufhebung des Parteimaximums, von dem Eugen Varga berichtet, ist sicher ein Beispiel hierfür).

Insgesamt wurde die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion und die Stärkung und Festigung der Arbeitermacht erschwert durch die Rückständigkeit der Produktivkräfte bei Beginn der Diktatur des Proletariats, die solche Entwicklungen hervorbrachte wie das extrem rasche Anwachsen der Arbeiterklasse aus Teilen des früheren Kleinbürgertums in der Zeit der Industrialisierung.⁶ Dies machte teilweise strenge disziplinarische Maßnahmen innerhalb der Arbeiterklasse zur Sicherung der Produktion notwendig. Diese sind jedoch keineswegs Ausdruck der **Unterdrückung** von Teilen der Arbeiterklasse, wie es die Rote Reihe unterschiebt.

Ebensowenig sind die Entstehung von Bürokratismus und antagonistischen Widersprüchen **Gesetzmäßigkeiten** des Sozialismus.

Der Kapitalismus, der vom revisionistischen Verrat Mitte der 50er Jahre bis zum Zusammenbruch 1991 in der Sowjetunion herrschte, hatte einige Besonderheiten in seinen Erscheinungsformen. Dies lag vor allem daran, dass er nicht aus einer Wirtschaft zersplitterter Kleinproduzenten hervorging wie in seinen Ursprungszeiten, sondern aus einer Wirtschaft, in der die Produktionsmittel bereits vollständig vergesellschaftet gewesen waren. Die Revisionisten an der Macht (die politischen Vertreter der neuen Bourgeoisie) waren außerdem sehr darauf bedacht, den Prozess der Restauration des Kapitalismus vor der Arbeiterklasse zu verschleiern und bemühten sich darum, „sozialistische“ Formen in Staat und Wirtschaft beizubehalten.

Dennoch trugen die revisionistischen Länder alle wesentlichen Merkmale der kapitalistischen Gesellschaft, die sich bis Mitte der 60er Jahre immer deutlicher herausbildeten:

Die politische Machtergreifung der neuen Bourgeoisie, die Übernahme von Partei und Staat durch

⁶ Noch weitaus stärker wirkte dieses Moment beim Aufbau des Sozialismus in Albanien, das bedeutend kleiner war und bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats noch über keine Industrie verfügte.

Chruschtschow, Mikojan und andere war der Beginn des Prozesses der Restauration des Kapitalismus.

An der ökonomischen Basis wurde dieser Prozess eingeleitet durch die **Ausweitung der Warenproduktion und des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes auf alle Sektoren der Wirtschaft**: „Die ökonomischen Reformen Chruschtschows begannen damit, daß die Produktionsmittel als Waren gekauft und verkauft wurden. **'Bei uns,'** schrieb die revisionistische Presse auf dem Höhepunkt der Reformen, **'geschieht die Ausrüstung der Unternehmen mit Produktionsmitteln in der Form des Kaufs und Verkaufs.'** (Ekonomicheskaya Gazeta, Nr. 43, 1965) 1971 bestritt der Kauf und Verkauf von Produktionsmitteln zwei Drittel des gesamten Warenumsatzes in der Sowjetunion, und 1974 wurden 70 % der Produktionsmittel über direkte Verträge zwischen den herstellenden und verbrauchenden Unternehmen gekauft oder verkauft. (Ekonomicheskaya Nauki, Nr. 11, 1974). (H.v.m., tb.)“ (Fatos Nano, „Über den Mechanismus der Gewinnung und Aneignung des Mehrwerts in der sowjetischen Gesellschaft“, erschienen in: „Die Sowjetunion – ein kapitalistisches, imperialistisches Land“, Broschüre der KPD, S 3.)

Wie oben gesehen, ist die Warenproduktion im Sozialismus vor allem auf die Güter des persönlichen Gebrauchs beschränkt. Die Produktionsmittel und Produkte in den staatlichen Betrieben sind gesellschaftliches Eigentum. Ebenso sind die grundlegenden landwirtschaftlichen Produktionsmittel (der Boden und die landwirtschaftlichen Maschinen bei den Maschinen-Traktorenstationen) staatliches Eigentum. Deshalb werden die Produktionsmittel im Sozialismus nicht als Waren produziert und gehandelt.

Dieser gesellschaftliche Zustand wurde durch die Reformen der Chruschtschow-Revisionisten aufgehoben. Auf dem Land geschah dies vor allem durch die Auflösung der Maschinen-Traktorenstationen und damit den Verkauf der wesentlichen landwirtschaftlichen Produktionsmittel an die Kollektivwirtschaften.

Innerhalb des staatlichen Sektors geschah dies durch die „Liberalisierung“ der Planwirtschaft: Konnte man vorher nicht von Warenproduktion und regulierender Wirkung durch das Wertgesetz sprechen, weil die Produktionsmittel, die zwischen den staatlichen Betrieben ausgetauscht wurden, den Eigentümer nicht wechselten und weil es keine Freiheit der Betriebe gab, die Stückzahl der zu bestellenden Maschinen, Rohstoffe u.dgl. zu bestimmen (und damit auch keine Grundlage für das Spiel von Angebot und Nachfrage), wurde dieser Zustand durch die Reformen Chruschtschows und

Kossygin nach und nach aufgehoben: „Unter der Parole der 'operativen Unabhängigkeit der Betriebe' und der 'Ausmerzungen der dazwischen liegenden Verwaltungsbeziehungen' wurden direkte kapitalistische Beziehungen zwischen den Produktionseinheiten auf der Basis der Marktmechanismen errichtet. Man ging dazu über, die Produktionsmittel wie jede andere Ware auch zu kaufen und zu verkaufen und verwandelte sie in Grundkapital. Das System der Selbstfinanzierung, das sogenannte System der Selbstversorgung, das auf der engen kapitalistischen Rentabilität in jeder Beziehung der Wirtschaft beruhte, wurde zur Grundlage des neuen kapitalistischen Mechanismus. Die zentrale Staatsfinanzierung der Kapitalinvestitionen und Zirkulationsmittel wurde begrenzt und allmählich durch Mittel aus dezentralisierten Quellen und Bankkredite ersetzt. Die planvolle Leitung der Ökonomie verlor in der Praxis ihren Platz an das freie Spiel der ökonomischen Gesetze und der Kategorien der kapitalistischen Warenproduktion.“ (ebd.)

Auf dieser Grundlage sprach die Zeitung „*Ekonomicheskaya Gazeta*“ im obigen Zitat ganz ungeniert von der „*Ausrüstung der Unternehmen mit Produktionsmitteln in der Form des Kaufs und Verkaufs.*“ - viel ungenierter jedenfalls als das „Lehrbuch“ von 1970!

Bekanntlich ist der Kapitalismus das Entwicklungsstadium der Warenproduktion, in dem auch die Arbeitskraft zur Ware wird. Die entscheidende Maßnahme zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion musste also die **Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware** sein: „*Damit die Arbeitskraft zur Ware wird, muss der Arbeiter aller Produktionsmittel beraubt und gezwungen sein, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Der Prozess, durch den die sowjetische Arbeitskraft der Produktionsmittel beraubt wurde, war gleichzeitig der Prozess, in dem die Diktatur des Proletariats zur Diktatur der sowjetischen neuen Bourgeoisie wurde. Mit der Entartung des Sowjetstaates, mit seiner Umwandlung in eine Diktatur der sowjetischen neuen Bourgeoisie wurden auch die Produktionsmittel, die Staats- oder Genossenschaftseigentum waren, zum Eigentum der revisionistischen neuen Bourgeoisie, die die Macht usurpiert hat. Die sowjetische Arbeiterklasse wurde der Produktionsmittel beraubt, sie hat nichts weiter als ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die so, wie alle anderen Produktionsfaktoren, zur Ware geworden ist.*“ (Aristotel Pano, „Die sowjetische Wirtschaft – eine vollständig und endgültig kapitalistische Wirtschaft“, erschienen in: Albanien heute 4/75, S. 45)

Konkret sah dieser Zustand für die Arbeiterklasse wie folgt aus: „(...) '**Der arbeitende Mensch**', sagen die Revisionisten, '**erhält wieder das Recht, frei über seine Arbeitsfähigkeit zu verfügen.**'

Und er erhält dieses Recht durch den Arbeitsvertrag, den er mit dem Betrieb unterzeichnet.'

(Ekonomicheskiye Nauki, Nr. 4, 1972)

In der Praxis wird dieses 'Recht' durch den Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft realisiert. Die Restaurierung dieser Kategorie des Kapitalismus ist eine schreiende Tatsache in der sowjetischen Gesellschaft. Der Arbeitsmarkt ist überfüllt mit 'freien Arbeitern', und die Gesetze des Wettbewerbs und von Angebot und Nachfrage verursachen in großem Umfang Bewegungen von Arbeitsimmigranten und Lohnarbeitern auf der Suche nach günstigen Verträgen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft. (...)

Mit der Anwendung der kapitalistischen Reformen stürzten sich die Unternehmen – nur am Maximalprofit interessiert – in einen heftigen Konkurrenzkampf, um sich über direkte Verträge auf dem 'freien Markt' der Ware Arbeitskraft qualifizierte und produktive Arbeitskräfte zu sichern. So werden 90% der neuen Industriearbeiter auf dem Wege solcher direkter Verträge mit dem Unternehmen eingestellt.“ (Fatos Nano, S. 7 f.)

Die Wiedereinführung der regulierenden Wirkung des Wertgesetzes in allen Sektoren und die Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware führte zur **Durchsetzung des Profitprinzips und der kapitalistischen Konkurrenz in allen wirtschaftlichen Bereichen:**

„Das Grundgesetz der heutigen sowjetischen Wirtschaft ist, Höchstprofite zu erzielen. Ein Aspekt seines praktischen Wirkens ist, dass die gesamte Tätigkeit der sowjetischen Betriebe nach einer Hauptkennziffer bewertet wird, nach der sogenannten 'Rentabilität des Fonds' (lies: Rentabilität des Kapitals). (...)“ (Aristotel Pano, S. 47)

Das Hauptkriterium für die Zuteilung von Investitionsmitteln, von Manager-Prämien u.dgl. ist also die Rentabilität des einzelnen Betriebes: Diejenigen Betriebe, deren Produktionstechnik und Arbeitsproduktivität über dem Durchschnitt ihres Zweiges liegt, erzeugen Waren, deren individueller Wert unter dem gesellschaftlichen Wert liegen und streichen deshalb bei gleichen Preisen einen Extraprofit ein, der über die Zahlung von Prämien u.dgl. durch die staatlichen Behörden an sie zurückfließt. Das Kapital fließt innerhalb einer Branche dahin, wo die Profitrate am höchsten ist.

Es versteht sich von selbst, dass damit das gesetzmäßige Streben nach Senkung der Mehrwertrate, nach Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung usw. und dass damit die **kapitalistische Konkurrenz zwischen den Betrieben einer Branche** wiederhergestellt ist. Die grundlegende

sozialökonomische Triebkraft ist damit die Unterwerfung unter die Logik der Kapitalverwertung, die „sachliche Abhängigkeit“.

Neben dieser Hauptkennziffer gibt es noch eine weitere ökonomische Kennziffer der sowjetischen Betriebe: *„Der Regulator der sowjetischen Produktion sind allein das Wertgesetz und die Spontaneität des Marktes. Die zweite Kennziffer zur Bewertung der Arbeit der sowjetischen Betriebe ist das Absatzvolumen. Doch das Absatzvolumen wird unmittelbar von der Marktkonjunktur bestimmt, so dass also die sowjetische Produktion durch die Spontaneität des Marktes reguliert wird und nicht durch den 'Plan', wie sie daherfaseln. Pro forma spielen die Sowjetrevisionisten Komödie und 'kritisieren' den sogenannten Marktsozialismus eines gewissen Ota Şik, sie selbst aber haben seit langem den Marktkapitalismus eingeführt. (H.v.m., tb.)“* (ebd.)

Die Zuteilung von Investitionsmitteln durch die staatlichen Planbehörden hängt neben der Rentabilität noch direkt davon ab, wie gut sich die Produkte des jeweiligen Betriebs verkauft haben. Das wiederum hängt aber von Angebot und Nachfrage ab, und zwar sowohl bei den Konsumgütern als auch bei den Produktionsmitteln. (Es würde keinerlei Sinn machen, diese Kennziffer einzuführen, wenn die Produktion und der Absatz von Produktionsmitteln – wie im Sozialismus – von vornherein durch die staatliche Planung festgelegt würden, wenn das Absatzvolumen des jeweiligen Betriebs also von vornherein feststünde).

Daraus ergibt sich, dass die gesamtgesellschaftlichen Investitionsmittel nicht mehr wie im Sozialismus nach dem Kriterium der maximalen Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse in die verschiedenen Branchen fließen (bspw. in die Produktion von Produktionsmitteln, obwohl die Rentabilität hier auf kurze Sicht niedriger ist als z.B. in der Leichtindustrie) – sondern dass sich die kapitalistische Durchschnittsprofitrate und damit der sog. Produktionspreis als Regulator zwischen den verschiedenen Produktionsbranchen wieder herausentwickelt (vgl. zu diesem Thema: Lehrbuch der politischen Ökonomie, S. 179 ff.): Kapital fließt dahin, wo die Profitrate am höchsten ist. Das Wertgesetz führt dazu, dass Kapital im Kapitalismus auch in diejenigen Produktionssphären fließt, in denen die organische Zusammensetzung des Kapitals besonders hoch ist (Schwerindustrie) – weil dort das Angebot zunächst sehr niedrig ist – und bewirkt damit einen Ausgleich zwischen diesen Produktionssphären.

Auf die Sowjetunion bezogen heißt das: Staatliche Investitionsmittel – also Kapital – fließt in die Branchen, deren Produkte zur Zeit besonders nachgefragt werden: *„Die Verteilung der*

Investitionen erfolgt in der Sowjetunion heute nach dem sogenannten 'normativen Koeffizienten der Kapitalinvestitionen', was nur der 'sozialistische' Name für die durchschnittliche Profitrate ist. In der gesamten sowjetischen Wirtschaft wirkt die Kategorie des kapitalistischen Produktionspreises, für die die Revisionisten durch tausenderlei Tricks 'sozialistische' Namen und Argumente finden.“ (ebd.)

Damit ist die **kapitalistische Konkurrenz sowohl innerhalb einer Produktionssphäre als auch zwischen den Produktionssphären** wiederhergestellt.

Das ist aber gleichbedeutend mit der Wiedereinführung der Anarchie in der Produktion auf ganzer Linie – und zwar **auf der Grundlage** dessen, dass das Staatsmonopol in der Sowjetunion die vorherrschende Form des Kapitals war, dass die Investitionsmittel im Wesentlichen von staatlichen Planungsbehörden verteilt wurden **und** unabhängig davon, ob die Preise staatlich festgelegte Monopolpreise sind oder ob sie von den Betrieben selbst festgelegt werden. Die Konkurrenz setzt sich grundlegend nicht durch das freie Spiel der Preise durch, sondern durch die Mechanismen der Zuteilung der Investitionsmittel nach wirtschaftlichen Kennziffern.

Es liegt jedoch auf der Hand, dass das Absatzvolumen als Kennziffer des Betriebs auch einen ökonomischen Drang nach der Deregulierung der Preisfestlegung erzeugt: Derjenige Betrieb, der rentabler produziert als seine Konkurrenz, gibt sich nicht mehr damit zufrieden, „nur“ mehr Investitionsmittel und Prämienzahlungen vom Staat zu erhalten. Er will seinen Extraprofit auch dadurch erzielen, dass er seine Waren billiger verkauft als die Konkurrenz und damit sein Absatzvolumen erhöht.

Dementsprechend hat es auch in der Sowjetunion Dezentralisierungsmaßnahmen bei der Preisfestlegung gegeben: „*Durch die Dezentralisierung der Preisfestlegung, die von den Betrieben selbst festgelegten Preise, die 'Preisstaffelung' usw. usf. wirkt vollständig, wenn auch in anderen Formen, das Spiel der freien Preise. In der gesamten Wirtschaft wurde die kapitalistische Kategorie des Kapitalzinses eingeführt.*“ (ebd.)

„(...) Zur Grundlage des neuen Systems wurden 'fluktuierende Preise' gemacht, in der Absicht, ein 'Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage' als 'sehr wichtiges und wirkungsvolles Mittel, die sozialen Prozesse der Reproduktion zu regulieren', zu erreichen (*Ekonomicheskije Nauki, Nr. 1, 1969*). So wurde der Prozess der Wiederverteilung des Nationaleinkommens in der Sowjetunion auf

kapitalistische Grundlagen gestellt. Neben der Tatsache, daß Preise von oben festgesetzt wurden, wurde den staatsmonopolistischen Vereinigungen in der Fluktuation der Preise breite Spielräume zugestanden. Sie wurden 'motiviert', durch 'Steigerungen, die auf neue Produkte von höherer Qualität und größerer Wirksamkeit zurückzuführen waren.' (Ekonomicheskaya Gazeta Nr. 32, 1979)

(...) Die sowjetische Presse gesteht zu, daß 'es eine Gefahr gibt, daß die Preise kontinuierlich steigen, weil die verschiedenen ökonomischen Einheiten versuchen, ihr Einkommen (Profite) auf dem leichtesten Weg zu steigern – der Erhöhung der Preise in Produktion und Handel.' (Ekonomicheskiye Nauki Nr. 4, 1969). In der Praxis überließen die 'fluktuierenden Preise' allmählich ihren Platz den hohen Monopolpreisen, wie aus den folgenden Zugeständnissen der offiziellen Presse hervorgeht. 'Unsere Erfahrung zeigt die Existenz eines gefährlichen Trends zu willkürlichen Preissteigerungen.' (Voprosi Ekonomikii, Nr. 6, 1970) 'Der Produzent diktiert den Preis ... und oft hält er Knappheiten bestimmter Güter auf dem Markt aufrecht, um seinen Druck auf den Verbraucher zu erhöhen.' (Ekonomicheskiye Nauki, Nr. 11, 1971). So stieg im März 1978 der Kaffeepreis um das 5-fache, der von Heizöl um das doppelte, die Gebühren für Reparaturdienste stiegen um 30%, während im September 1981 die Preise für Wein und Tabak um 27 % stiegen, für Teppiche, Pelze, Lederwaren und Bekleidung bis zu 30 %, der Gaspreis kletterte bis zu 40 Kopeken pro Liter etc. (TASS, Moskau, 15. September 1981).“ (Fatos-Nano, S. 4)

Wenn die kapitalistische Konkurrenz zwischen den Betrieben aber vollständig wiedereingeführt war, dann ist das staatliche Eigentum an diesen Betrieben nur noch eine bloße Hülle, etwas Formales, das die Konkurrenz verdeckt. Dann ist es klar, dass es zu Erscheinungen wie dem Bankrott von Betrieben und der Konzentration und Zentralisation des Kapitals kommen musste:

„Der Kampf der einzelnen Betriebe, sich günstigere Bedingungen für den Stimulationsfonds, günstigere Kredite und Kapitalien, eine profitträchtigere Struktur der Sortimente usw. zu schaffen, ist weiter nichts als eine Form der Konkurrenz wie in der kapitalistischen Wirtschaft. Durch den Zusammenschluß, die Fusion und Verlegung der Aktivität einzelner Betriebe vertuschen die Sowjetrevisionisten in Wahrheit nur den Bankrott einzelner kapitalistischer Betriebe, dieser Bankrott existiert aber.“ (Aristotel Pano, S. 47)

„Eine der Hauptrichtungen der Reformen in der sowjetischen Ökonomie war die Schaffung von Monopolstrukturen des großen sozialimperialistischen Staatskapitals, innerhalb und außerhalb der Sowjetunion. Das wurde unter dem Deckmantel der 'Vergrößerung der Unternehmen' erreicht, die in Vereinigungen und Verschmelzungen von Unternehmen in allen Zweigen der Wirtschaft

resultierten und der Schaffung von industriellen und agrar-industriellen Einheiten, auf der Basis von einzelnen Republiken, föderativen Republiken oder der Sowjetunion als ganzer. Diese Monopolvereinigungen nahmen die Form von Kombinat an, vertikal oder horizontal, von Komplexen vom Typ der Trusts und Kartelle, innerhalb einer Branche oder über verschiedene Branchen (Organizacija upravljenja promishlenih objedinjenij, S. 16, Kiew, 1980). (...) In der Periode von 1970 bis 1979 stieg die Zahl dieser Einheiten in der Sowjetunion um das 6,5fache und betrug 3950 Monopolvereinigungen mit mehr als 17500 Zweigbetrieben. Ihr Anteil an der Industrieproduktion wuchs von 6,7 % auf 47,1 % und die Zahl der Industriearbeiter von 6,2 % auf 48,4 %.“ (Fatos Nano, S. 4 f.)

So weit zur Frage der Wiederherstellung aller Wesensmerkmale des Kapitalismus in der UdSSR durch die Chruschtschow-Revisionisten.

Die Rote Reihe bestreitet diese Analyse der marxistisch-leninistischen Bewegung und nimmt einen Gegenstandspunkt ein: *„Der Revisionismus ist noch kein fertiger Kapitalismus, sondern eine Übergangsgesellschaft, die notwendig im Kapitalismus münden muß.“* (WdP, S. 36)

Dieser Gegenstandspunkt wird aus dem Begriff der „Übergangsgesellschaft“ für den Sozialismus sowie aus der „Krückentheorie“ abgeleitet. Darüber hinaus wird ein einziges Argument in der Roten Reihe angeführt, das diese These stützen soll, nämlich die angebliche Nicht-Existenz kapitalistischer Konkurrenz: *„Die Behauptung, in der Sowjetunion sei mit der Machtergreifung der Revisionisten der Kapitalismus restauriert worden, verkennt völlig, daß von einer Konkurrenz zwischen den staatlichen Betrieben keine Rede sein konnte, bzw. die Verfechter einer solchen Behauptung versäumen es vollständig, die offenkundige Tatsache des Fehlens dieser Konkurrenz marxistisch zu werten.“* (RR 1, S. 167)

Die Vehemenz, mit der hier eine zentrale Position der marxistisch-leninistischen Bewegung seit dem Beginn des Kampfes gegen den modernen Revisionismus angegriffen wird, soll wohl die offenkundige Tatsache des Fehlens irgendeiner Analyse zu dieser Frage verdecken. Das Fehlen der kapitalistischen Konkurrenz wird als Behauptung in den Raum gestellt – und zwar im Widerspruch zu den tatsächlichen Mechanismen, wie gerade gezeigt.

Festgemacht wird die fehlende Konkurrenz im Kapitel über die „Liberan-Legende“ im ersten Band der Roten Reihe vor allem an der staatlichen Festlegung der Preise. Wir haben aber gesehen,

dass die Frage, wie die Preise festgelegt werden, nicht unbedingt entscheidend dafür ist, ob man von kapitalistischer Konkurrenz (sowohl innerhalb eines Zweigs als auch zwischen verschiedenen Zweigen) sprechen kann. Diese Konkurrenz wurde in den revisionistischen Ländern durch die Bewegung des Kapitals gemäß den beiden oben beschriebenen wirtschaftlichen Kennziffern der Betriebe realisiert.

Die Formen, in denen sich die Kapitalverwertung in der Sowjetunion abgespielt hat, sind damit andere gewesen als in den „klassischen“ kapitalistischen Ländern. Das war aber durch die Besonderheit der Wiederentstehung des Kapitalismus in der UdSSR, nämlich als Produkt der Liquidation der sozialistischen Produktionsverhältnisse, bedingt. Dennoch handelt es sich um Kapitalverwertung, um **sachliche Abhängigkeit**, und nicht im Wesentlichen um „politische“ Realisierung des Wertes, „*das heißt durch Beziehungen innerhalb des Staates, durch Seilschaften, durch Korruption*“ (WdP, S. 33) – also um persönliche Abhängigkeit, auch wenn solche Erscheinungen auf der Grundlage derartiger Produktionsverhältnisse einen besonders fruchtbaren Boden gefunden haben mögen.

Weiter wird in der Roten Reihe behauptet, typische Erscheinungsform in den revisionistischen Ländern sei **aus diesem Grund** (der Nicht-Existenz von kapitalistischer Konkurrenz) der Geldüberhang bzw. das Unterangebot an Waren gewesen: „*Die Profitmacherei, die Verwertung des Werts ist der **Zweck, die innere Tendenz** der kapitalistischen Produktion, und die Konkurrenz ist der 'äußerlich erscheinende' Stachel, der das innere Zwangsgesetz durchsetzt. Gerade weil dies in den entarteten, ehemals sozialistischen Ländern **fehlte**, kam es dort **nicht** zu Überproduktionskrisen, kam es **nicht** zu einem (gemessen an der zahlungsfähigen Nachfrage) **Überangebot** an Waren, sondern zu einem **Unterangebot**: Geldüberhang bzw. Warenmangel waren chronisch. (Die Rede ist hier von der offiziellen Wirtschaft, nicht von der Schattenwirtschaft.) Im Kapitalismus kann ein solcher Zustand allenfalls vorübergehend bestehen, denn die Preise würden so lange steigen, bis das Warenangebot der Kaufkraft entspricht, doch die Preise bildeten sich in der offiziellen Sowjetwirtschaft ja nicht über den Markt. Der Geldüberhang führte folglich zunehmend dazu, daß man Schwierigkeiten hatte, für das vorhandene Geld Waren zu bekommen, daß man z.B. lange anstehen mußte, um zur Stelle zu sein, wenn mal etwas Besonderes da war. Neben dem offiziellen staatlichen Warenangebot erstarkte ein Schwarzmarkt, auf dem man die in den staatlichen Läden fehlenden Waren kaufen konnte – zu entsprechenden Preisen bzw. gegen Devisen. (...) Das Wachsen eines illegalen kapitalistischen Schwarzmarktes neben dem offiziellen staatlichen Markt war gerade Ausdruck dessen, daß letzterer **nicht** auf den ökonomischen Gesetzen*

der Warenproduktion beruhte und folglich auch kein kapitalistischer Markt war.“ (RR 1, S. 168)

Natürlich muss die Erscheinung des Geldüberhangs in den revisionistischen Ländern marxistisch analysiert bzw. bewertet werden. In dem Text von Fatos Nano oben liefert die sowjetrevisionistische Zeitschrift *Ekonomicheskiye Nauki* selbst zumindest einen Hinweis für das Auftreten von Warenknappheit: *„Der Produzent diktiert den Preis... und oft hält er Knappheiten bestimmter Güter auf dem Markt aufrecht, um seinen Druck auf den Verbraucher zu erhöhen.“*

Diese Warenknappheit ist jedenfalls per se überhaupt kein Beweis für die „Nichtexistenz der Konkurrenz“ bzw. die Nichtexistenz des Kapitalismus. Die Argumentation der Roten Reihe ist oberflächlich. Auch in kapitalistischen Ländern – und insbesondere auf der Basis des Monopolkapitalismus - kann es sowohl festgelegte Preise geben (man nehme als simples Beispiel allein die Buchpreisbindung in Deutschland) als auch die Erscheinung des Warenunterangebots oder eines wachsenden illegalen Schwarzmarktes. Man muss eben untersuchen, bei welchen Waren es auf der Grundlage welcher **konkreten** ökonomischen Mechanismen ein Unterangebot gegeben hat. Die Rote Reihe hat zur Analyse dieser spezifischen ökonomischen Erscheinungen in der revisionistischen Sowjetunion leider überhaupt nichts Konstruktives beizutragen, sondern stiftet nur Verwirrung, indem sie Behauptungen aufstellt, die offensichtlich nicht zutreffen.

Mit den vorliegenden, oben zitierten Analysen der Kommunistischen Bewegung, vor allem den Analysen der Partei der Arbeit Albaniens, in denen u.a. gerade von einer *„Dezentralisierung der Preisfestlegung“* die Rede ist und von den raffinierten Mechanismen, die kapitalistische Konkurrenz zu kaschieren, setzt sich die Rote Reihe jedoch **an keiner Stelle in irgendeiner Form** auseinander, sondern begnügt sich damit, zu behaupten, die Auffassung, in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern sei Mitte der 50er Jahre der Kapitalismus restauriert worden, sei *„ein vom Maoismus herkommendes Dogma“* gewesen. (RR 2, S. 31)

Das ist auch kein Wunder: Der Verfasser der Roten Reihe hat in einem seiner Briefe aus Anlass seines Austritts aus der KPD unter anderem erklärt: *„'Analysen Enver Hoxhas und der Partei der Arbeit Albaniens', die zu dem Ergebnis führen, die revisionistischen Länder seien kapitalistisch gewesen, sind uns im übrigen nicht bekannt.“*

In der Tat gibt es aber zahlreiche solcher Analysen. Genannt seien die folgenden, über die wir verfügen und aus denen ich oben teilweise zitiert habe – sicherlich gibt es aber noch mehr:

„Der Parteitag der Restauration des Kapitalismus und des Sozialimperialismus“,
Enver Hoxha, 1971, erschienen in: Hoxha, Selected Works, Band 4

„Die sowjetische Wirtschaft – eine vollständig und endgültig kapitalistische Wirtschaft“,
Aristotel Pano, erschienen in: Albanien heute 4/1975

„Der kapitalistische Charakter der Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion“,
Aristotel Pano, Kiço Kapetani, erschienen in: Albanien heute 5/1978

„Keine Form der Monopole vermag das Wesen des kapitalistischen Eigentums zu verändern“,
L. Çuçi, G. Pashko, erschienen in: Albanien heute 2/1981

„Der RGW – ein Instrument des sowjetischen Sozialimperialismus zur Beherrschung und
Ausbeutung der Mitgliedsländer“, Genc Xhuvani, Lulzim Hana, erschienen in: Albanien heute
2/1981

„Über den Mechanismus der Gewinnung und Aneignung des Mehrwerts in der sowjetischen
Gesellschaft“, Fatos Nano, erschienen in: „Die Sowjetunion – ein kapitalistisches, imperialistisches
Land“, **Broschüre der KPD von 1988 (!!!)**

„Die Entartung des Comecon in eine kapitalistische ökonomische Organisation“, Hasan Banja,
ebd.

Dementsprechend spricht Enver Hoxha in seinen Schriften, darunter „Imperialismus und
Revolution“, bei Parteitag der PAA und diversen anderen Gelegenheiten immer wieder von der
Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR: „Heute sind in der Sowjetunion die
Produktionsmittel tatsächlich staatskapitalistisches oder genossenschaftskapitalistisches Eigentum,
weil sie im Interesse der neuen bürgerlichen Klasse genutzt werden, die an der Macht ist, und weil
es genau diese Klasse ist, die sich die Früchte der Arbeit der Arbeiter und Bauern aneignet.“
(Enver Hoxha, Bericht auf dem 8. Parteitag der PAA, zitiert aus: Fatos Nano, S. 5).

Das war – wohlgemerkt! - zu Zeiten, als der Bruch mit den Maoisten bereits vollzogen und der
Maoismus theoretisch entlarvt war. Der Vorwurf, es handele sich bei der These von der

Wiederherstellung des Kapitalismus um ein vom Maoismus herrührendes Dogma, das idiotischerweise niemals von irgendwem in Frage gestellt worden wäre – bis am Horizont die Rote Reihe aufleuchtete – ist also völlig haltlos.

Man vergleiche nur die Analysen der PAA und der Roten Reihe miteinander: Fatos Nano z.B. setzt sich mit der sowjetischen Ökonomie anhand von Originalquellen und Originalstatistiken auseinander. Die Rote Reihe beschränkt sich auf „offenkundige Tatsachen“, die nicht kritisch anhand von Originaldokumenten überprüft werden. Mit Fatos Nano setzt sie sich gar nicht auseinander, obwohl seine Studie – vier Jahre vor Erscheinen des Weg-der-Partei-Heftes zum Revisionismus – in einer Broschüre der KPD abgedruckt worden war!

Da ist es nichts als Prahlerei, wenn der Verfasser der Roten Reihe in dem oben zitierten Brief schreibt: *„Seinerzeit lag nicht genug Material vor, um die Produktionsverhältnisse innerhalb der revisionistischen Länder umfassend untersuchen zu können (...) Mit dem Zusammenbruch insbesondere der DDR aber wurde eine Fülle von Material der Untersuchung zugänglich.“*

Meine Frage: Wo ist diese „Fülle von Material“ denn bitte in der Roten Reihe verarbeitet, das Grundlage für die neuen Erkenntnisse gewesen sein soll? Ein Blick ins Literaturverzeichnis genügt, um festzustellen, dass da wenig Neues (und viel Trotz-kistisches) verarbeitet wurde...

Eine derartige empirische Untersuchungsarbeit wäre aber für die Rote Reihe allein schon deshalb erforderlich, um den offensichtlichen Widerspruch zu erforschen, der zwischen der Annahme besteht, es gebe keine kapitalistische Konkurrenz und keinen Markt und der Aussage, *„die Verwertung von Wert“* sei *„im Revisionismus alleinige Triebkraft der Produktion“* (WdP; S. 33). Die Verwertung von Wert geschieht, wie es oben schon in anderem Zusammenhang angesprochen wurde, durch die Ausbeutung von Lohnarbeit. Also hätten wir wiederum eine kapitalistische Ausbeutung als *„alleinige Triebkraft der Produktion“* - aber ohne Kapitalismus!

Solche logischen Widersprüche und die generelle Nichtbetrachtung, welchen Charakter das Ausbeutungsverhältnis in den revisionistischen Ländern denn nun hat - werden von der Roten Reihe auch nicht mit an den Haaren herbeigezogenen Auslassungen über die Wiederherstellung „persönlicher“ statt „sachlicher“ Abhängigkeitsverhältnisse aufgelöst, die den Revisionismus vor lauter theoretischer Verwirrung tendenziell mit dem Feudalismus oder der asiatischen Produktionsweise in eine Schublade einordnen wollen (vgl. RR 2, S. 32).

Wir kommen hier aber langsam zum ganzen Kern der Sache:

Im Sozialismus ist laut Auffassung der Roten Reihe die „*Kategorie des sich selbst verwertenden Werts als Triebkraft der Produktion*“, also die kapitalistische Ausbeutung von Lohnarbeit, „*als Triebkraft der Produktion*“ noch nicht vollständig aufgehoben. Der Sozialismus ist also keine neue Gesellschaft mit neuen Produktionsverhältnissen, sondern nur eine Übergangsgesellschaft trotzkistischen Typs. Warenproduktion besteht in allen Sektoren der Wirtschaft, wenn auch nur in einer „Übergangsform“ von der Ware zur Nicht-Ware.

Im Revisionismus ist die kapitalistische Ausbeutung von Lohnarbeit sogar „*alleinige Triebkraft der Produktion*“, aber auch der Revisionismus ist kein fertiger Kapitalismus, sondern nur eine „Übergangsgesellschaft“.

Wie ist dann überhaupt das Verhältnis zwischen Sozialismus und Revisionismus und wie sieht der Übergang von ersterem und letzterem aus?

Laut Roter Reihe „*enthält*“ der Revisionismus „*etwas vom Sozialismus*“, nämlich „*solche Elemente des Sozialismus, die der **alten, bürgerlichen** Gesellschaft entstammen.*“ (WdP, S. 30)

Diese Elemente sind die beiden „Krücken“ Staatlichkeit und Ware-Geld-Beziehungen, die in den revisionistischen Ländern „*zur eigentlichen Daseinsform der Gesellschaft werden*“ (RR2, S. 11)

Damit werden die staatlichen Bürokraten und die Betriebsleiter zur neuen, nicht-kapitalistischen, herrschenden Klasse in der Sowjetunion erklärt – eine These, die auf Ernest Mandel zurückgeht, auch wenn dieser den Begriff der „herrschenden Klasse“ in Abrede stellt: „*Mangels einer demokratischen Kontrolle von Planung, Produktion und Verteilung durch die assoziierten Produzenten kann eine zentral geplante, kollektive Wirtschaft nur funktionieren mittels einer widerspruchsvollen Kombination des Antriebs aus dem materiellen Eigeninteresse seitens der 'Manager'-Schicht der Bürokratie einerseits und der politischen Kontrolle durch den Staatsapparat andererseits.*“ (Mandel, zitiert aus: „Was war die Sowjetunion?“, Promedia Verlag 2007, S. 134)

Den Begriff der „herrschenden Klasse“ in Abrede zu stellen, ist aber konsequent, wenn man im Wesentlichen von **gleichen Produktionsverhältnissen** ausgeht und den Unterschied zwischen

Sozialismus und Revisionismus – auf den subjektiven Faktor reduziert:

*„Der Sozialismus enthält wie gesagt Elemente des Kapitalismus und des Kommunismus. Es gibt jedoch keinen Mechanismus, der determiniert, daß die Gesellschaft zum Kommunismus voranschreiten **muß**. Voraussetzung für den Sozialismus ist also, daß eine subjektive Kraft vorhanden ist, die zum Kommunismus voranschreiten **will** und die tatsächlich ständig in diese Richtung drängt, und daß diese Kraft die Hegemonie in der Gesellschaft ausübt. **Man nehme diese Kraft weg, und man hat keinen Sozialismus mehr.** (H.v.m., tb.) So gesehen ist der revolutionäre Wille und die revolutionäre Tat des subjektiven Faktors, vor allem also der revolutionären Arbeiter sowie der proletarischen Vorhutpartei, der entscheidende Unterschied zwischen Sozialismus und Revisionismus, **und nicht irgendwelche Veränderungen in der ökonomischen Mechanik** (!, H.v.m., tb.).“ (WdP, S. 13)*

Diese Konstruktion ist knallharter Idealismus und die politische Kapitulation vor dem Revisionismus.

Hier geht es nicht um den Umstand, dass der Staat in der sozialistischen Gesellschaft eine so bedeutende ökonomische Rolle erhält, wie er sie nie zuvor in der Geschichte innehatte, und dass die Eroberung dieses Staates durch konterrevolutionäre Kräfte zwangsläufig zur Wiederherstellung des Kapitalismus führen **muss**, wenn die Arbeiterklasse diese Kräfte nicht erneut gewaltsam von der politischen Macht verdrängt (wohlgemerkt handelt es sich hierbei aber erstens um die Wiederherstellung der kapitalistischen Basis und wohlgemerkt betreffe zweitens die Phase zwischen der Machteroberung und den entschiedenen Veränderungen an der Basis in der Sowjetunion nur die Jahre zwischen 1953 und 1956!).

Hier geht es vielmehr um die theoretische Auffassung, dass Sozialismus und Revisionismus in ihrem Wesen – nämlich von ihrer ökonomischen Basis her - **dasselbe** sind, dass die revisionistischen Länder in ihrem Kern nichts anderes sind als sozialistische Länder ohne „bewusste Bewegung nach vorne“!

Der Sozialismus wäre damit insofern schon „revisionistisch“, als die Warenproduktion in allen Bereichen herrscht (vergleiche das Revisionisten-Lehrbuch!) und der Staat eine „*konservative Macht*“ ist, die „*alte bürgerliche Verhältnisse schützt und den Kampf um den Kommunismus hemmt*“.

Der Revisionismus wäre damit insofern sozialistisch, als er auf sozialistischen Produktionsverhältnissen minus subjektivem Faktor beruht.

Damit gelangt die Rote Reihe zur Vollendung der trotzkistischen Theorie vom „bürokratischen Arbeiterstaat“, wie er von Trotzki definiert worden ist. Der Revisionismus wird beschönigt, der Sozialismus diffamiert.

Damit wird der Kampf, den die internationale marxistisch-leninistische Bewegung, allen voran die Partei der Arbeit Albaniens unter der Führung Enver Hoxhas, gegen den modernen Revisionismus geführt hat, in der Theorie unserer Partei vollständig über Bord geworfen. (Kein Wunder, dass Enver Hoxha und das sozialistische Albanien in den Publikationen unserer Partei kaum mehr vorgekommen sind!).

Die Rote Reihe mag hundertmal erklären, dass an den revisionistischen Regimes „nichts fortschrittlich“ ist. Diese Erklärungen sind reine Demagogie, wenn gleichzeitig die gesamte Substanz der marxistisch-leninistischen Kritik an den revisionistischen Regimes über Bord geworfen wird.

Was ist also die Schlußfolgerung, die wir aus all diesen Betrachtungen ziehen müssen?

Mit dem Zusammenbruch der Ostblock-Staaten und des sozialistischen Albaniens Anfang der 90er Jahre und vor dem Hintergrund des antikommunistischen Drucks des Imperialismus in dieser Situation ist **eine trotzkistische, revisionistische Strömung** in der Partei zum Generalangriff auf die marxistisch-leninistischen Grundlagen der KPD übergegangen.

Diese Strömung schaffte es, der Partei ein Programm zusammenzuschustern, das in seinem Kern ebenfalls von trotzkistischen und revisionistischen Abweichungen gekennzeichnet ist.

Diese Abweichungen bestehen darin,

- 1.) dass die Diktatur des Proletariats gänzlich aus unserem Programm entfernt wurde
- 2.) dass die sozialistischen Produktionsverhältnisse negiert und der Sozialismus zu einer halb-garen, uneigenständigen „Übergangsgesellschaft“ degradiert wurde, die wesentliche

Elemente des Kapitalismus enthält

- 3.) dass die revisionistische Entartung zu einer Frage des „subjektiven Faktors“ verklärt und die revisionistischen Regimes von ihrer Basis her damit beschönigt wurden.

Alle weiteren Abweichungen des Programms geschahen auf der Grundlage dieses trotzkistischen Angriffs, darunter die Vermengung von Arbeiterklasse und „arbeitenden Menschen“.

Dieselbe Strömung, die der Partei 1993 ein im Kern trotzkistisches Programm diktiert hat, ging rund um den 10. Parteitag 2001 schließlich offen dazu über, auf die Liquidierung der ohnehin schwachen Verbindungen der KPD zur Arbeiterklasse zu orientieren und die Partei in einen kleinbürgerlichen Debattierzirkel zu verwandeln. Das objektive Ziel dieser Strömung war ohne jeden Zweifel die Vernichtung der KPD.

Dieser letzte Angriff konnte mit viel Mühe und unter erheblichen Kosten schließlich abgewehrt werden. Der 12. Parteitag hat die hierzu erforderliche Selbstkritik geleistet.

Der Prozess der Selbstkritik kann damit jedoch noch nicht abgeschlossen sein. Um den Trotzismus und den Revisionismus vollständig aus der Partei hinauszufegen, ist es erforderlich, die antimarxistischen Theorien der „Roten Reihe“ zurückzuweisen und das Programm von 1993 (bzw. von 2005) im Rahmen einer umfassenden Selbstkritik durch ein neues, marxistisch-leninistisches Programm zu ersetzen.

Im Verlauf dieses Diskussionsprozesses muss weiter untersucht werden, warum sich die trotzkistische Strömung bei uns durchsetzen und der Partei so tiefgehenden und dauerhaften Schaden zufügen konnte. Dazu wird es sicherlich notwendig sein, die Entwicklung der KPD/ML und der KPD seit ihrer Neugründung 1968 genauer zu untersuchen und Fehler aufzudecken, die bereits in diesem Zeitabschnitt anzusiedeln sind.

Ich werde diesem Text – wie oben bereits angekündigt – einen weiteren Artikel folgen lassen, in dem ich mich genauer mit dem Zusammenhang zwischen der Theorie der „Übergangsgesellschaft“ und den rund um den 10. Parteitag von den Trotzisten vertretenen Auffassungen von der „Flexibilisierung als Bestandteil der Entwicklung der Produktivkräfte“ auseinandersetzen werde.

tb., Dezember 2008